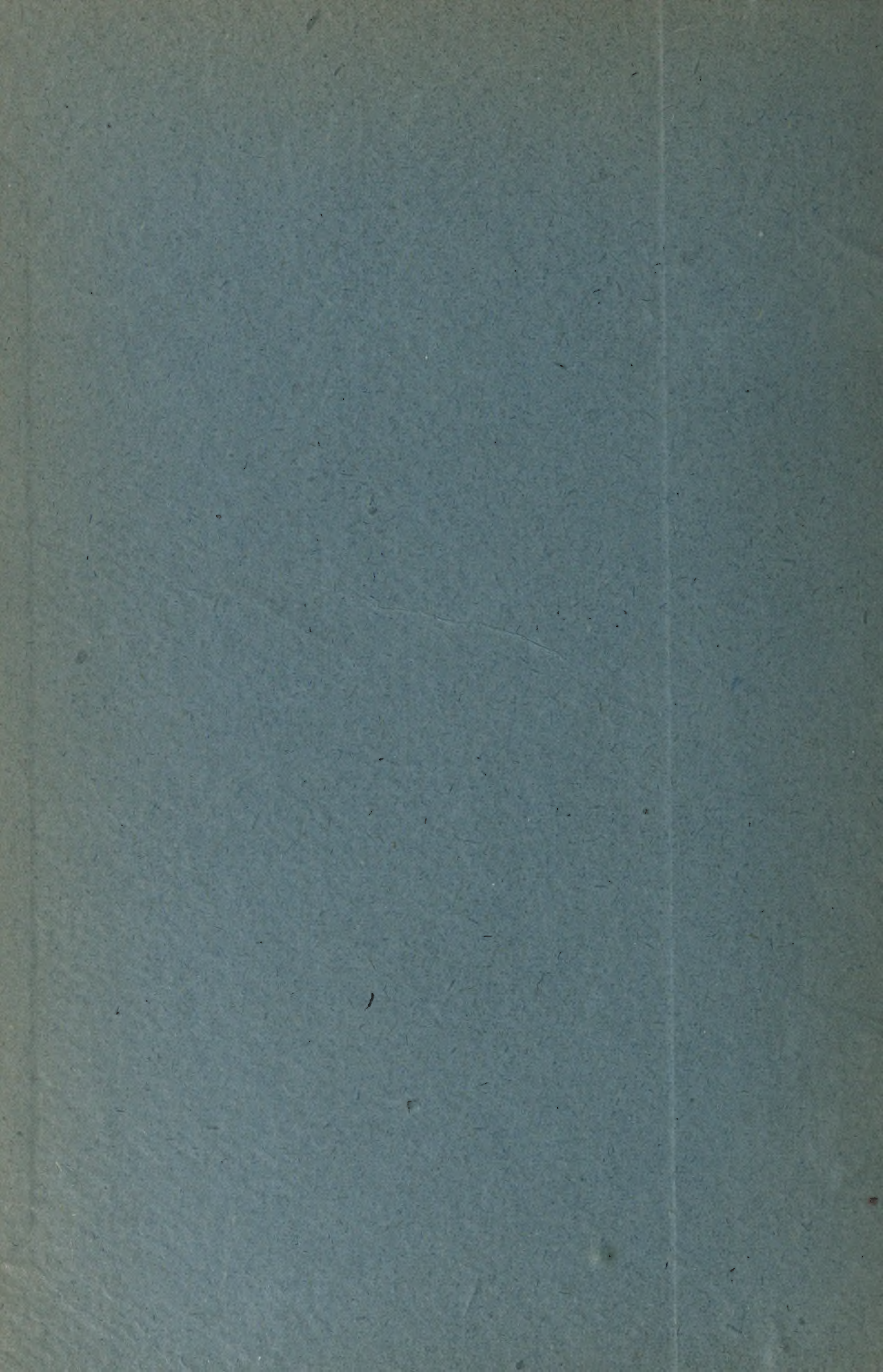
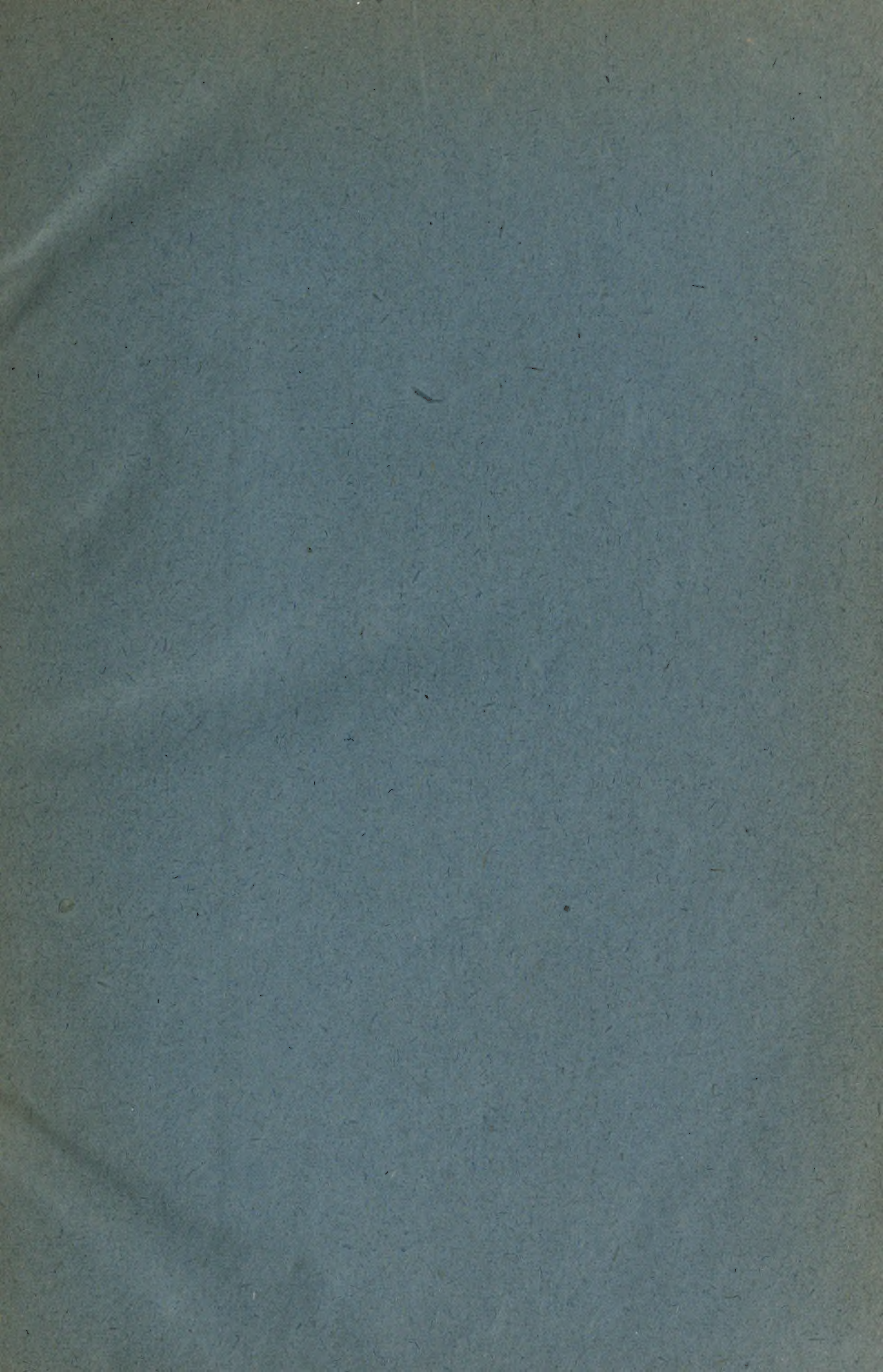
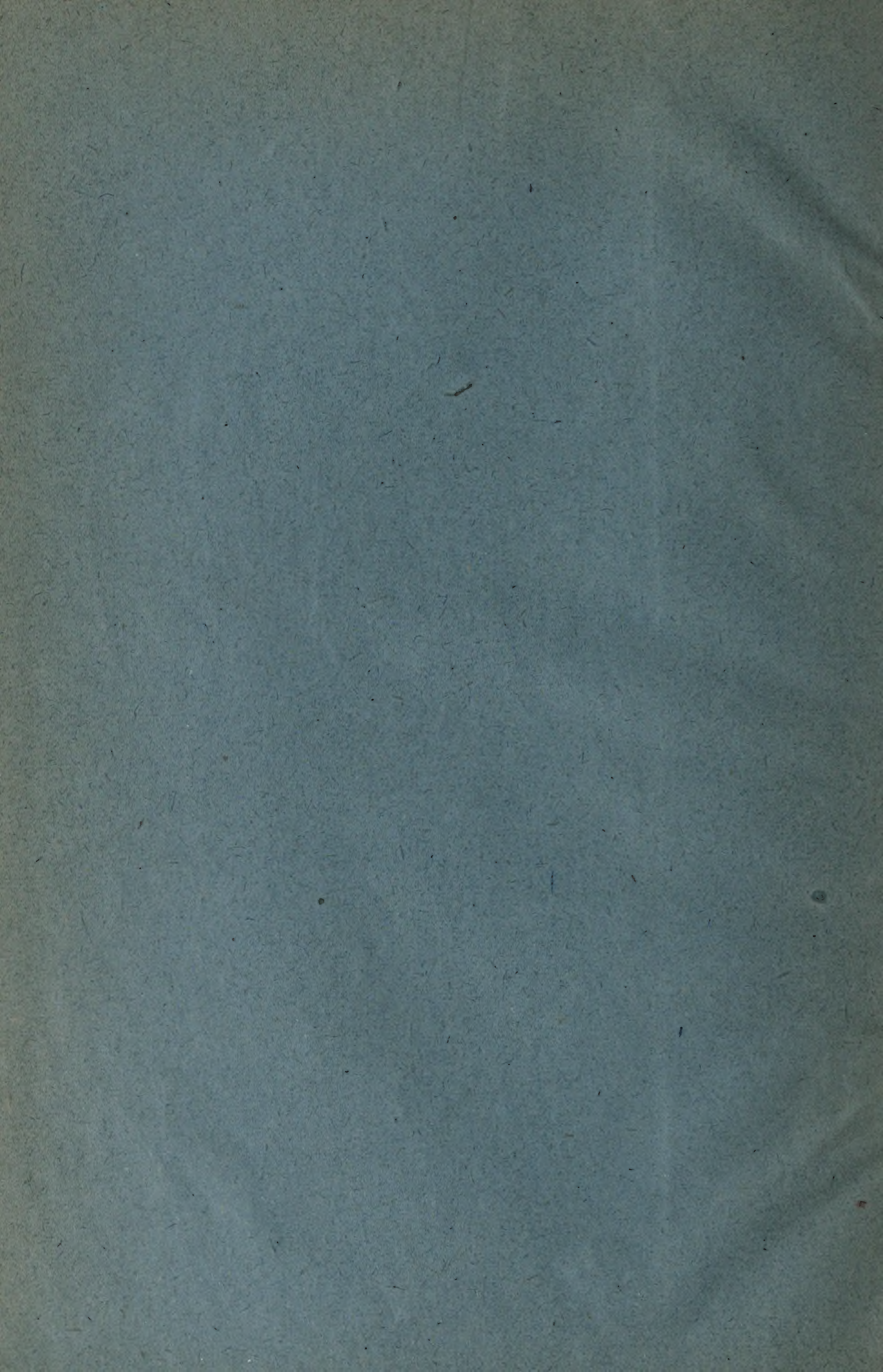

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00253582 1







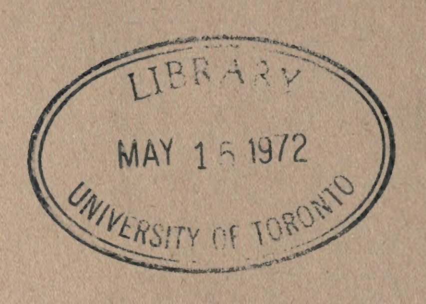
Dr. Eugen Pawlowski

Der Bankrott Deutschlands

Verlag der Kommunistischen Internationale
Auslieferungsstelle für Deutschland:
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg
1921

Druckfehlerverzeichnis

Seite 86/87. Die Anmerkung *) auf Seite 86 muß richtig bei Rubrik „Kurs der Mark in Frank im Jahresdurchschnitt*) in der ersten Tabelle der Seite 87 stehen.



Druck von Konrad Hanf, Hamburg 8.

Inhalt.

Vorwort.

Diese Broschüre vertritt die Grundauffassung, daß Deutschland dem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch entgegengeht. Die Richtigkeit dieser Auffassung zeigt sich in der unerhörten Verschlechterung der Wirtschaftslage, die während der Niederschrift selbst noch eintrat. Die große Teuerungswelle, welche weit über das höchste Preisniveau im Januar 1921 hinausschlug und allem Gerede vom Preisabbau ein Ende setzte, hingegen den Lohnabbau, der im ersten Halbjahr begann, bestehen ließ; die rapide Entwertung der Mark, die seit Anfang des Jahres ein Drittel ihres damaligen Wertes verloren hat; die Steuerreform, welche das Proletariat mit Lasten von neuen Milliarden beschwert, ohne einer Lösung der Finanzkrise auch nur nahe zu kommen: all dies zeigt, daß Deutschland täglich auf dem Wege zum endgültigen Verfall weiterschreitet.

Der Verfall wird von den heftigsten Klassenkämpfen begleitet sein. Nicht nur das Proletariat kämpft gegen die Gesamtheit der Besitzenden, auch die herrschenden Klassen geraten einander in die Haare in dem Bestreben, von den immer mehr zusammenschrumpfenden realen Wertprodukten des Landes einen möglichst großen Teil an sich zu reißen, die Kosten der Erhaltung des Staates aber, der allen Klassen immer mehr zu einer unerwünschten

Last wird, auf die anderen Klassen abzuwälzen. Der Klassenkampf des Proletariats gegen die Besitzenden verbindet sich mit dem Kampf aller besitzenden Schichten untereinander. Die Heftigkeit des Kampfes wurde bisher durch die Mittelparteien, vor allem durch die Sozialdemokratie gedämpft, auf Kosten des Proletariats. Aber lange wird sich diese Dämpfung nicht durchführen lassen. Von rechts und links wird zum Kampfe gerüstet. Die objektiven Bedingungen erzwingen in der nächsten Zeit eine Hochflut des Klassenkampfes in Deutschland. Es wird ein Kampf aller gegen alle, ein Kampf auf Leben und Tod sein. Es ist die große Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands, diesen chaotischen Kämpfen die Linie zu geben, die kämpfenden Proletariermassen zusammenzufassen und sie zum Siege zu führen.

Moskau, den 23. September 1921.

Der Verfasser.

I.

Einleitung.

Das Steuerproblem *erscheint als Finanzproblem:* Wie können die Einnahmen und die Ausgaben des Staates ins Gleichgewicht gebracht werden? Es ist aber in Wirklichkeit erstens ein *Wirtschaftsproblem:* Können aus der verminderten Güterproduktion des verarmten Deutschlands überhaupt jene Mengen von Gütern entnommen und der unproduktiven Konsumtion überlassen werden, die zur Erhaltung der unproduktiven Staatsangestellten, der von den Zinsen der Staatsschuld Lebenden — oder leben Wollenden — und zur Bezahlung der Reparationslasten nötig wären? Zweitens ein *soziales und politisches Problem:* Das Einkommen welcher Klassen soll real geschmälert werden, um dem Staate die nötigen Güter zur Verfügung zu stellen?

Es wird sich zeigen, daß das erste Problem für die Dauer unlösbar ist. Deutschland ist als kapitalistischer Staat nicht imstande, die zur Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushaltes nötigen Güter der Produktion und dem Konsum der produktiven Klassen zu entziehen. Der Versuch, die hierzu nötigen Güter aus dem Ertrage der Arbeit der arbeitenden Klasse herauszupressen, muß entweder zur absoluten Verelendung der arbeitenden Klassen, zu einem Rückfall in die Barbarei oder zur sozialen Revolution führen!

Die Lösung des Problems kann nur im internationalen Maßstabe geschehen. Wäre Deutschland nicht an das

Ausland verschuldet und hätte es nicht die riesige Last der Reparationen zu tragen, so könnte das Finanzproblem durch eine Umwälzung der Klassen-Machtverhältnisse innerhalb Deutschlands selbst gelöst werden. Aber Deutschland soll von seiner Produktion — unabhängig von der inneren Verteilung der jährlichen Wertprodukte — Güter im Werte von vorläufig 4—5 Milliarden Goldmark, späterhin eventuell 8—10 Milliarden, an das Ausland, an die ausländischen Kapitalisten abliefern, ein Tribut, dem nur die internationale Revolution ein Ende machen kann; die Möglichkeit eines siegreichen Revanche-Krieges hat nur in den Köpfen unverbesserlicher deutscher Militärs Realität.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Unlösbarkeit dieses Problems innerhalb des Kapitalismus zu konstatieren und die auf kapitalistischer Basis stehenden Lösungsversuche der Sozialdemokraten und Unabhängigen als für die deutsche Arbeiterklasse verhängnisvoll zurückzuweisen. Die Kommunistische Partei kann sich nicht lediglich auf die Negation beschränken. Sie muß den Arbeitermassen positive Lösungen bieten können. Diese Lösungen unterscheiden sich von jenen der Kapitalisten und der an den Fortbestand des Kapitalismus glaubenden Sozialdemokratie beider Schattierungen dadurch, daß sie *über den Kapitalismus hinausgehen, daß sie nicht Stützpfeiler des verfallenden Kapitalismus, sondern Grundpfeiler des Ueberganges zur proletarischen Gesellschaftsordnung bilden* . . . .

I. Teil

Die Wirtschaftskrise Deutschlands



1. Die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands.

Der latente Bankrott des Staates ist keine selbständige Erscheinung, er ist nur eine Widerspiegelung der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Deutschlands selbst. Wir wollen vor allem das Wesen dieser Krise klarstellen. Zu diesem Zwecke müssen wir einen kurzen Ueberblick über die Grundlagen und die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland gewinnen.

In der Periode 1871—1914 zeigt der Kapitalismus in Deutschland eine stürmische Entwicklung. Die Grundlage hierfür bildeten natürliche Standortsvorteile und kulturelle Faktoren. Die natürlichen Grundlagen waren: Ein der Landwirtschaft günstiges Klima, ein wenn auch von Natur nicht sehr reicher, aber verbesserungsfähiger Boden. Großer Reichtum an Bodenschätzen: Kohlen, Eisenerzen, Salzen. Günstige innere Verkehrsverhältnisse, schiffbare Flüsse, billiger Eisenbahnbau. Zentrale Lage innerhalb Europas. Fast mit allen wichtigen Staaten: Rußland, England, Skandinavien, Belgien, Holland, Frankreich, Oesterreich, Böhmen, unmittelbar oder über das Meer benachbart. Kulturelle Grundlagen: ein gebildetes Volk, fast keine Analphabeten, große Fähigkeit zur Organisation, hohe durchschnittliche Arbeitsleistung, Ausdauer und zäher Fleiß.

Das Ergebnis dieser Faktoren war ein *erstaunlicher Fortschritt der Produktion, eine kolossale Entwicklung des sachlichen Produktionsapparates, eine Anhäufung von großem realen Reichtum.* Deutschland wurde zu einer der

industriellen Werkstätten der Welt. Die Zahl der in Industrie und Verkehr beschäftigten Erwerbstätigen betrug von 100 Erwerbstätigen:*)

1882	41,96
1895	46,37
1907	49,99
1913	51,20

Selbst die Landwirtschaft wurde „industrialisiert":**) sie importierte große Mengen von Futtermitteln, entwickelte auf dieser Grundlage eine „industrielle" Viehzucht und Viehmast; importierte künstlichen Dünger, stapelte große Bodenkräfte im Boden selbst auf. Deutschland importierte Baumwolle und exportierte Textilien; importierte Erze und exportierte Metallwaren. Seine Schiffe befuhren alle Meere. In allen Ländern der Welt war deutsches Kapital angelegt. Wir wollen durch einige Daten diese bekannte Entwicklung belegen.

Von den in *Preußen* angewendeten *Dampfmaschinen* betrug die Zahl der Pferdekräfte nach den Berufs- und Gewerbezählungen (die Zunahme kann ohne Bedenken auf das ganze Reich ausgedehnt werden):

		Zunahme seit 1882
1882	1,222.000	
1895	2,385.000	95%
1907	5,190.000	325%

Die Zunahme der Maschinen an Kraft, die von Gas, Petroleum, Benzin oder Wasserkraft betrieben wurden, dürfte ebenso groß gewesen sein.

Die Zahl und die Zunahme an landwirtschaftlichen Maschinen betrug:

*) Die Zahlen sind aus dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Artikel: Beruf und Berufsstatistik, ferner aus den Daten der Betriebs- und Berufszählung 1907 entnommen; die Zahl für 1913 ist bloß eine *Schätzung* auf Grund der früheren Entwicklung.

**) Siehe *Dade:* Der Friedensvertrag und Deutschlands Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in „Der Friedensvertrag und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft". 1921, Springer. Seite 42.

	1882	1907	Zunahme in %
Dreschmaschinen . .	268.367	947.003	353
Dampfdreschmaschinen	75.690	488.867	644
Drillmaschinen . . .	63.842	290.039	283
Mähmaschinen . . .	19.634	301.325	1500
Dampfpflüge	836	2.995	357

Die Länge des Eisenbahnnetzes vergrößerte sich von 1885 bis 1911 um 118 Prozent.

Der Tonnengehalt der Seeschiffe betrug in Tausend Nettotonnen:*)

	Dampfschiffe
1871	81.99
1914	2,832.31

Der Bestand an Vieh zeigt folgende Entwicklung in Millionen Stück:**)

	1873	1883	1892	1904	1913
Pferde	3,4	3,5	3,8	4,3	4,5
Rindvieh	15,8	15,8	17,6	19,3	21,0
Schweine	7,2	9,2	12,2	18,9	25,7
Schafe und Ziegen	27,3	21,8	16,7	11,2	9,0

Indessen: die Zahl allein gibt kein genügendes Bild vom Fortschritt. Gleichzeitig ging eine große Verbesserung des Bestandes vor sich: es wurden größere und bessere Tiere gezüchtet, das Schlachtgewicht erhöhte sich sehr. „Der Fleischkonsum erhöhte sich in Deutschland seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts auf das Doppelte, nämlich auf 52 kg pro Jahr, wovon 3/5 als Schweinefleisch verzehrt wurden."***)

Der Vermehrung der sachlichen Produktionskräfte entsprach eine Vermehrung der Produktion.

---

*) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1919, Seite 160.

**) Zusammengestellt bei Kurt Ritter: Die Einwirkung des weltwirtschaftlichen Verkehrs auf die Entwicklung und den Betrieb der Landwirtschaft, insbesondere in Deutschland. Berlin, Paray, 1921. Seite 93.

***) Ritter, Seite 100.

*Landwirtschaftliche Produktion.**)*

Durchschnitt des Ertrages pro ha in Doppel-Zentnern.

	1883-1887	1908-1912	Zunahme in %
Weizen	13,4	20,7	55
Roggen	10,0	17,8	78
Gerste	12,8	20,1	57
Hafer	11,3	19,0	75
Erdäpfel	28,5	133,4	*368,4*

Industrielle Produktion:

		Zunahme in Prozent
Kohle	1887—1911	208
Roheisen	„ „	287
Stahl	„ „	1335
Zucker	„ „	600

Wir wollen uns nicht mit den verschiedenen Schätzungen der Vermehrung des „nationalen" Vermögens und Einkommens im Verlauf dieser Periode befassen: diese haben einen sehr zweifelhaften Wert. Wir wollen nur bemerken, daß die deutschen Kapitalisten während dieser Zeit bereits ein auf zirka 30—40 Milliarden Mark geschätztes Kapital im Ausland angelegt hatten.**)



Was für einen Anteil hatte die Arbeiterklasse an dieser märchenhaft raschen Vermehrung des „nationalen" Reichtums Deutschlands?

Sicherlich einen sehr geringen! Immerhin zeigt die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft eine, wenn auch sehr langsame, aber stetige Besserung. Dies ergibt sich aus den Zahlen des Verbrauches an Massengütern. Die Auswanderung aus Deutschland, welche im dritten Viertel

---

*) Die wirkliche Zunahme dürfte kleiner gewesen sein, da die Ernteerträge erst anfangs der neunziger Jahre strenger erfaßt wurden.

**) Sartorius von Waltershausen schätzt (Kapitalanlage im Ausland, Berlin 1907) das deutsche Kapital im Ausland 1906 auf 26 Milliarden Mark.

des 19. Jahrhunderts in die Hunderttausende ging, flaute ab, hörte ganz auf und machte einer Einwanderung östlicher Arbeiter nach Deutschland Platz.

Die Arbeiterbewegung dieser Periode ist eine Widerspiegelung der sich langsam verbessernden Lebenslage des Proletariats. Die auf ihre Erfolge stolze Gewerkschaftsbewegung, der durch revolutionäre Phrasen verhüllte Opportunismus Kautskys wie der offene Revisionismus Bernsteins stehen im Grunde genommen auf derselben falschen Grundlage: fortschreitende ökonomische und politische Erstarkung des Proletariats innerhalb des demokratischen Kapitalismus oder der kapitalistischen Demokratie, bis zur friedlichen Eroberung der Macht durch das Proletariat. Im „Weg zur Macht" schlug Kautsky andere Töne an. Aber in der Praxis wartete man ruhig auf den unvermeidlichen Sturz des Kapitalismus, erfreute sich am Anwachsen der Stimmen bei den Wahlen und an kleinen gewerkschaftlichen Erfolge.

2. Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges.

Die stolze Entwicklung des deutschen Kapitalismus wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Die Produktion wurde eingeengt, da alles in den Dienst des Krieges gestellt war. Statt der Vermehrung der Produktionsmittel, statt der Akkumulierung von Kapital begann eine rasche Verarmung des Landes. Die reale Verarmung wurde aber durch das Anschwellen des fiktiven Kapitals, durch den falschen Schein einer ungeheuren Bereicherung verdeckt. Der Staat kaufte für Bargeld zu hohen Preisen alle Waren, welche zur Kriegführung nötig waren. Das Geld beschaffte er sich von seinen Bürgern durch Anleihen gegen gute Zinsen. Der Preis des durch den Krieg vernichteten realen Reichtums nahm Kapitalform an, indem es als zinstragendes Leihkapital in Kriegsanleihe angelegt wurde.

„Diese Schuldscheine, die für das ursprünglich geliehene und längst verausgabte Kapital ausgestellt sind, diese papiernen Duplikate von vernichtetem Kapital, fungieren für ihre Besitzer so weit als Kapital, als sie verkaufbare Ware sind und daher in Kapital rückverwandelt werden können."*)

Der Krieg machte aber eben diese Rückverwandlung des Leihkapitals in produktives Kapital unmöglich, weil die realen Elemente der Rückverwandlung: die Naturalform des produktiven Kapitals — Gebäude, Maschinen, Rohstoffe —, wie auch die nötige menschliche Arbeitskraft während des Krieges und zum Teil bis heute fehlten. Der scheinbare Reichtum, verursacht durch die verfehlte Art der Finanzierung des Krieges — worauf wir noch ausführlich eingehen —, verdeckt eine tiefgehende reale Verarmung, welche wir durch einige Zahlen darstellen wollen.

a) Der Niedergang der Landwirtschaft.

Wir wiesen bereits auf die Tatsache hin, daß die Landwirtschaft Deutschlands vor dem Kriege sehr intensiv, stark in die Weltwirtschaft verflochten**) und in gewissem Sinne „industrialisiert" war: sie importierte Futtermittel aus dem Auslande und erzeugte damit hochwertige tierische Produkte: Milch, Fett, Fleisch, Zuchttiere. „Es ist wenig beachtet worden, daß vor dem Kriege die Mehreinfuhr von Brot, Getreide und Mehl im Durchschnitt jährlich kaum 200 Millionen Mark betrug, dagegen von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, Futter und Düngemitteln anderthalb Milliarden Mark."***) Der Import von Futtermitteln ermöglichte die große Viehhaltung, diese wiederum die ausgiebige Düngung und die hohen Ernteerträge.

---

*) Marx, Kapital III, 2., 14.

**) Kurt Ritter, a. O.

***) Dade a. O., Seite 42

Dieses System brach im Kriege zusammen. Weder Futtermittel, noch Kunstdünger konnten weiter aus dem Ausland eingeführt werden. Die eigene Erzeugung an Phosphaten ging stark zurück. Die im Boden aufgespeicherten Bodenkräfte wurden rasch aufgebraucht, der Viehbestand vermindert. „Der gegenwärtige Zustand der deutschen Landwirtschaft — schreibt Dade — läßt sich etwa dahin zusammenfassen, daß der Viehbestand dezimiert und der Ertrag des Bodens etwa um ein Drittel gesunken ist."*)

Wir wollen diese Entwicklung durch einige Zahlen erläutern:

Die Ernteflӓche betrug in Millionen ha

(ohne Elsaß-Lothringen)

	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste	Kartoffeln	Zuckerrüben
1913	1,84	6,36	4,33	1,60	3,32	0,57**)
1918	1,44	5,75	3,27	1,37	2,73	0,40
(neues Gebiet)						
1919	1,30	4,40	2,99	1,13	2,18	0,30***)
1920	1,38	4,33	3,24	1,20	2,46	0,33

Der Ernteertrag betrug in Millionen Tonnen †) (das Gebiet gleich dem Jahre 1920):

	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste	Kartoffeln	Zuckerrüben
1913	4,06	10,22	8,72	3,05	44,77	13,70
1919	2,17	6,10	4,49	1,67	21,48	5,82
1920 (Schätzung)	2,26	4,97	4,87	1,80	28,25	7,96

*) Ebenda.

**) Kurt Ritter: a. O., Seite 102.

***) Reichsanzeiger vom 31. Dez. 1920.

†) Wirtschaft und Statistik Nr. 3.

Der Durchschnittsertrag pro ha betrug) in Tonnen:*

	Im Mittel 1909-13	1919	1920	Rückgang 1920 gegen 1909-13 %
Weizen	2,15	1,67	1,63	24,2
Roggen	1,82	1,39	1,15	36,8
Gerste	2,08	1,48	1,50	27,9
Hafer	1,98	1,50	1,50	24,2
Kartoffeln	13,71	9,85	11,48	16,2

Diese Zahlen ergeben ein katastrophales Bild: die bebaute Fläche ist um 20—25 Prozent geringer, der Enteertrag um 24—37 Prozent kleiner, der Gesamtertrag um die Hälfte geringer! Zwar ist anzunehmen, daß die Ernten in Wirklichkeit größer waren, als es die amtlichen Daten zeigen: die Agrarier hatten ein Interesse daran, den Ernteertrag möglichst klein anzugeben, um weniger Getreide zu festen Preisen abliefern zu müssen. Aber eine starke Verminderung des Ernteertrages ist unzweifelhaft vorhanden.

Berechnen wir ganz roh, wie sich der Konsum gestaltet hat. In den Jahren 1909 bis 1913 wurden im Durchschnitt an Weizen und Roggen auf dem gegenwärtigen Gebiet 14,28 Millionen Tonnen geerntet.

Der Konsum war aber größer, weil 1. aus dem Ausland 8 Prozent des Bedarfes an Brotgetreide (abzüglich der Ausfuhr) eingeführt wurden; 2. die abgetretenen Gebiete nur 6 Prozent der industriellen Bevölkerung, aber 12 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung umfassen; es gingen 16 Prozent der Brotgetreidefläche, 18 Prozent der Kartoffeln, 20 Prozent der Zuckerrüben verloren. Durch die Gebietsverkleinerung hat sich daher die innere Versorgung Deutschlands mit Brot verschlechtert. Wenn wir hiervon absehen und die 8 Prozent Einfuhr wie auch den Ueberschuß der abgetretenen Gebiete als Ersatz für die zu kleinen Angaben der Agrarier einsetzen, so ergibt sich folgendes Bild:

*) Wirtschaft und Statistik Nr. 3.

Brotgetreide in Millionen Tonnen

	Ernte	Fehlbetrag (aus dem Auslande zu decken) in Millionen Tonnen
1909—13	14,28	—
1919	8,27	6,01
1920	7,23	7,05

Wir sehen: wenn der Bedarf der Bevölkerung in demselben Maße gedeckt werden sollte, wenn jeder Proletarier ebenso viel Brot verzehren sollte wie vor dem Kriege, so müßte fast ebensoviel Getreide nach Deutschland eingeführt werden, wie die eigene Ernte beträgt. Ja, noch mehr! Denn der Ausfall an inländischem Getreide verteilt sich nicht gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung! Die herrschenden Klassen und das Bauerntum, welches an der Quelle sitzt, verzehren gegenwärtig ebensoviel Brot wie vor dem Kriege. *Soviel als weniger eingeführt wurde — also sechs bezw. sieben Millionen Tonnen —, soviel weniger Brot hat das Proletariat Deutschlands gegessen!*

Demgegenüber betrug die *Einfuhr* — abzüglich der Ausfuhr — im Jahre 1920:*)

	Tonnen
Weizen und Roggen	992,22
Weizen- und Roggenmehl	49,81
Gesamt	1,042,03

Statt der nötigen 6 bis 7 Millionen Tonnen wurden also nur 1,04 Millionen Tonnen eingeführt. *Die deutschen Proletarier aßen im Jahre 1920 roh berechnet um 4—6 Millionen Tonnen weniger Brot als im Jahre 1913!*

Der Rückgang der bebauten Fläche und der Erträge ist neben der Erschöpfung des Bodens, dem Mangel an Vieh und Kunstdünger auch der Profitgier der Agrarier zuzuschreiben. Aus den Tabellen der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik in Nr. 3 und 4 geht hervor, *daß der Rückgang im Ertrag bei Roggen am größten war in jenen Gebieten, wo der Großgrundbesitz stark vertreten ist.* Der Großgrundbesitz kehrt zu extensiven Wirtschaftsformen zurück,

*) Wirtschaft und Statistik Nr. 7, S. 307.

weil 1. bei den amtlich fixierten Getreidepreisen es sich besser verlohnt, Aecker in Wiesen zu verwandeln und Viehzucht zu treiben,*) 2. das Fehlen der billigen polnischen Wanderarbeiter die intensive Bearbeitung weniger profitabel macht! Hier zeigt sich die Wirkung der Gebietsgröße auf die Bodenkultur. Der mit eigener Arbeitskraft arbeitende Kleinbauer, der nur so viel produziert — oder weniger — wie er braucht, trachtet aus seinem Boden einen möglichst großen Rohertrag, ein möglichst großes Quantum an Lebensmitteln herauszuwirtschaften, mag der Marktpreis hoch oder niedrig sein. Der Großbauer und Großgrundbesitzer kümmert sich nicht um den Rohertrag, sondern um die Höhe von Profit plus Rente. Er wird also die Produktion so führen, daß das angewandte Kapital den höchsten reinen Geldertrag abwirft. Während in der Industrie — wo Mehrproduktion billigere Produktion bedeutet — das Streben nach größerem Profit im allgemeinen mit der Vergrößerung der Produktion zusammenfällt (mit Ausnahme der künstlichen Beschränkung der Produktion durch die Kartelle und Trusts), ist dies in der Landwirtschaft nicht der Fall. Hier hat bei einer gewissen Preislage der *einzelne* Produzent unabhängig von den anderen, ein Interesse an der Verminderung seiner Produktion. Dies ist besonders der Fall, wenn die Preise amtlich nicht im Verhältnis der Produktionskosten festgesetzt sind, oder teils amtlich festgesetzt, teils frei sind, wie gegenwärtig. Der landwirtschaftliche Kapitalist wird ohne jede Rücksicht auf das Quantum der produzierten Lebensmittel jene Kulturarten betreiben, welche ihm den höchsten Profit abwerfen.**) Die preußischen Agrarier haben die Produktion von Getreide skrupellos auf die Hälfte beschränkt,

*) Der Ertrag der künstlichen und natürlichen Wiesen ist im Jahre 1920 pro ha größer als in den Jahren 1909—13. Wirtschaft und Statistik. Nr. 3.

**) Jahrbuch der „Finanzpolitischen Korrespondenz" 1921 von Kuczynski, 1. Heft, Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft: Der Landwirt hat die Wahl zwischen Ablieferung und Verfütterung des Getreides. Erscheinen ihm die Getreidepreise im Verhältnis zu den

statt Getreide zu bauen, die Felder in ständige Wiesen umgewandelt, ohne Rücksicht auf hungernde städtische Proletarier! Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft ist daher nicht nur den objektiv-technischen Umständen, sondern auch dem sozialen Mißstand zuzuschreiben, daß der Boden Privateigentum von Agrarkapitalisten ist, die nicht auf die Produktion von Lebensmitteln, sondern auf die Erhöhung der Rente bedacht sind!*)

Viehpreisen zu niedrig, so zieht er vor, sein Getreide zu verfüttern. Die wünschenswerte Relation zwischen Getreide- und Viehpreisen läßt sich nun mit hinreichender Genauigkeit feststellen. Zur Gewinnung eines Lebendgewichtszuwachses von 100 kg Schwein sind Futtermittel mit einem Stärkewert von 315 kg und 30 kg verdauliches Eiweiß erforderlich. Diese Menge Stärkewert und noch ein Ueberschuß von Eiweiß sind enthalten in 440 kg Roggen. Bei einem Roggenpreis von 1400 Mark für die Tonne kosten 440 kg 616 Mark. Schlägt man für Verlust, Wartung und sonstige Unkosten ¼ auf die Futterkosten auf, so würde sich die Erzielung von 100 kg Lebendgewicht mittels Roggen, bei einem Roggenpreis von 1400 Mark, für den Schweinehalter auf 770 Mark stellen. Tatsächlich erzielt der Schweinehalter aber für 100 kg Lebendgewicht nicht 770 Mark, sondern zwei- bis dreimal so viel.

*) Die Presse der Agrarier wird nicht müde, über die Erhöhung der Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter zu jammern. Folgende Tabellen, die wir dem Buche K. Ritters — Seite 117 — (welches im Agrarverlag Parey erschienen ist!) entnehmen, beweisen, daß die Agrarier unter sich selbst feststellen, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte viel stärker in die Höhe gingen als die Löhne.

Wertsteigerung im Herbst 1920 gegenüber der Vorkriegszeit in %:

Landwirtschaftliche Erzeugnisse

Zucker	2000	Heu und Stroh	1400
Hülsenfrüchte	1700	Futterrüben	800
Roggen	830	Wolle	2500
Weizen	770	Schweineschmalz	2500
Gerste	800	Butter	1350
Hafer	850	Rindfleisch	1800
Kartoffeln	1600		

Landwirtschaftliche Produktionsmittel und Löhne

Phosphorsäuredünger	2300	Häckselmaschinen	1600
Kalidünger	600	Drillmaschinen	1300
Stickstoffdünger	900	*Löhne*	700
Pflüge, Walzen, Eggen	1700		

Ein vielleicht noch traurigeres Bild zeigt die Viehzucht. Der Viehstand betrug in Millionen Stück auf dem gegenwärtigen Gebiet Deutschlands:

	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe u. Ziegen
1. Dez. 1913	3,82	18,65	22,78	8,25
1. „ 1919	3,47	16,32	11,52	9,48
1. „ 1920	3,58	*16,79	14,15	10,59

Der Abgang betrug bei Rindvieh 10 Prozent, bei Schweinen 38 Prozent. Nur Schafe und vor allem Ziegen zeigen eine Zunahme: ein typischer Beweis für die extensive Gestaltung der Landwirtschaft, für die Verarmung des Landes. Mit der Feststellung der Stückzahl ist es aber nicht getan: absolut stichhaltig sind folgende Bemerkungen des statistischen Reichsamtes:*)

„Dabei ist noch besonders zu beachten, daß die *Stückzahl allein kein richtiges Bild von der Entwicklung des Viehbestandes gibt*, und zwar sowohl bei Rindern und Schweinen wie auch bei den übrigen Viehgattungen, die eine günstigere Entwicklung und sogar eine Vermehrung aufweisen. Der heutige Viehbestand bleibt in seiner Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit wesentlich hinter dem hohen Stande zurück, zu dem er durch planmäßige Züchtung und Ernährung vor dem Kriege gehoben worden war. Die Durchschnittserträge an Fleisch sind heute viel geringer als früher, die Milchergiebigkeit der Kühe ist vor allem wegen der Schwierigkeiten der Ernährung sehr zurückgegangen. Wie wenig ein Vergleich lediglich nach der *Stückzahl* die tatsächliche Entwicklung des Viehbestandes ersehen läßt, ergibt sich daraus, daß das *Durchschnittsschlachtgewicht* bei den Rindern im Mittel Okt. 19/Sept. 20 155 kg, vor dem Kriege 250 kg, bei den Kälbern im Mittel Okt. 19/Sept. 20 31 kg, vor dem Kriege 40 kg, bei den Schafen im Mittel Okt. 19/ Sept. 20 17 kg, vor dem Kriege 22 kg, bei den Schweinen im Mittel Okt. 19/Sept. 20 75 kg, vor dem Kriege 85 kg betrug. Der Rückgang ist demnach überall sehr erheblich."

*) Wirtschaft und Statistik, Heft 4, Seite 158..

Zu den 10 Prozent Rückgang an der Zahl bei dem Rindvieh kommt ein weiterer Rückgang an Schlachtgewicht von zirka 24—38 Prozent: bei den Schweinen 38 Prozent an der Anzahl plus 13 Prozent an Schlachtgewicht. Der jährliche Fleischzuwachs ist daher gegenwärtig fast um die Hälfte geringer als vor dem Kriege.

Zusammenfassend können wir sagen: *die deutsche Landwirtschaft gibt gegenwärtig ungefähr halb so viel an Brot und Fleisch wie im Jahrfünft vor dem Kriege auf dem gleichen Gebiete. Das Niveau der Landwirtschaft ist beiläufig auf jenes am Ende der achtziger Jahre zurückgefallen.*

b) Die Krise der Industrie.

Der Niedergang der Industrie Deutschlands dürfte keinesfalls geringer sein als jener der Landwirtschaft. Durch die Blockade wurden ihr alle überseeischen Rohstoffe entzogen. Von der gelernten Arbeiterschaft zog ein großer Teil in den Krieg. Jene Betriebe, welche für den Krieg arbeiteten, trieben Raubbau mit den menschlichen und sachlichen Produktionsmitteln. Gebäude wurden nicht remontiert, Maschinen nicht erneuert usw. Es muß der Umstand hervorgehoben werden, daß im verkleinerten Deutschland der Prozentsatz der industriellen Bevölkerung größer, die Grundlagen der modernen Industrie, Kohle und Eisenerze, aber prozentual viel kleiner sind als im Jahre 1913.

Von 100 hauptberuflich Erwerbstätigen gehörten 1907

im Gebiete des	alten	neuen
	Deutschlands*)	
Land- und Forstwirtschaft . . .	32,7	31,4
Industrie und Bergbau	37,2	38,3
Handel und Verkehr	11,5	11,8

*) Die Zahlen für das neue Deutschland sind aus den Daten der Berufs- und Erwerbszählung 1907 entnommen; sie geben *keinen* Aufschluß über Veränderungen, die in den Berufen selbst während dieser Zeit vorgegangen sind. Wirtschaft und Statistik, Heft 1.

Hingegen verlor Deutschland durch die Abtretung Elsaß-Lothringens und die Ausscheidung Luxemburgs an Quantität zirka 75 Prozent, an Eisengehalt zirka 69 Proz. seiner Eisenerze,*) sowie einen vorläufig bis zur Entscheidung der schlesischen Frage unbestimmten, aber sehr großen Teil seiner Kohle. *Der vergrößerte Anteil an industriellen Berufstätigen sollte mit einem stark verkleinerten Anteil an natürlichen Reichtümern und einem herabgekommenen sachlichen Produktionsapparat beschäftigt werden. Dies ist eine der Wurzeln der Krise.*

Da seit dem Kriege noch keine neue Berufs- und Betriebszählung stattgefunden hat, läßt sich der Verfall der deutschen Industrie infolge des Krieges ziffernmäßig nicht so übersichtlich darstellen wie jener der Landwirtschaft. Wir können bloß an dem Rückgang der Jahresproduktion die Verminderung der Leistungsfähigkeit messen.

Die Produktion betrug:

	Steinkohle*)	Braunkohle**)	Kalisalze***)
	in Millionen Tonnen		
1913 . . .	190,1	87,2	11,6
1917 . . .	167,7	95,5	8,9
1918 . . .	158,3	100,6	9,4
1919 . . .	116,7	93,8	7,8
1920 . . .	140,8	111,6	11,4

Wenn man Braunkohle auf Steinkohle umrechnet, ergibt sich, daß die Produktion quantitativ um *21,7% zurückgegangen* ist, der Heizwert aber in noch größerem Maßstabe, weil sich die Qualität verschlechtert hat.†)

---

*) Angaben von Franz Eulenburg in „Friedensvertrag" usw., Seite 67.

**) Wirtschaft und Statistik, Heft 2, Seite 56.

***) Wirtschaft und Statistik, Heft 4. Bei Kali ist zu bemerken, daß der Absatz 1920 viel schlechter war als die Produktion: dies machte sich 1921 stark geltend.

†) Siehe die Anlagen der deutschen Regierung in Brüssel: „Sammlung von Aktenstücken" Seite 219.

Es muß aber in Betracht gezogen werden, daß das Saargebiet für Frankreich produziert, *so daß Deutschland 1920 nur 131,3 Millionen Tonnen gegen 173 Millionen Tonnen auf dem gleichen Gebiete 1913 zur Verfügung hatte.* Von diesen müssen noch die Reparationskohlen geliefert werden, so daß Deutschland für den Inlandbedarf auf dem gleichen Gebiet nur beiläufig 60% der Vorkriegsmenge an Steinkohlen zur Verfügung hat; der Ausfall wird durch die Mehrproduktion an minderwertiger Braunkohle nur in sehr geringem Grade ersetzt. Die Koh'ennot lähmte die deutsche Industrie gerade in der Periode der Nachkriegskonjunktur, als die deutschen Waren auf dem Weltmarkt absatzfähig waren, und ist bis heute eine der wichtigsten Ursachen der Unterproduktionskrise.

		Stahlproduktion*)	Eisenproduktion*)
		in Millionen	Tonnen
1913	altes Deutschland	18,9	19,3
	neues "		11,5
1919	" "	7,0	7,0
1920	" "	7,0	5,0
	Rückgang	67,0%	75,0%
			bezw. 57%

Textilindustrie: Die Einfuhr abzüglich der Ausfuhr an Textilrohstoffen betrug in Tausend Tonnen:**)

	1913	1920
Baumwolle	4850,8	1633,1
Baumwollgespinste	165,8	73,0
Wolle und Gespinste	3994,1	613,8
Hanf, Flachs, Jute u. Gespinste	3052,1	841,0
Seide, Kunstseide u. Gespinste	67,4	17,4
	12,130,2	3178,3
Rückgang der Produktion		73,5%

*) Hamburger Volkszeitung vom 14. Mai 1921. Amtliche Daten werden seit 1919 nicht mehr veröffentlicht!

**) Wirtschaft und Statistik, Heft 7, Seite 308.

Zu den anderen Ursachen des Rückgangs der Produktion tritt noch die *Verschiebung von Kapital in der Naturalform von Produktionsmitteln ins Ausland.* Wir lesen darüber in der „Volkszeitung für das Vogtland" vom 10. 12. 1920 folgendes:

„In der ersten Hälfte des Jahres 1920 wurden in das Ausland folgende gebrauchten Textilmaschinen ausgeführt:

Webstühle	1949
Tüllmaschinen	10
Selfaktoren	68
Andere Spinnmaschinen	208
Rußmaschinen	29
Wirkmaschinen	180
Bandwebstühle	10
Gardinenmaschinen	10
Krempelmaschinen	139
Spulmaschinen	25
Strickmaschinen	20
Riementische	580
Sonstige Maschinen	159
in Sa.:	3387 Masch.

Hinzu kommen noch eine ganze Reihe Fälle, in denen die Anzahl der Maschinen nicht angegeben ist, sondern wo es nur heißt „alte Webstühle oder angeblich unbrauchbare Maschinen", so daß angenommen werden darf, daß mindestens 4—5000 Textilmaschinen abmontiert wurden, die ins Ausland gebracht worden sind.

Hinzu kommt noch, daß viele Maschinen auf Schleichwegen ausgeführt sind. Auf einen ganz speziellen Fall sei besonders hingewiesen. Die Baumwollspinnerei Uerdingen bei Krefeld lag still. Das Werk umfaßte 35 000 Spindeln, verbunden war es mit Spulerei und Haspelei. Am Lager hatte die Firma 1200 Ballen Baumwolle. Die Krefelder Baumwollspinnerei wollte das Werk kaufen und in Betrieb setzen. Diesem Kaufe kam die Firma

Hammersen mit gutem Nutzen zuvor und kaufte es. Die Firma Hammersen hat die Maschinen abmontiert und wegbringen lassen. Die Maschinen selbst wurden von der Firma Hammersen mit gutem Nutzen an die Tillburgische Kattunspinnerei Akt.-Ges. verkauft, die unter Beteiligung der Firma Hammersen Anfang Juni in Amsterdam gegründet worden ist. Also ein holländisches Unternehmen.

Aus alledem ist anzunehmen, daß auch diese Maschinen ins Ausland verschoben sind. Einer großen Anzahl von Textilarbeitern ist dadurch ihre Existenzmöglichkeit entzogen worden. Im September und Oktober wurden für 1885 Maschinen Ausfuhrgenehmigung beantragt. — In dem Plauener Strickereirevier sind 5000 Strickmaschinen abgebrochen und als Maschinenteile ins Ausland verschoben worden."

Aehnliche Fälle lassen sich sicher in großer Zahl feststellen. Die Kapitalisten haben keine patriotischen Bedenken, wenn es um den Profit geht. Die Kapitalverschiebungen auf dem Papier, die Umwandlungen von Aktiengesellschaften in ausländische, sind vor allem ein Steuer-Hinterziehungsmanöver.

Wir wollen noch kurz einige annähernde Daten über den Rückgang der Produktion in einigen wichtigen Industriezweigen zwischen 1913 und Anfang 1920 angeben*):

		vor dem Kriege	1920—21	Rückgang
Zementproduktion	pro Monat	6—700 000 t	220 000 t	65%
Kalkproduktion	pro Monat	600 000 t	250—300 000 t	50%
Ziegelproduktion	pro Jahr	23—27 Milliarden Steine	(1919) 3,5 Milliarden Steine	85%
Glasproduktion				50%
Porzellanproduktion				60%
Papierproduktion				60%
Mühlenindustrie				50%
Seifenindustrie				80%
Bierindustrie				88%
Spiritusindustrie				84%
Phosphordüngerproduktion				80%

*) Nach der Frankf. Zeitung vom 15.—28. Juni 1921 auf Grundlage der „Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums".

	1913*)	1920	1918	Rückgang
		in Millionen Tonnen		
Rohkupfer	0.05	0.02		60%
		in Tausend Tonnen		
Rohzink	281.1	97.5		60%
Rohblei	188.—	54.—		70%
Rohzinn	11.4		2.—	
Rohnickel	5.2		1.2	

Einen guten Einblick in den Rückgang der industriellen Produktion geben folgende Zahlen (leider sind dieselben nur bis 1916 vom Stat. Reichsamt veröffentlicht worden):**)

Der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug in kg

	Steinkohle	Braunkohle	Eisenerz	Roheisen	Zink	Blei	Kupfer
1913	2470	1401	690	277	3,4	3,4	4,0
1916	2079	1463	486	192	2,6	1,4	1,2

c) Das Bauwesen.

Bereicherung oder Verarmung eines Landes kann am besten am Gang der Bautätigkeit beurteilt werden. Jede Bautätigkeit ist aus technischen Gründen reale Akkumulation. Das Wohnbedürfnis kann nicht von Jahr zu Jahr befriedigt werden; das jetzt gebaute Haus dient drei bis vier späteren Generationen. Bauen heißt gegenwärtige Arbeit für spätere Zeiten aufspeichern.

Die Verarmung Deutschlands zeigt sich am besten an dem Stillstand der Bautätigkeit und der schrecklichen Wohnungsnot in den Städten. Wir gaben schon oben Daten über den riesigen Rückgang in der Produktion von Baumaterialien. Die Bautätigkeit selbst zeigt folgendes Bild:

Der Zugang an Neubauten betrug in Städten mit über 50 000 Einwohnern:***)

*) Folgende Daten aus: Indexzahlen, 5. Auflage, Seite 53.

**) Stat. Jahrbuch, 1920, Seite 149.

***) Frankf. Zeitung vom 28. Juni 1921 und für Wohnungen: Wirtschaft und Statistik Nr. 3, Seite 147.

	Häuser	Wohnungen
1912	17 520	
1913	15 267	59 903
1914	13 887	
1915	6 363	
1916	3 993	
1917	2 457	
1918	1 964	
1919	4 078	8 212
1920	5 124 *)	18 791**)

Es ergibt sich für die Jahre seit Kriegsausbruch ein Abgang von ungefähr 70—80 000 Häusern, also einer halben Million Wohnungen. „In der letzten Zeit" — schreibt die „Frankf. Zeitung" — „sind es bekanntlich die Baukosten, die eine umfangreiche Bautätigkeit verhindern. Die Baukosten sind auf das 15fache der Vorkriegszeit gestiegen, was hauptsächlich durch die ungesunde Preissteigerung der Baustoffe verursacht wurde. Während der Lohnanteil an den gesamten Baukosten im Jahre 1913 zirka 40—50 vom Hundert betrug, stellt er trotz Erhöhung des Stundenlohnes auf das 7—9fache zurzeit nur etwa 30 vom Hundert der Gesamtkosten dar." Wir sehen auch hier, wie die Profitgier der Kapitalistenklasse zu einer Fessel der Produktion wird.

Zusammenfassend *kann der Rückgang der bergbaulichen und industriellen Produktion Deutschlands auf rund 50 Prozent geschätzt werden, gegenüber einem Bevölkerungsverlust von zirka 9 Prozent.* Es ist ein Verfall der Industrie, welcher beinahe das Maß des Verfalls in Rußland, dem von Feinden umzingelten, boykottierten, mit Kriegen überzogenen proletarischen Rußland, erreicht. Und aus diesem ohnehin auf die Hälfte verarmten Staate will die Entente jährlich Waren im Werte von 3½ Millarden Goldmark,

*) Die geringe Zahl der Wohnungen im Verhältnis zu der Zahl der neuen Häuser erklärt sich daraus, daß überwiegend *„gemeinnützige"* Bauten, Kleinhäuser ausgeführt wurden.

**) Nur Wohngebäude!

also ein volles Drittel der Ausfuhr des reichen Deutschlands im Jahre 1913, herauspressen!

d) Der Verfall des Transportwesens.

Der Zustand des Transportwesens zeigt ebenfalls die rapide Verarmung Deutschlands an realen Gütern. Die Verschlechterung der Eisenbahnlinien und Bauten selbst läßt sich zahlenmäßig nicht angeben. Hingegen besitzen wir eine ausführliche Statistik über das rollende Material in den „Akten der Brüsseler Sachverständigenkonferenz vom 16. bis 22. Dezember 1920". Dort heißt es: *)

	1. April 1913	1. April 1919	1. Okt. 1920
A. Fahrzeug-Bestand:			
Lokomotiven	29 996	36 500	30 000
Personen- u. Gepäckwagen	85 000	81 000	60 000**)
Güterwagen	660 951	739 600	546 800
B. Anzahl der ausbesserungsbedürftigen Fahrzeuge:			
Lokomotiven . . .	5 125	11 500	11 315
Personen- u. Gepäckwagen	5 000	10 800	9 000
Güterwagen	22 500	60 500	75 000
C. Anzahl der betriebsfähigen Fahrzeuge:			
Lokomotiven . . .	24 771	25 000	18 685
Personen- u. Gepäckwagen	80 000	70 200	51 000
Güterwagen	638 451	679 100	471 800

Zu vorstehenden Tabellen ist folgendes zu bemerken:

1. Alle Zahlen, welche sich auf den 1. April 1919 als Stichtag beziehen, enthalten noch diejenigen Fahrzeuge, die im Verlauf des Jahres 1919 an die Entente abgegeben oder anderweitig abgegeben oder durch den Krieg in Verlust geraten sind.

---

*) Seite 184.

**) Zahl ist wahrscheinlich zu hoch bemessen.

2. Die Zahlen, welche sich auf den 1. Oktober 1920 beziehen, enthalten nicht die Anzahl der Fahrzeuge, welche noch für die abgetretenen Gebiete (Polen, Freistaat Danzig, Memelgau, Tschechoslowakei, Dänemark, Belgien) außer den bereits dorthin abgegebenen noch außerdem etwa abzugeben sind.

Der Bestand an gebrauchsfähigem rollenden Material hat sich infolge der großen Ablieferungen an die Entente um 25 bis 30 Prozent vermindert. Hierbei wurde von der Entente das beste, was an rollendem Material vorhanden war, zur Ablieferung ausgewählt. Die Folgen sind für den Verkehr ebendort wie folgt angegeben: *)

a) „Mangel an den zur Bewältigung des Verkehrs erforderlichen Betriebsmitteln; b) Ausfall von Zügen: Sperren in der Annahme von Gütern; c) unwirtschaftliche Verwendung von Personenzuglokomotiven anstelle von Güterzuglokomotiven; d) Mangel an Reservelokomotiven für eintretende Stockungen: dadurch erhebliche Betriebsschwierigkeiten."

Noch ärger wurde mit der deutschen Seeflotte durch die Entente verfahren.

*Im Jahre 1914 besaß Deutschland 2170 Dampfschiffe mit einem Gehalt von 4 694 190 Bruttotonnen.**)*

Am 30. Juni 1920 betrug nach dem Lloyd-Register der Tonnengehalt der im Besitze Deutschlands verbliebenen Seedampfer 673 000 Bruttotonnen.

Bis auf 17 Prozent wurde der Schiffsbestand Deutschlands von dem Ententekapital geraubt; den Verlust aber trägt nicht das deutsche Schiffahrtskapital, sondern das deutsche Proletariat; der von der Sozialdemokratie unterstützte kapitalistische Staat ersetzte den Schaden des Schiffahrtskapitals auf Kosten der Allgemeinheit.

Zusammenfassend sehen wir eine Reduktion der Produktion in Deutschland auf beiläufig die Hälfte. Im ersten

*) Ebenda, Seite 185.

**) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, Seite 160.

Halbjahr 1921 eine scheinbare Besserung; aber die schlechte Ernte und die bereits einsetzenden Reparationslasten machen jeden Ansatz einer Besserung zunichte. *Wir schließen uns vollkommen dem Urteil Rathenaus an, daß Deutschland noch immer mehr verbraucht als es laufend produziert.* Rathenau schreibt:*)

„In unserem Falle kann nachgewiesen werden, daß nach den bekannten eingetretenen Verlusten an Ueberschußgebieten, Erzen, Kohlen, Schiffen, Auslandsguthaben, Auslandsinvestitionen, beim Rückgang unserer Aecker, Verkehrseinrichtungen, Produktionsanlagen und Menschenkräfte *die deutsche Gesamtproduktion nicht mehr ausreicht,* um einerseits das Land zu ernähren, andererseits die notwendige Einfuhr an Nahrungsmitteln und denjenigen Rohstoffen, die die Voraussetzung jeder Produktion bilden, zu gestatten.

Es kann ferner nachgewiesen werden, daß wir seit Friedensschluß *mehr verbraucht haben als produziert,* indem wir von unseren vorhandenen Besitztümern und von Krediten lebten.

Diese Realrechnung der Produktionsbilanz ist die entscheidende."

Und weil dies wirklich so ist, erscheint sowohl die wirtschaftliche als auch die finanzielle Lage Deutschlands hoffnungslos!

3. Wo sind die deutschen Arbeiter?

Der aufmerksame Leser wird sich schon lange die Frage vorgelegt haben: wenn die landwirtschaftliche, bergbauliche und industrielle Produktion wie auch die Bautätigkeit einen Rückgang von 40 bis 84 Prozent aufweisen, wo sind eigentlich die deutschen Proletarier? Wie ist es möglich, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht Millionen, sondern — nach der amtlichen Statistik — bloß Hunderttausende beträgt?

*) Berliner Tageblatt vom 31. XII. 1920.

Wir wollen versuchen, auf diese Frage eine beiläufige Antwort zu geben. Auf die Frage, wieviel Arbeiter und Angestellte im verkleinerten Deutschland gegenwärtig leben, gibt es meines Wissens keine Daten. Wir können folgende Konstruktion machen:

		in Millionen
Gesamtbevölkerung	1905 *)	60,64
„	1910 **) . . .	64,93
„	1917 (interpoliert) . .	62,36
Arbeiter in Landw., Ind. u. Handel	1907	17,8
Prozent der Arbeiter zur Gesamtbevölkerung		rund 28

Die Bevölkerung Deutschlands, die nach der Volks-Zählung von 1910 64,9 Millionen betragen hatte, war bis Kriegsbeginn auf 68 Millionen angewachsen. Bei natürlicher Bevölkerungsvermehrung wäre die Bevölkerung Deutschlands bis Ende 1919 auf etwa 72,5 Millionen angewachsen. Statt dessen ergab sich ein *Geburtenausfall* von 3,7 Millionen, eine erhöhte *Sterblichkeit* der Zivilbevölkerung von 0,8, ein Verlust an Kriegsgefallenen von 1,7 Millionen, zusammen 6,2 Millionen; durch die Abtretungen und die Abtrennungen des Saarreviers hat das Deutsche Reich rund 6 Millionen verloren; es verbleiben also 60,3 Millionen Einwohner. Durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen und Rückwanderung (namentlich aus den verlorenen Gebieten) dürfte sich inzwischen die Zahl auf 61 Millionen erhöht haben.

Unter diesen 61 Millionen, dieselbe Prozentzahl Arbeiter wie 1907 angenommen, gäbe es 28 Prozent = 16,88 Millionen.***) Die Produktion der Landwirtschaft und der Industrie ist um 30 bis 85 Prozent zurückgegangen.

---

*) Volkszählungsergebnisse; Stat. Jahrbuch 1919, Seite 1.

**) Berufszählung 1907; Stat. Jahrbuch 1919, Seite 29.

***) Dr. Syrup, Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung, berechnet für 1920: „19 Millionen Arbeitnehmer im weitesten Sinne", also offenbar Angestellte und Beamte mit eingerechnet.

Nehmen wir einen durchschnittlichen Rückgang von 40 Prozent — wobei wir der natürlichen Produktionsverminderung durch die Abtretung der verlorenen Gebiete Rechnung tragen —, müßten in Deutschland eigentlich beiläufig 6 Millionen Arbeiter arbeitslos sein.

Unterstützte Arbeitslose gibt es in Deutschland einige Hunderttausend. Nicht unterstützte Vollarbeitslose wahrscheinlich ebensoviel. Nehmen wir zusammen eine Million Vollarbeitslose an. Bleibt noch immer die Frage, was ist mit der Arbeitskraft der restlichen 5 Millionen Arbeiter?

Diese Arbeiter sind gegenwärtig irgendwie unproduktiv im Wirtschaftsleben untergebracht. Ein Teil ist invalid, arbeitsunfähig. Ein Teil treibt wahrscheinlich Krämerhandel, Spekulation. Andererseits ist aber die Zahl der Arbeiter durch die Auflösung des stehenden Heeres und der Marine vermehrt.

Wir kommen in keiner Weise um die Tatsache herum, daß *einige Millionen Arbeiter mehr irgendwie im Wirtschaftsleben untergebracht sind, als bei der reduzierten Produktion, verglichen mit den Verhältnissen vor dem Kriege, sein könnten!*

Wo sind sie? Sie sind in den Betrieben. Ihre Arbeit — zum Teil Kurzarbeit — ist in der Produktion, in der verringerten Produktion mit enthalten. *Die Arbeitsleistung der Arbeiterschaft Deutschlands ist eben sehr stark zurückgegangen!* Wir werden in einem besonderen Absatz spezielle Daten dafür geben.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind:

1. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse durch die Entbehrungen des Krieges und der Nachkriegszeit, durch Unterernährung und Krankheiten.

2. Die Revolutionierung der Arbeiterklasse, welche sich in fortwährenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zeigt: Das deutsche Proletariat hat keine Neigung durch hohe Arbeitsleistung den Wiederaufbau des Kapitalismus zu fördern.

3. In der minderen Güte des ganzen sachlichen Produk-

tionsapparates, mit welchem die Produktion gegenwärtig in Deutschland arbeitet.

4. Die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands.

a) Der Zusammenbruch der Ernährung.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Ernährung Deutschlands infolge der Verminderung der bebauten Fläche und der Verringerung des Ernteertrages sich von Jahr zu Jahr verschlechtert.

Brot. Eine genaue Berechnung des Konsums an Brot ließe sich nur durch komplizierte Berechnungen, zu welchen teilweise auch die nötigen Unterlagen fehlen, feststellen. Wir müßten berechnen: den Rest der vorjährigen Ernte plus Ernte des laufenden Wirtschaftsjahres abzüglich des Saatgutes plus reine Einfuhr von Getreide und Mehl in dem betreffenden Wirtschaftsjahr — August bis August. — Indessen ist die Verminderung des Konsums so groß, daß es überflüssig ist, eine so genaue Berechnung zu machen. Wir können uns damit begnügen, daß wir — wie oben geschehen — die Einfuhr von zirka 8 bis 10 Prozent vor dem Kriege als Aequivalent für die gegenwärtige geringere Angabe der Agrarier ansetzen, für Saatgut ganz grob 10 Prozent abrechnen, und für das Jahr 1920 die Einfuhr des Kalenderjahres aufschlagen. Wir erhalten folgendes Bild für das Gebiet des neuen Deutschlands:

	Inlandsernte Weizen u. Roggen in Millionen T.	Ab 10% Saatgut, bleibt	Einfuhr*) in Millionen Tonnen	Zusammen	Pro Kopf**) Inlandsernte plus Einfuhr in kg
1909/31	14.28	12.85		12.85	2.14
1920	7.23	6.51	1.03	7.54	1 26
Abgang				5.31	0.88

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 7, Seite 307:

Roggen und Weizen . . .	0,992 Mill. t
Roggen- und Weizenmehl . .	0,022 Mill. t
Aufschlag 20 % . .	0,006 Mill. t
	1,020 Mill. t

**) Rund 60 Millionen Seelen gerechnet.

Die Verminderung des Konsums an Brot beträgt daher rund 41 Prozent.

Die amtlichen Daten für die Londoner Konferenz sind in Mehl: 125 und 83 kg; der prozentuelle Rückgang ist bei dieser Berechnung noch etwas größer = 44 Prozent.

Kartoffeln. Die Berechnung ist hier noch schwieriger, weil Kartoffeln sowohl für menschliche Nahrung als auch für Viehfutter und für industrielle Zwecke verwendet werden. Wir begnügen uns daher damit, festzustellen, wieviel auf einen Kopf entfiel.

Die Ernte betrug im Gebiet des verkleinerten Deutschlands: *)

	in Millionen Tonnen	pro Kopf der Bevölkerung in kg
1913	44,77	746
1919	21,48	358
1920	28,25	471

Die Einfuhr kann vernachlässigt werden, in 1920 bloß ¾ Millionen Tonnen.

Die Verminderung des Konsums beträgt rund 36 Prozent.

Fleisch. Es wurden „*beschaupflichtig*" geschlachtet:**)

	Rindvieh	Kälber	Schweine	Fleisch-Ergebnis	Import	Zusammen	Pro Kopf
1913	3.629.958 à 250 kg	4.538.875 à 40 kg	13.293.310 à 85 kg	2.218.9	63.7	2.282.6	35.7
1920	2.089.483 à 155 kg	1.223.735 à 31 kg	3.011.567 à 75 kg	569.50	222.50	792	13.2

Der Rückgang des Konsums beträgt pro Kopf 63 Prozent.

Die amtlichen, der Londoner Konferenz unterbreiteten Daten geben 52 kg pro Kopf 1913 und 20 kg 1920. Hier sind offenbar die nicht „beschaupflichtigen" Schlachtungen mit kalkuliert. Der prozentuelle Rückgang beträgt hier ebenfalls 63 Prozent.

---

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 1 Seite 9.

**) Ebenda Nr. 3, Seite 110..

***) Schlachtgewicht der Tiere Wirtsch. u. Stat., Heft 4, Seite 58. Im ersten Vierteljahr 1921 zeigt sich eine sehr große Zunahme der Schlachtungen. Da sich aber im Viehbestand selbst keine nennenswerte Vermehrung zeigt, dürfte sich dies im Laufe des Jahres ausgleichen.

Nun wird außer dem beschaupflichtig, d. h. unter amtlicher Kontrolle geschlachteten Vieh vieles ohne Kontrolle, „schwarz" geschlachtet! Dies entzieht sich jeder statistischen Erfassung. Daß aber dieser Rückgang beiläufig der Wahrheit entspricht, ergibt sich aus den Zahlen der Viehzählung und der Tatsache der starken Verschlechterung der Qualität des Viehstandes.

Ueber einige wichtige Lebensmittel finden sich Daten in den Akten der Brüsseler Verhandlungen.*) Demnach betrug der Konsum:

	1913	1920	Pro Kopf in kg 1913	Pro Kopf in kg 1920	bezw. Rückgang %
Zucker in 1000 Tonnen	1282	860	19,2	14,1	26
Kaffee „ „	164	45	2,5	0,7	72
Tee „ „	4,3	2	0,065	0,033	50
Bier in Millionen hl	68,8	25	103,3	41,0	60
Wein „ „	3	2	4,5	3,3	35

Alle diese Zahlen zeigen, daß die Ernährung Deutschlands während und nach der Kriegsperiode vollkommen zusammengebrochen ist. Die Folgen dieser Unterernährung sind auch im allgemeinen Gesundheitszustand des Landes klar zu erkennen.

Die Sterblichkeit an *Tuberkulose* betrug auf 10 000 Einwohner:

Deutsche Orte mit 15 000 und mehr Einwohnern:

1913	15,7
1914	16,0
1915	16,8
1916	18,0
1917	25,2
1918	28,7
1919	27,1
1920	18,4

Im Jahre 1920 zeigt sich eine Besserung; ob sie nach der neuen Herabsetzung der Lebenshaltung der Masse infolge der neuen Steuern anhalten wird, ist fraglich.

*) Sammlung von Aktenstücken usw. Seite 165 u. 166.

Die Sterblichkeit betrug pro 1000 Einwohner:*)

1913	15,8
1914	19,9
1915	22,0
1916	19,7
1917	20,8
1918	25,1
1919	16,1
1920	16,3

Ueber die Wirkung dieses Zusammenbruches der Ernährung schreibt der von England entsandte amtliche Sachverständige, Prof. E. H. Starling:

„Die Wirkungen dieser Lebensbedingungen, der ungenügenden Erzeugung und mangelhaften Verteilung haben sich bei den zwei Dritteln der Bevölkerung, die die Verbraucher darstellen, sehr fühlbar gemacht und diese dauernde Aushungerung hat große Verluste an Körpergewicht und verminderte Widerstandskraft gegen Krankheiten zur Folge gehabt. Die Sterblichkeit hat zugenommen und die Geburtenzahl hat abgenommen, so daß die Zahl der Todesfälle die Zahl der Geburten erheblich übersteigt und die Zahl der Bevölkerung zurückgeht. Die Unterernährung hat nicht nur ein Nachlassen des Arbeitsertrages erzeugt und eine Verminderung der nationalen Produktion, sondern sie hat auch eine merkliche Wirkung auf den Geisteszustand der Menschen ausgeübt. Sie sind energielos, apathisch und hoffnungslos, haben die Achtung vor den Gesetzen verloren und das Nationalgefühl, das für das Deutschland der letzten 20 Jahre so charakteristisch war. Die Tuberkulose hat sehr an Verbreitung zugenommen, und die Todesfälle durch diese Krankheit sind je nach der Gegend um das 2½ bis 6fache gestiegen. Der Milchmangel hat die Gesundheit der Kinder schwer geschädigt. Rachitis

*) Kuczynski a. O. Seite 35.

und verwandte Krankheiten sind in allen Schichten häufig und zunehmend." *)

„Man kann beliebig viele derartige Berichte lesen.**) Selbst in Krankenhäusern sind Steckrüben die Hauptnahrung. Die Krankenhäuser können nicht mehr genügend geheizt werden. Es gibt keine Bettwäsche mehr. — Mütter leiden ganz besonders. Kinder können nicht rein gehalten werden — keine Seife — keine Kleider. — Viele Kinder leben von einem halben Liter Gemüsesuppe täglich, die ohne Fleisch oder Fett gekocht ist. — Kinder, die so abgerissen sind, daß sie nicht mehr auf die Straße gehen können und langsam zu Hause hinsiechen. — Särge fehlen. — Die Kinder werden in Kisten begraben, Erwachsene in Massengräbern, zehn Leichen, eine über der anderen mit einer Lage Erde und Kalk dazwischen. — Keine Leichenhemden, die Toten in Papier gewickelt —".

Der Statistiker Kuczynski***) schreibt, daß von einer Million Berliner Familien zirka 1000 sich fast jeden Luxus gönnen können, 10 000 „gut leben", wie etwa vor dem Krieg mit jährlich 10 000 Mark, 100 000 Familien verfügen über das Existenzminimum:

„Der ganze Rest, *die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung verdient weniger als das Existenzminimum.* Die meisten Arbeiterfamilien sind absolut nicht imstande, ihre Kinder vor dem Verkommen zu schützen. Dem früheren Mittelstand geht es aber vielfach sogar noch schlimmer als den Arbeitern.

Das Elend in Deutschland beschränkt sich aber nicht auf Berlin, und es gibt zahlreiche Städte, in denen es noch größer ist. *In Berlin sind die Kosten des Existenzminimums*

---

*) Zitiert bei Norman Angell, Der Friedensvertrag und das wirtschaftliche Chaos in Europa, Seite 4. Ernährungszustand in Deutschland, Seite 15.

**) Siehe besonders die folgenden: Cmd. 280, Cmd. 52, Cmd. 54, Cmd. 208.

***) Kuczynski, „Wiedergutmachung . . .", Seite 35. Geschrieben am 1. IV. 1921.

etwa elfmal so hoch als vor dem Kriege. Anderwärts war die Steigerung teilweise stärker. Das durchschnittliche Einkommen ist aber nur etwa um das vierfache gestiegen. In Goldmark umgerechnet, ist es von 600 auf 170 gesunken, eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als nicht wenige Großgrundbesitzer, Bauern, Industrielle und Kaufleute heute, in Goldmark umgerechnet, noch das gleiche Einkommen haben wie vor dem Kriege.

Leider ist sich die Welt nicht darüber klar, daß Deutschland das einzige Land ist, in dem *wirklich Massenelend herrscht.* Gewiß sind die *Wiener* noch schlimmer daran als die Berliner. Aber Wien ist die einzige große Stadt in Deutsch-Oesterreich, und da die Verhältnisse dort auf dem Lande erträglich sind, wird man die Zahl der wirklich Hilfsbedürftigen für Deutsch-Oesterreich auf höchstens zwei Millionen Menschen zu veranschlagen haben. Gewiß darben auch die *Petersburger und Moskauer* noch mehr als die Berliner. Aber die große Masse der Bevölkerung Rußlands lebt auf dem Lande und lebt heute dort nicht schlechter als vor dem Kriege. Viel übler daran als früher sind also auch in Rußland nur ein paar Millionen Menschen. Das Elend aber, das wir in Berlin haben, findet sich annähernd in dem gleichen Grade in den übrigen 50 deutschen Großstädten, in zahllosen Mittelstädten und in nicht wenigen Kleinstädten. Man greift daher sicher nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß *in Deutschland mindestens 15 Millionen Menschen rettungslos verloren sind, wenn ihnen nicht rechtzeitig und ausgiebig Hilfe zuteil wird.*"

Aber solche allgemeinen Daten und Beschreibungen sagen nichts von dem, was uns vor allem interessiert, von der Lage der *arbeitenden Klasse* Deutschlands. Die Zahlen, welche den Rückgang des Konsums in allgemeinen Durchschnittszahlen angeben, besagen nicht, daß die Arbeiter diesen Durchschnitt auch wirklich erhalten. Ja, sie erhalten denselben sicher nicht. Denn die herrschenden Klassen: Bourgeoisie, Großgrundbesitzer, Großbauer, ja

die Mehrzahl der Mittelbauern spart sich an Brot, Fleisch, Milch und Fett nichts ab. Sie verzehren heute nicht weniger als vor dem Kriege. Sie essen mehr als der Durchschnitt. Folglich entfällt auf die Arbeiter weniger.

Der Arbeiter erhält sein Einkommen in Geld. Wollen wir wissen, wie der deutsche Arbeiter lebt, so müssen wir berechnen, wie sich die Löhne im Verhältnis zu den Preisen gestaltet haben. Umsonst zeigt die Statistik, daß auf jede Seele im Durchschnitt so und so viel Brot, Fleisch und Milch kommt, wenn der Lohn des Arbeiters nicht ausreicht, diese Lebensmittel zu kaufen.

b) Teuerung und Lohnsteigerung.

Wie groß ist die Teuerung? Jeder Proletarier in Deutschland ächzt unter dem Gewicht der schrecklichen Teuerung; aber kaum einer wird sagen können, um wie viel eigentlich das Leben gegenwärtig mehr kostet als vor dem Kriege. Auch die Gelehrten wissen es nicht. Oder wollen es nicht wissen!

Zur Feststellung der Teuerung bedient man sich von jeher der sogenannten *Indexzahlen*, d. h. der Preis einer gewissen Menge bestimmter Waren in festgesetzter Qualität wird in gewissen Zwischenzeiten festgestellt. Gewöhnlich wird der Preis eines Zeitpunktes gleich Hundert gesetzt und die Veränderung der Preise in Prozenten ausgedrückt. Werden die Preise der Waren im Großhandel festgesetzt, so haben wir eine *Großhandelsindexzahl;* wenn im Kleinhandel, eine *Kleinhandelsindexzahl.*

Die Preisgestaltung der Waren ist nicht gleich. Daher wird die Indexzahl einen verschiedenen Grad der Teuerung zeigen, je nachdem, welche Waren und welches Quantum zugrunde gelegt werden. Sie sind ein gutes Maß der Preisveränderung dieser Warengruppe, aber zeigen nicht, wie der Arbeiter leben kann.

Zu diesem Zwecke dienen die *Lebenshaltungsindexziffern.* Es wird ein gewisses Quantum von Lebensmitteln,

Kleidung, Wohnung, Heizung usw., welches zur Erhaltung einer Arbeiterfamilie nötig ist, angenommen und der Preis des ganzen Quantums monatlich festgestellt. Dies ergibt die Lebenshaltungsindexziffer!

Für Deutschland gibt es zwei Großhandelsindexe: jene der Frankfurter Zeitung, welche den Preis von 77 Waren notiert, und jene des Statist. Reichsamtes, welche bisher nur den von 18 Waren monatlich feststellte, nunmehr aber auf 38 Waren überging. Das Ergebnis ist folgendes:

		„Frankf. Zeitung"	Stat. Reichsamt (berichtigter Index, 38 Waren) *)
1913			100
1914	Juli	100	
1920	Januar	1099 — 100	1243
	März	—	1694
	Mai	1714	1502
	Juli	1495	1363
	August	1550	1446
	Septbr.	1582	1495
	Oktober	1604	1462
	Novbr.	1670 — 148	1506
	Dezbr.	1681 — 153	1437
1921	Januar	1626 — 148	1436
	Februar	1494	1372
	März	1440	1334
	April	1429 — 130,1	1323
	Mai	1448 — 131,8	1306
	Juni	1392 — 128,0	1365
	Juli	1488 — 135,4	1425
	August	1714 — 156,0	

Wir sehen: Die Großhandelspreise haben sich bis Januar 1920 nach der „Frankf. Zeitung" verelffacht; bis Mai 1920 stiegen sie auf das siebzehnfache; bewegten sich zwischen dem vierzehnten und sechzehnfachen, um im

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 7, Seite 323.

August wieder auf das siebzehnfache zu steigen. Damit wurde das Höchstniveau von Mai 1920 wieder erreicht.

Das ganze Gerede vom Preisabbau ist hierdurch hinfällig geworden. Der in manchen Fällen durchgeführte Lohnabbau hingegen erweist sich als weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Indexziffer des Statistischen Reichsamtes zeigt eine zu niedrige Teuerungsziffer.

Was die *Preise im Kleinhandel* anbelangt, so bewegen sie sich absolut wie jene des Großhandels, nur mit dem Unterschiede, daß beim Anziehen der Großhandelspreise die Kleinhändler den Preis sofort erhöhen; wenn aber etwas billiger wird, so halten sie noch monatelang den Preis hoch.

Für unsere Zwecke, zur Beurteilung der Lebenslage der Arbeiterschaft, sind die Berechnungen der Kosten der Lebenshaltung wichtig. Es gibt in Deutschland drei solche:

1. *Die des Statistischen Reichsamtes.*
2. *Diejenige Calwers.*
3. *Diejenige Kuczynskis.*

Ihre Ergebnisse sind verschieden, weil ihre Grundlagen verschieden sind: Calwer gibt nur den Preis der Lebensmittel, welche die dreifache Friedensration eines deutschen Marine-Soldaten ausmachen.*) Das Statistische Reichsamt nimmt außer Lebensmitteln noch Heizung, Wohnung und Beleuchtung, — ein unrichtiges Verfahren, welches die Kosten der Lebenshaltung zu *niedrig* erscheinen läßt, weil die Mieten weniger gestiegen sind, die Kleider aber, welche am stärksten gestiegen sind, nicht in Betracht gezogen werden! Es geschah dies im Interesse der Arbeitgeber, um die Arbeiter von *„übertriebenen"* Lohnforderungen abzuhalten, wie dies A. Heichen im großkapitalistischen „Berliner Tageblatt" vom 13. 8. offen zugibt. Er schreibt:

---

*) Ueber den *kleinen* Calwer-Index später.

„Daß die Indexziffer des Statistischen Reichsamts so irreführende Ergebnisse angibt, ist nicht verwunderlich und erklärt sich aus einer *Konstruktion, die darauf zugeschnitten war, die wirkliche Teuerung nicht voll in Erscheinung treten zu lassen.* Waren es doch vornehmlich politische Gründe, die zu ihrer Entstehung Anlaß gegeben haben! Wenn es mit Hilfe dieser Indexziffer gelungen ist, übertriebene und mit der Verarmung Deutschlands nicht verträgliche Entlohnungsansprüche abzuwehren, so ist das an sich volkswirtschaftlich durchaus erfreulich. Dann hat diese Indexziffer die wichtige Funktion erfüllt, die fortschreitende Geldentwertung zu dämmen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß diese Ziffer durch eine politisch ad hoc zugespitzte Konstruktion der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes ein objektiv falsches Bild von der Entwicklung der Teuerung in Deutschland gibt. Das mag, wie gesagt, in mancher Beziehung erfreulich sein, erfreulich nicht zuletzt auch vom Interessenstandpunkt der Arbeitgeber, beginnt aber nunmehr verhängnisvoll und nachteilig für das deutsche Allgemeininteresse zu wirken. Wenn beispielsweise lohnstatistische Erhebungen ergeben, daß die jetzigen Löhne etwa das sechs-, sieben-, acht- oder neunfache der Friedenslöhne betragen und daß demgegenüber der Teuerungsgrad nur auf das acht- und neunfache gestiegen ist, dann ist vom Standpunkt des Auslandes und ganz besonders vom Standpunkt unserer Reparationsgläubiger aus nichts einfacher als die Schlußfolgerung, daß es mit der Verarmung Deutschlands nicht so schlimm sei, und daß Deutschland weit zahlungsfähiger sei, als man deutscherseits zugeben wolle. Man braucht ja bloß, so können die Reparationsgläubiger sagen, dem larmoyanten Geschrei der Deutschen die amtlichen Ergebnisse ihrer eigenen Statistik entgegenhalten. Nichts einfacher als das! Nichts einfacher, als die Spannung zwischen Lebenskosten- und Lohnindex den deutschen Unterhändlern rechnerisch vorzuhalten."

Kuczynski endlich gibt einen Index *aller* Bedürfnisse eines Arbeiterhaushalts, aber nur für Berlin. Wir wollen alle diese Zahlen nebeneinander stellen.

	Statistisches Reichsamt *)				
	nur Lebensmittel	Lebensm. Heizung Beleucht. Wohnung	Calwer **) groß	Calwer klein	Kuczynski Ehepaar mit 2 Kindern Groß-Berlin***)
	1913/14		Jan. 1914		Aug. 1913-Juli 1914
	100	100	25,57	6,48	28,95
Januar 1918			56,50		
Januar 1919			63,75		
Januar 1920			130,65		220
Februar	854	623	147,65		254
März	1103	741	167,60		322
April	1123	836	189,78		375
Mai	1178	876	224,63		365
Juni	1133	842	232,15		304
Juli	1156	842	252,38		324
August	1049	795	261,38		308
September	1032	777	273,95		299
Oktober	1129	827	332,20		318
November	1184	872	357,05		316
Dezember	1272	916	369,76		327
Jahres-Durchschnitt	1110	804	245,0		311
Januar 1921	1265	924	381,70	120,22	320
Februar	1191	901	359,56		313
März	1188	901	356,19		298
April	1171	894	351,27	106,73	281
Mai	1152	880	353,14	109,75	285
Juni	1175	896	351,55	107,06	311
Juli		963	359,04	121,97	324
August		1045			339

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 7, Seite 320..

**) Monatliche Uebersichten der Lebensmittelpreise von Calwer.

***) Wiedergutmachung u. deutsche Wirtschaft, S. 72, und Finanzpol. Korr. Aug. 1921.

Der „kleine" Calwerindex ist als Widerlegung der Kritik der Arbeitgeber entstanden, die behaupteten, der „große" Calwerindex zeige den Grad der Teuerung als zu hoch, weil derselbe pro Woche 14 Pfund Fleisch enthalte.

„Diese Kritik — schreibt Calwer — findet sich seit einiger Zeit häufiger. Da möchte ich doch zeigen, daß auch bei einer Ernährungsration, die möglichst niedrig angenommen ist, die Steigerungskurve im allgemeinen nicht anders verläuft als bei der großen Ration. Ich gehe aus von kärglicher *Ernährung norddeutscher Arbeiter*, wie sie in früheren Jahrzehnten festgehalten worden ist, gebe allerdings dazu noch ein Pfund Schmalz wöchentlich. Eine Familie von vier Köpfen, gleich drei Erwachsenen, erhält pro Woche folgende Nahrungsmittel:

25000	g	Kartoffeln
300	„	Mehl
7500	„	Brot
1000	„	Schweinefleisch
500	„	Schmalz
300	„	Reis

Hier spielt Fleisch wirklich eine äußerst bescheidene Rolle, die ganze Ernährung ist dürftig."

Betrachten wir die Ergebnisse dieses Indexes, welcher der *tatsächlichen gegenwärtigen Ernährung des deutschen Proletariats viel eher entspricht als die „große" Ration*, so ergibt sich, daß die *Kosten der Lebenshaltung zwischen Vorkriegszeit und Juli 1921 auf 1850 Prozent gestiegen sind.* Demgegenüber zeigen die anderen Indexe das folgende Bild:

Großer Calwer-Index	1404 %
Stat. Reichsamt (Lebensmittel)	1175 %
Stat. Reichsamt (Juni, auch Wohnung, Heizung, Beleuchtung)	896 %
Kuczynski	1110 %

D. h.: *Je ärmer ein Arbeiter ist, eine je größere Familie*

er zu ernähren hat, um so höher ist der Preis der von ihm konsumierten Lebensmittel gestiegen. Die Lebenshaltung der „besseren" Schichten, die heute eine ähnliche Kost genießen wie die Marinesoldaten in Friedenszeit, bedingt nur das vierzehnfache dessen, was sie vor dem Kriege kostete. Der arme Arbeiter mit großer Familie, der auf Brot und Kartoffeln angewiesen ist, zahlt das 18,5-fache.

Werfen wir nunmehr die Frage auf: um wieviel teurer lebt heute der Arbeiter, als wie er vor dem Kriege gelebt hatte, so zeigen die Ziffern ein sehr verschiedenes Bild. Wenn wir die scharfe neue Teuerung im August und September in Betracht ziehen, so werden wir die *durchschnittliche Verteuerung der Lebenshaltung auf das 16-fache* annehmen können, wobei wir eher zu niedrig als zu hoch greifen. Was bedeutet das?

Es bedeutet soviel, daß, wenn die Arbeiter Deutschlands ebenso leben sollten wie vor dem Kriege — und sie schlemmten auch damals nicht —, **müßten sie den 16-fachen** Betrag verdienen!

Wir wollen uns nicht mit dem Versuch abgeben, die Lohnhöhe im Frieden und gegenwärtig auszurechnen und zu vergleichen. Es fehlen uns hierzu die nötigen Unterlagen. Auch sind die vorhandenen Daten nicht verläßlich. Eine solche Untersuchung würde einen großen Band erfordern. Wir müssen uns damit begnügen, einige Daten herauszugreifen:

Es ist allgemein bekannt, daß von allen Berufen der der Bergarbeiter infolge des ständigen Kohlenmangels der gesuchteste war; es ist daher auch anzunehmen, daß sie bei dem Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen am glücklichsten abgeschnitten haben. Die amtliche Statistik*) gibt uns folgendes Bild:

	Verdienste (Schichtlöhne) aller Arbeiter		
	1913	1919	1920
Oberschlesien	100	367	996
Ruhrgebiet	100	307	810

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 4, Seite 187.

Lebenshaltungskosten 1913 = 100.

Durchschnitt der Indexzahlen für 1920:

Reichsamt Lebensmittel	Reichsamt Voller Index	Calwer groß	Kuczynski
1110	810	907	1110

Wir sehen, die überwiegende Mehrheit der Bergarbeiter, jene im Ruhrgebiet, bleiben mit ihren Löhnen weit hinter der Steigerung der Preise zurück!

Für die anderen Berufsarten liegen nur die Ergebnisse der *„Reichslohnerhebung"* im Februar 1920 vor. Sie erstrecken sich nur auf etwa ein Zehntel der deutschen Arbeiterschaft. Die Angaben über Löhne für 1920 sind vom Betrieb ausgemacht, aber vom Arbeiter bestätigt worden. Ueber die Vorkriegslöhne gaben die Betriebe selbst Auskunft. Die Richtigkeit und Verläßlichkeit dieser Lohnerhebung wurde von den Arbeiterorganisationen stark in Zweifel gezogen. Wir wollen mit allem Vorbehalt die Zahlen wiedergeben.*)

Die Löhne für vier Wochen der Jahre 1913 bezw. 1914 als *100* gesetzt, gestaltet sich die Lohnhöhe im Februar 1920 folgendermaßen:

Metallindustrie:		*Textilindustrie:*	
Schlosser	559	Spinner	730
Maschinenarbeiter .	633	Weber	790
Hilfsarbeiter . . .	800	Weberinnen . . .	932

Baugewerbe:	
Maurer	554
Zimmerer	541
Bauhilfsarbeiter . .	613

Die Lebenshaltungsindexziffer betrug Februar 1920:

Stat. Reichsamt, Lebensmittel	1191
" " Lebensmittel, Wohnung, Heizung	901
Calwer großer Index	1460
Kuczynski	1080
(Großhandelsindexziffer des Reichsamtes)	1694

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 2, Seite 81.

Wir ersehen daraus, daß die Löhne, je nachdem, welchen Index man als maßgebend nimmt, kaum die Hälfte der Kaufkraft besitzen wie vor dem Kriege.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in bezug auf die Lohnhöhe *Ende 1920* in ihrer Denkschrift „Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter und die Beschlüsse der Pariser Konferenz".

Die durchschnittliche Steigerung war nach der Aufnahme der Gewerkschaften von 1914 bis Ende 1920:

	bei den Löhnen		*bei d. Lebenshaltungskosten* Berechnung der Gewerkschaften	Calwer-Index
Für	1,444,851 Arbeiter	9 fach		
„	817,706 „	6,5 „	15,5fach	14,7fach
„	37,496 „	4,2 „		

„Die Löhne der deutschen Arbeiter müßten doppelt so hoch sein, wenn sie ihnen auch nur das bescheidene Maß der Lebenshaltung wie vor dem Kriege ermöglichen sollte" ist die Schlußfolgerung der Gewerkschaften.

Wir wollen nun noch eine Statistik der Gehälter der kaufmännischen Angestellten anführen, welche, da die Beamten Monatslöhne beziehen, etwas verläßlicher erscheint; die Daten sind für Februar 1920 und Januar 1921 aufgenommen. Auf 1913 als 100 bezogen ergeben sich folgende Zahlen:*)

	1913	Febr. 1920	Jan. 1921
Männliche Angestellte	100	432	662
Weibliche Angestellte	100	473	989
Stat. Reichsamt, Lebensm.-Ind.	100	1191	1265
Calwer groß	100	1460	1480
Kuczynski	100	1080	1130

Die Lage der Angestellten hat sich im Verlauf des Jahres 1920 bedeutend gebessert; aber die Kaufkraft des Gehaltes der männlichen Angestellten ist ungefähr auf die

*) Wirtsch. u. Stat. Nr. 4, Seite 185.

Hälfte des Vorkriegsniveaus gesunken: bei den Frauen steht das Verhältnis etwas besser, da sie bei einer gleich großen Verschlechterung ihres Reallohnes einfach verhungert wären.*)

*

Diese Daten, welche die ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zeigen, können keinesfalls in Zweifel gezogen werden. Sind jene Daten, welche wir über den Rückgang der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion gaben — es sind lauter amtliche Daten —, richtig, *so ist es richtig, daß die Produktion Deutschlands gegenwärtig ungefähr die Hälfte der Friedensproduktion — vielleicht 60 Proz. —, beträgt, so ist es unausbleiblich, daß sich die reale Lebenshaltung der Arbeiterschaft mindestens in demselben Maßstabe verschlechtern mußte.* Wird weniger produziert, so muß weniger konsumiert werden. Und da die herrschenden Klassen auch gegenwärtig nicht schlechter leben als vor dem Kriege, so muß der Konsum der Arbeiter noch mehr zurückgegangen sein. Es ist dies eine volkswirtschaftliche Binsenwahrheit, welche ohne jede Statistik selbstverständlich ist.

*

Tatsächlich verelendet die deutsche Arbeiterklasse, sie verdient ihr Existenzminimum nicht. Kuczynski hat dies unzählige Male zahlenmäßig bewiesen. Wir wollen es hier nicht wiederholen. Diese Verelendung ist ein langsamer, schwankender Prozeß. Das Schicksal der deutschen Arbeiter schwankt mit dem Markkurs. Hebt sich der Kurs, so werden die Waren etwas billiger, die Kosten der Lebenshaltung werden niedriger, der Arbeiter könnte mit seinem Verdienst auskommen. Aber mit der Besserung des Markkurses stockt die deutsche Ausfuhr.

---

*) Ueber das Elend der Beamten äußerte sich der sozialdemokratische Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Grützner: „Seit Monaten gehen Kinder meiner Beamten ohne Hemd zur Schule." (Frankf. Zeitung vom 29. Dez. 1920).

Die deutschen Waren sind auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Die Konjunktur wird schlechter. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nehmen rasch zu. Die Kapitalisten schreien im Namen der bedrohten deutschen Industrie nach Lohnabbau und höherer Arbeitsleistung. Die Löhne werden reduziert. Der Verdienst der Arbeiter fällt rasch wieder unter das Minimum. Und nun soll Deutschland noch ein weiterer Tribut von jährlich zirka 3½ Milliarden Goldmark, rund 50 Milliarden Papiermark auferlegt werden. Von dem jährlichen Ertrag der deutschen Wirtschaft sollen pro Person und Jahr 800 Mark im Durchschnitt für die Ententebourgeoisie entnommen werden. Umsonst erhoben verständige Engländer, Keynes, Norman Angell u. a. ihre Stimme. Die französische Bourgeoisie blieb taub. Und sie treibt das deutsche Proletariat der Revolution entgegen, mögen sich die Führer der Sozialdemokraten und Unabhängigen im Verein mit den Gewerkschaftlern noch so hiergegen sträuben.

5. Der Rückgang der Arbeitsleistung.

Die Tatsache, daß die Gesamtproduktion Deutschlands auf 50—60 Prozent der Vorkriegsproduktion zurückgegangen ist, erscheint vom Produktionsprozeß aus betrachtet als Rückgang der Arbeitsleistung der Arbeiter. Die Tatsache selbst ist unzweifelhaft. Nur um die Ursachen geht der Streit.

Das Maß der Arbeitsleistung ist das in einem gewissen Zeitraum hergestellte Arbeitsprodukt. Die Ergiebigkeit der Arbeit hängt ab:

1. von der Qualität des zur Produktion benutzten sachlichen Produktionsapparates: Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe, Transportmittel usw.,
2. von der Arbeitskraft, welche der Arbeiter täglich zur Verfügung hat, welche wiederum von seiner Ernährung abhängt,

3. von dem Willen des Arbeiters, seine Arbeitskraft den Kapitalisten voll, in der rationellsten, produktivsten Weise zur Verfügung zu stellen.

Es besteht kein Zweifel, daß der sachliche Produktionsapparat, mit welchem die deutsche Arbeiterklasse als Ganzes heute arbeitet, ein viel minderwertigerer ist als vor dem Kriege. Der Boden ist ärmer, der Viehbestand kleiner, die Fabriken abgenützt, die Verkehrsmittel herabgekommen. Ein Teil des Rückganges ist hierdurch erklärlich.

Es besteht weiter kein Zweifel, daß die Ernährung der deutschen Arbeiterklasse gegenwärtig viel schlechter ist als vor dem Kriege: sie ist in den meisten Fällen so minderwertig, daß die in ihr enthaltene Menge der Nährstoffe den Verlust an Kraft, welchen die tägliche Arbeit verbraucht, nicht ersetzen kann. Trotz der verminderten Produktion braucht sich die deutsche Arbeiterklasse langsam auf, verelendet im physiologischen Sinne des Wortes! Wenn die deutschen Kapitalisten zum Ausland sprechen, gestehen sie dies offen ein. „Es ist zu treffend, daß die Löhne in Deutschland, wenn man einen allgemeinen Durchschnittsmaßstab annimmt, sich noch bei weitem nicht dem Tiefstand der deutschen Valuta angepaßt haben, *insbesondere gilt das für die Löhne, die zur Zeit wohl nur das 7- bis 13-fache der Friedenslöhne betragen.*"*)

„Infolge der mangelhaften Ernährung während des Krieges und seitdem ... ist ... die qualitative und quantitative Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters stark zurückgegangen und ... hält ... sich jetzt erheblich unter der Leistungsfähigkeit der Arbeiter der neutralen und Ententeländer ... Aehnliches gilt von den Werkzeugen der Produktion, den Maschinen usw., deren Brauchbarkeit durch Verwendung von Ersatzmaterial und rücksichtslose Ausnützung während des Krieges stark herabgemindert ist, ohne daß bisher wegen der ungeheuer gestiegenen Kosten und infolge Mangels an gutem Material der er-

*) Sammlung etc., Seite 81.

forderliche Ersatz oder die notwendigen Ausbesserungen vorgenommen werden konnten."*)

Zuhause wollen aber die Kapitalisten dies alles nicht sehen. Sie sehen nur die verringerte Arbeitsleistung, Streiks, die politischen Unruhen, den mangelnden Arbeitswillen der Arbeiterschaft. Nun ist es sicher, daß die deutsche Arbeiterschaft die Last des Kapitalismus nicht länger tragen will, daß sie rebelliert, daß sie den Glauben an die Festigkeit und Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verloren hat. Dies ist die gesellschaftliche Grundlage des subjektiven Faktors im Rückgang der Arbeitsleistung und eine der tiefsten Ursachen der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland.

Wie groß ist nun der Rückgang der Arbeitsleistung?

Diese Frage ist nicht präzise gestellt. Nehmen wir die Arbeiterklasse Deutschlands als Ganzes, mit den arbeitenden Nicht-Lohnarbeitern zusammen, so ist der Rückgang der Leistung natürlich gleich dem Rückgange der Produktion selbst. Bei dem Rückgang der Arbeitsleistung denkt man aber gewöhnlich nicht an die Leistung des „Gesamtarbeiters", sondern an die Leistung des *einzelnen wirklich arbeitenden* Arbeiters im Arbeitsprozeß im Verlaufe einer gewissen Zeit. Zur Feststellung des Rückganges der Arbeitsleistung stehen uns — außer den ständigen Klagen und nicht sehr verläßlichen Angaben der Kapitalisten — einige halbwegs verläßliche Daten zur Verfügung.

Am meisten beschäftigt sich die deutsche Oeffentlichkeit mit dem Rückgang der Arbeitsleistung im Kohlenbergbau. Die hierüber angegebenen Daten sind leider vielfach einander widersprechend.

Die Haupttatsachen sind die folgenden:

---

*) Ebenda, S. 83.

Stand der Belegschaften / **Arbeitstägliche Förderung in tausend Tonnen**

			Ruhrgebiet	Oberschlesien		Ruhrgebiet	Oberschlesien
Ende		1913	390.647	123.349	1913	380	145
Ende	Dez.	1918	405.465	143.452	1918	284	139
Ende	Juni	1919	413.930	151.719			
Ende	Dez.	1919	471.359	161.718	1919	230	86
Ende	Juni	1920	484.500	173.900			
Ende	Dez.	1920	532.798	182.255	1920	289	106

Die arbeitstägliche Förderung pro Arbeiter*) betrug demnach in Kilogramm:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien
1913	972	1127
1919	555	566
1920	596	609

Die Tagesleistung pro Arbeiter zeigt im Jahre 1920 eine Erhöhung gegenüber 1919. Es ist aber zu betonen, daß die erhöhte Leistung durch die *Ueberschichten* erreicht wurde, welche von den Gewerkschaftsführern unter patriotischen Schlagworten empfohlen, durch stark erhöhte Bezahlung und besondere Zuwendung von Lebensmitteln (Speckschichten, Butterschichten) erreicht wurden. Im Jahre 1921 kamen die Ueberschichten in Wegfall. Die Gesamtproduktion ist zwar höher als 1920,**) aber die Zahl der Arbeiter hat sich weiter stark vermehrt.

---

*) Die Berechnung ist nicht ganz richtig, weil die Junizahlen der Belegschaft statt des genauen Jahresdurchschnitts der Arbeiterzahl der Einfachheit halber genommen wurden . . .

**) Die Kohlenproduktion betrug (ohne Elsaß-Lothringen, Saar und Pfalz):

	Steinkohlen	Braunkohlen In Millionen Tonnen	Koks
Januar 1921	12,00	10,07	2,47
Februar „	12,00	10,04	2,27
März „	11,46	9,88	2,44
April „	9,00	10,40	2,15
Mai „	7,80	9,34	2,15
Juni „	8,69	10,06	2,09
Juli „	10,73	10,06	2,21
Zusammen 7 Monate	71,68	69,85	15,78
„ im Vorjahr	73,40	61,44	13,86

Für das Jahr 1921 gibt Calwer (Das Wirtschaftsleben Juli 1921) folgende Daten für das Ruhrgebiet:

Schichtleistung pro Arbeiter:

1920 Juni	0.63 Tonnen
1921 Februar	0.59 „
1921 Juni	0.56 „

Die Arbeitsleistung zeigt auch weiterhin eine fallende Linie!

Was die anderen Industriezweige anbelangt, so liegen nur nichtamtliche Daten einzelner Industrieunternehmungen vor, voll Jammerns über die geringe Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters. Wir gehen hierauf nicht ein.*)

Klare Daten hat die deutsche Regierung über die Leistungen der Eisenbahner der Brüsseler Konferenz vorgelegt:**) „Die deutschen Eisenbahnen hatten 1913 einen Gesamtbestand von 440.205 Köpfen; 1919 ist diese Zahl infolge der Einstellung der zahlreichen, nach Beendigung des Krieges zurückströmenden ehemaligen Eisenbahnbediensteten und sonstigen Arbeitslosen, insbesondere auch aus dem an fremde Mächte abgetretenen Gebiete sowie infolge der Unmöglichkeit, die während des Krieges eingestellten Ersatzkräfte in größerem Umfang zu entlassen, auf rund 1,1 Millionen gestiegen. Der Haushaltsanschlag für 1920 sieht insgesamt 1,053,620 Köpfe vor. Die Leistungen des Personals sind dagegen erheblich gesunken, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Es entfallen auf 1 km Betriebslänge

1913	13,10 Köpfe
1919	20,66 „
1920	19,63 „

auf 1000 Lokomotivenkilometer

1913	0,61 „
1919	1,40 „
1920	1,19 „

*) Wen es interessiert, kann in den Rechenschaftsberichten der industriellen Aktiengesellschaften oder in den Wirtschaftsberichten des Ex-Sozialisten Calwer Material genug finden.

**) Sammlung von Aktenstücken etc. Seite 47.

auf 1000 Wagenachskilometer

1913	0,02 Köpfe
1919	0,06 „
1920	0,04 „

Rechnet man nun die letzten Leistungen auf den Kopf des Personals um, so ergibt sich

1913 .	5000 Wagenachskilometer
1919 .	1667 „
1920 .	2500 „

Die Gründe für diese geringen Leistungen des Personals liegen, abgesehen von den Wirkungen des Achtstundentages, nicht in den besonderen Verhältnissen der Eisenbahnen, es werden vielmehr in gleicher Weise herabgeminderte Leistungen bei allen anderen Betriebsverwaltungen beobachtet als Folge der Ueberanstrengung im Kriege, der mangelhaften Ernährung, der allgemeinen Schwächung der körperlichen und seelischen Kräfte."

Ein ähnliches Bild bieten die Daten der Postverwaltung:*) „Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hatte 1913 einen Gesamtbestand von 256,200 Köpfen und hat gegenwärtig einen solchen von 385,170 Köpfen. In besonderem Maße hat zu der Vermehrung die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages beigetragen; schätzungsweise bedingt diese Maßnahme allein schon eine Vermehrung des Personals um 25 v. H. gegen 1913. Dazu kommt, daß früher bei vorübergehender Arbeitsanhäufung die Leistung von Ueberstunden zu den Selbstverständlichkeiten eines erprobten und willigen Beamtenkörpers gehört hat, während jetzt bei derartigen Anlässen schnell die Forderung nach Einstellung von Aushilfskräften erhoben wird und zur Sicherung des Betriebes erfüllt werden muß. Auch haben die Arbeitskraft und die Arbeitslust des einzelnen unter den Wirkungen des Krieges, insbesondere seines unglücklichen Ausgangs, gelitten. Die Krankheiten haben infolge Unterernährung

*) Ebenda, Seite 51.

erheblich zugenommen; während 1913 auf einen Beamten 18 Krankheitstage entfielen, kamen 1919 deren 27,6 auf einen Beamten. Die Verlängerung des Urlaubs, die Verwendung von Kräften in Betriebsräten und Beamtenausschüssen, die Einstellung von Kriegsschwerverletzten, die Beschäftigung mangelhaft herangebildeten Aushilfspersonals haben gleichfalls die Kopfzahl gesteigert."

Der Rückgang der Arbeitsleistung ist eine Tatsache. Aber der Jammer der Kapitalisten ist unberechtigt. Denn für den Lohn, den der deutsche Arbeiter bekommt, leistet er bei weitem mehr als die Arbeiter Westeuropas. Hierauf beruht die große Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, trotz der stark verminderten Leistung der Arbeiter!

6. Das Elend der deutschen Arbeiterklasse macht die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig.

Wir sehen zwei Tatsachen: 1. den Rückgang in der Arbeitsleistung in Deutschland; 2. die steigende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt! Das erstere behandelten wir im vorigen Kapitel. Was das zweite anbelangt, so genügt es, irgendeine französische, englische oder amerikanische wirtschaftliche Zeitschrift in die Hand zu nehmen, um Daten und Klagen über die deutsche Schmutzkonkurrenz, über Dumping zu erhalten. Die 300 Prozent Zollerhöhung in Frankreich, das Gesetz zum Schutz der Schlüsselindustrie in England, der neue amerikanische Zolltarif, welcher die Wertzölle nicht nach dem Einkaufspreis in Deutschland, sondern nach dem Erzeugerpreis in den Vereinigten Staaten erhebt; alles das zeigt, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt ihre volle Konkurrenzfähigkeit besitzt. Wir wollen jedoch einige konkrete Daten anführen:

Bei einer Lieferung von 10 000 Eisenbahnrädern nach Argentinien, Frühjahr 1921, offerierten pro Stück

	Goldpesetas	
Bochumer Verein	35.65	ab Buenos Aires
Krupp	49.60	„ Santa Fé
Orenstein & Koppel	55.—	„ „ „
Gute-Hoffnung-Hütte	56.30	„ „ „
Bromberg & Co.	58.50	„ Corsario
Thyssen	74,80	„ Santa Fé

Die Offerten der Nordamerikaner bewegten sich zwischen 57,58 und 67 Goldpesetas, die Offerten der englischen Firmen aber zwischen 118,80 und 240,45 Goldpesetas.

Nicht nur in den fremden Kontinenten, auch in England selbst wird fortwährend über die Unterbietung durch die deutsche Industrie geklagt.

„Gegenüber einem Inlandspreis von 16 £ pro Tonne („Crown-Quality") ist es interessant festzustellen, daß Stahlbarren vom Kontinent ab englischen Häfen für 10 £ verkauft werden." (Economist, 2. Juli 1920, Seite 37.)

„Für Nr. 1 wird 8 £ 15 sh pro Tonne ab Werk verlangt und 8 £ 10 sh für Nr. 3. Große Mengen *basischer Stahl* werden von Belgien und *Deutschland* für und unter *6 £ pro Tonne angeboten.* Dieses Eisen wird, wie es scheint, mit schottischem Eisen gemischt zu Schiffsplatten verwendet." (Economist, 9. Juli 1921, Seite 79.)

„Es herrscht eine absolute Geschäftsstille in *Roheisen*, sowohl im Lande als auch für das Ausland. Die Produktionskosten sind noch zu hoch, um es den englischen Eisenwerken möglich zu machen, mit dem Kontinent zu konkurrieren." (Economist, 23. Juli 1921, Seite 167.)

„In der *Wollindustrie* . . . ist Deutschland ein ernster Konkurrent. Es ist bemerkenswert, daß, während ein bedeutender Teil der englischen Fabriken stillsteht, die meisten der deutschen Fabriken auf sechs Monate mit Aufträgen versorgt sind . . ." (Ebendort, Seite 168.)

„Die Aussichten ... der Wollindustrie ... sind nicht besonders. Die deutschen Fabriken arbeiten volle Zeit ... während unsere Fabriken nur mit 70 Prozent ihrer Kapazität laufen . . . Die Fabrikationskosten in Deutschland sind viel niedriger ... Die Kosten des Wollkämmens sind beiläufig die Hälfte der unseren ... und wie sehr dies den Löhnen zuzuschreiben ist, ergibt sich daraus, daß sie ihren Arbeitern beiläufig 24 sh für eine Arbeitswoche von 60 Stunden zahlen, verglichen mit einem Durchschnitt von beiläufig 60 sh bei uns für eine Arbeitswoche von 48 Stunden." (Economist, 6. August 1921, Seite 246.)

„Die Hochöfen von *Kladno* und *Königshof*, die im letzten Kriegsjahr fast 4 Millionen Meterzentner Roheisen erzeugt haben, sind ausgeblasen, und es ist sicher, daß dieselben nicht so bald wieder in Betrieb gesetzt werden, ebenso wie die Erzförderung aus dem wegen seines Reichtums an Eisenstein bekannten *Nuschitzer Erzberg*, der alljährlich zehn Millionen Meterzentner Eisenstein lieferte, samt den zugehörigen Kleinbahnen eingestellt ist und die Arbeiter entlassen wurden . . . *Die deutsche Konkurrenz und die Zerreißung des ehemaligen Wirtschaftsgebietes* . . . sind die Ursachen der schweren Krisis. Zur deutschen Konkurrenz ist zu bemerken, daß die tschechischen Werke, trotzdem *die Preise der deutschen Fabrikate* um 30 ja oft 40 Mark für den Meterzentner hinaufgesetzt wurden, mit ihren *Preisen* stark heruntergehen mußten und doch immer viel teurer arbeiten als die deutschen, was aus den folgenden Beispielen sinngemäß hervorgeht: *Böhmisches Stabeisen kostet 315 tschechische Kronen der Meterzentner — deutsches Stabeisen dagegen nur 210 Mark; tschechisches Grobblech 395 tschechische Kronen — deutsches 182 Mark.* Diese Preise galten Anfang August, sind demnach aus einer Zeit, wo tschechische Kronen und Mark ziemlich gleich standen, womöglich stand die tschechische Krone noch etwas besser." (Industrie- und Handelszeitung, 29. August 1921.)

Frankreich versuchte, sich durch hohe Zölle gegen den deutschen Wettbewerb zu schützen. Aber der deutsche Wettbewerb macht sich *Belgien* gegenüber geltend.

„Die Erhöhung des allgemeinen Zolltarifs wird in vielen Fällen als nicht genügend angesehen. Der Abstand der Gestehungskosten der Eisenprodukte der beiden Länder ist zu groß, und es ist der deutschen Industrie trotz der hohen Zollschranken sehr leicht, den Wettkampf auf den französischen Inlandsmärkten und mit der französischen Industrie aufzunehmen. Durch den Zugang von Elsaß-Lothringen ist die französische Industrie gezwungen, einen guten Teil der Erzeugnisse auszuführen. Es muß sie auf den internationalen Märkten absetzen im Kampf mit der deutschen Konkurrenz, d. h. fast zu deren Gestehungskosten, somit unter den denkbar schlechtesten Bedingungen. Die deutschen Preise — maßgebend auf allen Weltmärkten — drängen die Produkte derjenigen Länder gegen Frankreich, gegen die es durch die Zollschranken nur schwach geschützt ist. Ein Produkt z. B. gegen das Frankreich durch einen *Zollsatz von 150 Fr. im Maximum und 50 Fr. im Minimum geschützt ist, kostet in Deutschland 300 Fr. die Tonne,* die belgischen oder luxemburgischen Werke suchen nun das Material zu *305 oder 310 Fr. die Tonne in Frankreich abzusetzen* plus dem Zuschlag des Minimaltarifes, also zu *355 oder 360 Fr.* Mithin bekämpft Deutschland indirekt Frankreich, trotz des Maximalzolles von 150 Fr., wie wenn zwischen Deutschland und Frankreich der Minimaltarif bestehen würde, weil eben Deutschland die belgischen und luxemburgischen Verkaufspreise beherrscht." (Nach einem Artikel von Albert Despaux in der „Information".)

Ueber den Wettbewerb der deutschen Industrie in Dänemark lesen wir in der „Vossischen Zeitung" vom 21. August 1921:

„Der dänische Industrierat hat dem Ministerium einen Bericht über den Stand der dänischen Industriezweige

übersandt, aus dem wir einen kurzen Auszug folgen lassen:

Textilindustrie. Nur 30—50 Prozent der Textilarbeiter haben zur Zeit Arbeit. Die einzelnen Betriebe verkaufen fast alle ihre Erzeugnisse mit Verlust. Indirekt leiden die dänischen Textilfabriken schwer unter den Folgen der niedrigen deutschen Valuta, da große Mengen fertig genähter Bekleidungsgegenstände aus Deutschland eingeführt werden. Von den 12 000 Textilarbeitern sind nur 6000 beschäftigt, und auch diese größtenteils nur an vier Wochentagen.

Zigarrenindustrie. Im Juni 1921 wurden 5 Mill. Zigarren und Zigarillos importiert, größtenteils aus Deutschland. Wenn die dänische Industrie diese Anzahl Zigarren hergestellt hätte, hätte dies eine Beschäftigung für 1300 Arbeitslose der Zigarrenindustrie bedeutet.

Blechwarenindustrie. Der Import billiger Blechwaren aus Deutschland steigt andauernd. Im ersten Halbjahr 1921 ist von einem einzigen großen Artikel 25 mal so viel importiert worden wie 1913. Für andere Waren beträgt die Importsteigerung 50—400 Prozent.

Die *Kistenfabriken* haben unter der deutschen Konkurrenz sehr zu leiden, da Eierexportkisten, die bisher ausschließlich dänisches Fabrikat waren, jetzt fast ausnahmslos von Deutschland geliefert werden. Auch Holzwolle wird größtenteils aus Deutschland importiert.

Fahrradindustrie. 1913 wurden 3500 Fahrräder importiert, im ersten Halbjahr 1921 24 000 Fahrräder, größtenteils aus Deutschland.

Der Industrierat schließt seinen Bericht mit der Aufforderung an das Handelsministerium, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um der abnormen ausländischen Konkurrenz zu begegnen, die für die dänische Industrie von katastrophaler Wirkung sein kann."

Ueberall tritt die deutsche Industrie mit ihren niedrigen Preisen als gefährlicher Wettbewerber auf. Und

es ist bezeichnend, daß der *„Chikagoer Economist"* aus der bornierten Betrachtungsweise der bürgerlichen Oekonomie zu dem Schluß kommt, das deutsche Wirtschaftsleben sei auf dem Wege der Gesundung!

„Deutschland scheint sich ökonomisch rascher zu erholen, als jedes andere kriegführende Land Europas. Dies zeugt von der Stärke und der Unternehmungslust des deutschen Volkes." (30. Juli 1921, Seite 233.)

•

Wir sehen also folgendes Problem: der deutsche Arbeiter arbeitet mit Hilfe eines schlechteren sachlichen Produktionsapparates, seine Arbeitsleistung ist stark gesunken und ist heute sicherlich bedeutend niedriger als jene des englischen oder amerikanischen Arbeiters. Das gleiche Produkt, in Deutschland erzeugt, enthält mehr tatsächliche Arbeitszeit, als wenn es in England oder Amerika erzeugt würde. Die deutsche Arbeitsstunde ist weltwirtschaftlich genommen keine *„gesellschaftliche"* Arbeitsstunde. *Würden die Waren auf dem Weltmarkt nach ihren Werten verkauft, könnten die deutschen Waren nirgends mit den amerikanischen oder englischen konkurrieren.*

Die bürgerliche Oekonomie antwortet mit dem Hinweis auf die ungünstigen Valutaverhältnisse, welche die deutschen Waren konkurrenzfähig machen. Das heißt aber an der Oberfläche haften. Die Tatsache muß durch die realen Produktions- und Verteilungsverhältnisse erklärt werden können. Bei der Bestimmung der Höhe des Arbeitslohnes sagt Marx: „Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält . . . . die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element;" denn „der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse wie die Art ihrer Befriedigung ist selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes ab."*)

*) Kapital I., S. 134.

Nun haben sich die „historischen und moralischen Elemente" infolge des Krieges derartig gestaltet, daß die deutsche Arbeiterklasse in der Art ihrer Bedürfnisbefriedigung um 50 Jahre zurückgefallen ist. Sie arbeitet aber mit der Technik des 20. Jahrhunderts. Es ergibt sich, *daß zwar in den deutschen Waren tatsächlich ein größeres Quantum von Arbeitszeit enthalten ist,* als in denjenigen der englischen oder neutralen Länder von derselben Art: daß aber der *Anteil der deutschen Arbeiter an dem Wertprodukt ihrer Arbeit ein so ungemein niedriger, die Mehrwertsrate so ungeheuer hoch ist, daß hierdurch die Minderwertigkeit der deutschen Arbeitsleistung überkompensiert wird* und die deutschen Kapitalisten imstande sind, trotz hoher Schutzzölle mit ihren Waren überall vorzudringen!

Anders ausgedrückt: die Leistung des deutschen Arbeiters ist zwar geringer als jene des gut genährten französischen, englischen oder amerikanischen Arbeiters: aber sein realer Lohn ist noch unverhältnismäßig niedriger.

Kuczynski schreibt darüber folgendes:*)

„Vergleicht man die *Reallöhne,* so erscheint der Arbeitslohn bei uns vielleicht um zwei Fünftel niedriger als in Nordeuropa und in England und vielleicht ein Viertel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Mißt man den heutigen Arbeitslohn an der Arbeitsleistung, d. h. vergleicht man, was ein Arbeiter für 1 Mark = 3½ d = 6 cents leistet, so erscheint der Arbeitslohn bei uns wesentlich niedriger als in Nordeuropa oder in England und wohl sogar nur ein Drittel so hoch als in den Vereinigten Staaten."

Klarer ausgedrückt: eine Mark ist heute beiläufig 6 cents wert. Aber für eine Mark kauft der deutsche Arbeitgeber von den deutschen Arbeitern eine dreimal so große Ausgabe von Arbeitskraft, „von menschlichen Muskeln, Nerv und Hirn" als der amerikanische Arbeitgeber für 6 cents. Dies ist die Aufklärung des Widerspruchs, warum deutsche Waren, obwohl weltwirtschaftlich unterdurch-

*) Das Existenzminimum, Berlin 1921, S. 64.

schnittliche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit enthaltend, doch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Es ist die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, welche das deutsche Kapital zu Herren des Weltmarktes macht.

Nach der „Industrie- und Handelszeitung" hat ein Komitee des Parlaments der Vereinigten Staaten Nordamerikas eine Zusammenstellung über die in der Textilindustrie gezahlten Löhne herausgegeben, geordnet nach den verschiedenen Industriezweigen und Hauptproduktionsländern.

Löhne in Dollar

	Baumwollwebereien	Wollspinnereien	Wollweberei
Nordamerika	20,80	39,33	38,98
England	12,39	15,58	17,70
Belgien	12,29	9,54	9,63
Frankreich	9,12	12,9	—
Italien	5,14	—	—
Japan	4,56	—	6,0
Deutschland	*4,35*	*4,74*	*4,35*

Der deutsche Industriearbeiter steht noch *unter dem japanischen Arbeiter.*

Leider ist uns das amerikanische Originalmaterial nicht zugänglich.

Der britische Staatssekretär Mac Kenna hielt hierüber am 15. Juni eine interessante Rede vor einer Gesellschaft von Finanzleuten. Er sagte nach dem Wolff'schen Büro folgendes:

„Der deutsche Außenhandel könne nicht bis zum Siedepunkt gesteigert und ein so großer Ueberschuß zu Ausfuhrzwecken nicht aufrecht erhalten werden, *ohne daß die Löhne in Deutschland äußerst tief gehalten würden* im Vergleich zu denjenigen, die in den wettbewerbenden Ländern bezahlt werden. Die Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen müsse zur Abzahlung der Reparationsschuld

durchgeführt werden. *Werde die deutsche Arbeiterklasse dem zustimmen?* Soweit augenblicklich beurteilt werden könne, müsse die Antwort auf diese Frage *bejahend* lauten. *Im gegenwärtigen Augenblick betragen die Löhne in Deutschland nicht mehr als die Hälfte der in England bezahlten.* Die Fügsamkeit des deutschen Arbeiters sei wohl darauf zurückzuführen, daß das augenblickliche Los der deutschen Arbeiter besser sei als während des Krieges, wo alle Klassen in Deutschland infolge der Blockade äußerste Entbehrungen zu erleiden hatten wie kein anderes Volk. Angesichts der Frage, ob der deutsche Arbeiter nicht mit der Ausdehnung des Handels und der wachsenden Wohlfahrt der Industrieunternehmungen in seiner möglichen Lebenshaltung aufgebessert werde, erklärt Mac Kenna, unter normalen Verhältnissen werde er das sicher, denn eine Nation könne nicht sehr lange den Vorteil des Wettbewerbs zu niedrigen Erzeugungskosten, die auf verhältnismäßig niedrigen Löhnen beruhen, behalten. Die deutsche Regierung, die Presse und die Unternehmer würden also den deutschen Arbeitern klar machen, wenn er nicht zu niedrigen Löhnen arbeite, dann könne die große Schuld Deutschlands nicht gezahlt werden, und eine fremde Invasion werde die Folge sein. Die Versicherung der deutschen Presse würde bestärkt durch die Erklärungen der Staatsmänner im Obersten Rate, die den deutschen Arbeitern mit einer erneuten Besetzung bedrohen und mit einer Blockade, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. *Eine aktive Erhebung der deutschen Arbeiter sei kaum zu erwarten, vorausgesetzt, daß der deutsche Arbeiter gerade die für sein Auskommen nötigen Mittel erhalte, um seine Energie aufrecht zu erhalten.* Es sei möglich, daß er sich fügen werde, bis die Schuld aufgebracht sei."

Mit der den Engländern eigenen brutalen Offenheit wird hier die Versklavung der deutschen Arbeiterklasse verkündet.

7. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung befindet sich in Deutschland in einer ständigen Krise, welche entweder mit der sozialen Revolution oder mit dem Rückfall Deutschlands in die Barbarei *„mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen"*, wie Marx sagt, enden muß.

Die Grundlage dieser Krise ist der Widerspruch zwischen einer auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus zurückgeschraubten Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft und der von ihnen geforderten und erpreßten, den modernen technischen Verhältnissen entsprechenden Arbeitsleistung.

Das unlösbare Problem ist folgendes:

Die deutsche Arbeiterklasse fordert eine Erhöhung ihrer Lebenshaltung mindestens auf das Vorkriegsniveau. Sie fordert es durch sich fortwährend wiederholende wirtschaftliche und politische Streiks, Aufstände, welche ihrerseits die Produktion wiederum verschlechtern. Die Hoffnung der englischen und deutschen Bourgeoisie, die deutsche Arbeiterklasse werde sich mit der Herabsetzung ihrer Standards unter der ständigen Drohung mit dem Einmarsch zufrieden geben, ist utopisch. Die kapitalistische Gesellschaft kann überhaupt, wie jede auf Klassenunterdrückung beruhende Gesellschaft nur bestehen unter zwei Bedingungen:

1. Wenn den unterdrückten Klassen ein aufsteigender — wenn auch sehr langsam aufsteigender — Standard gesichert werden kann.
2. Wenn die unterdrückten Klassen von der Unerschütterlichkeit der Klassenherrschaft überzeugt sind.

Keines ist in Deutschland der Fall.

Die deutsche Bourgeoisie ist nicht imstande, ihren Lohnsklaven einen sich erhöhenden Standard zu geben. Dies wäre möglich: a) durch eine Mehrproduktion von Gütern, welche den Arbeitern gegeben werden könnten; b) durch Ueberlassung eines größeren Anteils vom Produkt auf Kosten des Profits der kapitalistischen Klasse. Weder das eine noch das andere ist möglich. Zum ersteren würde eine Verbesserung des *sachlichen Produktionsapparates* nötig sein, eine noch größere Arbeitsleistung läßt sich von den schlecht genährten, unzufriedenen Arbeitern nicht herauspressen. Verbesserung des Produktionsapparates bedeutet: Einziehung von großen Gütermassen aus der gegenwärtigen Konsumtion. Also reale Akkumulation. Die Akkumulation ist in der kapitalistischen Gesellschaft Funktion der Kapitalisten. Sie bedeutet also in diesem Falle: höhere Profite, also eine noch niedrigere Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Und zwar auf lange Zeit. *Das Mittel, eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in späteren Zeiten möglich zu machen, bedingt eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse in der Gegenwart.* Hierdurch entfällt auch die zweite Möglichkeit. Würde sich die kapitalistische Klasse dazu verstehen, den Arbeitern zuliebe auf einen großen Teil ihres Profites zu verzichten — eine absolut irreale, unmarxistische Vorstellung —, so bliebe die Produktion auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau stehen. Nicht zu sprechen von der Ententebourgeoisie, welche jede Verbesserung in den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands mit der Erhöhung der Reparationslasten, mit der Forderung, noch weitere 82 Milliarden Schulden zu verzinsen, jährlich neue 5 Milliarden Goldmark zu zahlen, beantworten würde. Die kapitalistische Klasse ist daher unfähig, den Arbeitern ihre Vorkriegslebenslage und weiterhin eine sich erhöhende Lebenshaltung zu verschaffen.

„Aus diesem Dilemma gäbe es für den . . . (deutschen) . . . Kapitalismus nur einen Ausweg: das Proletariat bei

voller Arbeitsleistung mindestens zur Vertagung seiner auf die Erhöhung der Lebenshaltung hinzielenden Forderungen zu bewegen und auf diese Weise der Kapitalistenklasse die Möglichkeit zu geben, durch Einschränkung ihrer persönlichen Ausgaben rasch zu akkumulieren, die zerstörten und abgenutzten Produktionsmittel zu ersetzen, durch eine energische Produktion von Produktionsmitteln die Ausdehnung der Produktion von Konsumgütern vorzubereiten, was in einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit bieten würde, die Lebenshaltung des Proletariats zu erhöhen. *Die Ritter des Burgfriedens* predigen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit dieser Lösung. Sie fordern das Proletariat auf, den Klassenkampf zu suspendieren, mit vollem Eifer zu arbeiten, ja Ueberstunden zu leisten, hingegen vorläufig keine *„maßlosen"* — d. h. den Profit und die kapitalistische Akkumulation gefährdenden — Lohnerhöhungen und vor allem keine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. In diesem Sinne wirken die Scheidemänner in Deutschland, Gompers und Co. in Amerika. Mit wenig Erfolg. Das unzufriedene Proletariat zeigt keine Lust, auf die höchst ungewisse Hoffnung hin, später innerhalb der kapitalistischen Knechtschaft ein etwas besseres Los zugeteilt zu erhalten, vom Angriff gegen den Kapitalismus, von der Forderung nach einer sofortigen Verbesserung seiner Lage abzustehen."*)

Aber dieses gütliche Zureden seitens der Gewerkschaftsführer wird kaum den von den Kapitalisten erhofften Erfolg erzielen. Der Glaube des Proletariats an die Festigkeit und Unvergänglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft ist von Grund auf erschüttert.

„Die materielle Verelendung traf das Proletariat in Umständen, welche geeignet waren, sein soziales Selbstbewußtsein in hohem Grade zu stärken. Die herrschenden Klassen aller Länder hatten während des Krieges ohne

---

*) Dr. Eugen Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, II. Auflage 1921, Seite 25.

Unterlaß an die Vaterlandsliebe des Proletariats appelliert: im Felde, in den Fabriken, auf dem Lande. Immer wieder hieß es: die Proletarier müssen das Vaterland retten, ihre Kampfbereitschaft auf dem Schlachtfeld, ihre Arbeitsleistung in den Fabriken entscheide über das „Schicksal des Vaterlandes". Der Proletarier erfuhr auf diese Weise von den Wortführern des Kapitalismus selbst seine alles überragende Wichtigkeit in der modernen Gesellschaft. Bisher hatte er in der amtlich gelehrten Ideologie nur von seiner eigenen Minderwertigkeit gegenüber den Mitgliedern der herrschenden Klassen gehört. Jetzt bekam er das Gegenteil zu hören. Er hatte überdies die Erfahrung gemacht, daß er in der Handhabung der Waffen — welche nach seinen bisherigen Erfahrungen immer nur von den bewaffneten Hütern der Klassenherrschaft *gegen* ihn gebraucht wurden — ebenso bewandert und geschickt sei wie die Mitglieder der herrschenden Klasse und ihr Anhang. Eine Erfahrung, welche tiefen Eindruck auf die Proletarier machte."*)

Wenn wir noch das Beispiel Rußlands nehmen, eines Staates, in welchem das Proletariat isoliert, unter den schwersten Verhältnissen seine Macht aufrecht erhält, so besteht keine Aussicht dafür, daß das Proletariat Deutschlands sich friedlich in sein schreckliches Schicksal ergeben wird... Und an diesem Punkte hängt die soziale Unzufriedenheit mit der Arbeitsleistung zusammen! Es wird immer wieder der Vorwurf von seiten der Kapitalisten erhoben, daß die Arbeiter *bewußt* ihre Arbeitsleistung vermindern. In Ausnahmefällen mag dies der Fall sein. Aber die Verminderung der Arbeitsleistung — insofern sie nicht einfach Ausfluß der Verschlechterung des sachlichen Produktionsapparates und der Unterernährung der Arbeiter ist — ist in den meisten Fällen unbewußt oder halbbewußt eine Form der Auflehnung der deutschen Arbeiterklasse gegen den Versuch der deutschen und der

*) E. Varga, Ebenda, Seite 21.

Ententebourgeoisie, die deutsche Arbeiterschaft zur modernen Arbeitsleistung gegen einen Reallohn, wie er vor einem halben Jahrhundert bestand, zu zwingen! Ein Versuch, welcher entweder mit der physiologischen Vernichtung der deutschen Arbeiterklasse oder mit einem endgültigen Rückgang der Arbeitsleistung auf das — der verminderten Lebenshaltung entsprechende — sehr niedrige Niveau etwa jenes der russischen Arbeiter vor dem Kriege enden muß! Deshalb befindet sich der deutsche Kapitalismus — trotz periodischer, oft nur scheinbarer Besserungen — in einer ständigen unlösbaren Krise.

8. Das Reparationsproblem.

Das Reparationsproblem erscheint den meisten Menschen als Finanzproblem, weil es sich um einen jährlich zu zahlenden Geld- bezw. Goldtribut handelt, welchen der Staat zu entrichten hat. In Wirklichkeit ist es natürlich ein wirtschaftliches Problem.

Deutschland soll der Entente zahlen: jährlich fix zwei Milliarden Goldmark und eine weitere Milliarde — eventuell auch mehr — als eine 26prozentige Abgabe von dem gesamten Wert der Ausfuhr. Wenn wir noch die Kosten der Besatzungstruppen und der verschiedenen Missionen nehmen, ergibt sich ein Betrag von

3½ Milliarden Goldmark
oder ungefähr
*50 Milliarden Papiermark.**)

Wie, in welcher Naturalform kann Deutschland jährlich 3½ Milliarden Goldmark bezahlen?

*) Diese 3½ Milliarden Goldmark gelten nur vorläufig. Bessert sich die Wirtschaftslage Deutschlands, so muß es mehr zahlen. Deutschland hat außer dieser Schuld noch — wie bekannt — über weitere 82 Milliarden Goldmark Obligationen unterschreiben müssen, welche mit 5 Proz. Zinsen und 1 Proz. Abzahlung verzinst werden sollen, das sind rund weitere *5 Milliarden jährlich.* Es ist daher dafür gesorgt, daß jede irgendwie mögliche Besserung in der ökonomischen Lage des deutschen Proletariats ausgeschlossen ist.

Mit Gold offenbar nicht! Der Metallschatz der Reichsbank beträgt rund eine Milliarde. Würden sich die deutschen Patrioten dazu entschließen, all ihr verstecktes Gold, alle ihre Kleinodien dem Vaterland zu opfern — sie werden es sicher nicht tun —, so würde dies alles zusammen kaum eine Jahresrate ergeben. Fremde Wertpapiere besitzt die deutsche Bourgeoisie nur noch wenig. Was noch da war, ist größtenteils ins Ausland verschoben. Die nationalen Helden opfern gern das Leben — der Arbeiter am Altar des Vaterlandes, aber ihr eigenes Vermögen nicht.

Deutschland kann nur in Waren zahlen! Und da Deutschland durch den Krieg verarmt ist, da es keine aufgehäuften Warenlager besitzt, muß es aus dem Ertrag der laufenden Jahresproduktion 3½ Milliarden Goldmark entnehmen, und den Ententekapitalisten überlassen.*)

Was bedeuten 3½ Milliarden Goldmark für Deutschland? Vor dem Kriege schätzte man das „Volkseinkommen" Deutschlands auf 25—40 Milliarden Goldmark.**) Diese Schätzungen bedeuten nicht soviel, daß das jährliche Wertprodukt — also der jährliche Produktenwert abzüglich des Wertes des vorjährigen Roh- und Hilfsmaterials, Maschinenverschleiß usw. — soviel Arbeitszeit wie 40 Milliarden Goldmark enthält. Es sind reichlich Doppelzählungen darin enthalten: Einkommen aus Handel, Renten etc. Aber wir

---

*) Es bliebe der Ausweg, dem Ausland fixes Kapital an Zahlungsstatt zu geben: Fabriken, Häuser, Grund und Boden. Aber dies verschiebt nur das Problem, ohne es zu lösen. Denn dann müßte ja der Ertrag dieses Kapitals in der Form von Gütern ins Ausland wandern. Nur in dem Falle, wenn diese Kapitalien von der deutschen Kapitalistenklasse ohne Entschädigung enteignet würden, würde die Last für die Gesamtheit der deutschen Wirtschaft zwar die gleiche, aber sie würde für das deutsche Proletariat insofern günsigter sein, als es wohl für die ausländische, nicht aber auch — wie jetzt — für die deutsche Bourgeoisie — inwieweit ihr Kapital enteignet würde — Mehrheit produzieren müßte.

**) 25 Milliarden, Schmoller; 35 Milliarden, Ballod; 40 Milliarden, Herr Helfferich in seiner Reklameschrift: Der deutsche Volkswohlstand, 1888 bis 1913.

wollen, um jedem Einwurf auszuweichen, diese Zahl als richtig anerkennen. Ein Tribut von jährlich 3½ Milliarden Goldmark würde also ein Zehntel des hochgeschätzten Vorkriegseinkommens bedeuten.

Nun wird es wohl niemand behaupten, daß das gesamte Wertprodukt Deutschlands gegenwärtig ebenso groß sei wie vor dem Kriege. Erstens wurde doch das Gebiet Deutschlands um große Gebiete verkleinert. Zweitens sind der sachliche Produktionsapparat und auch die Arbeitsleistung geringer geworden. Wenn unsere Berechnung richtig ist, daß die Produktion Deutschlands 1920 50—60 Proz. der Friedensproduktion beträgt, so ist das „Volkseinkommen" — was doch nichts anderes heißt als das jährliche Wertprodukt — heute ebenfalls bloß 50—60 Prozent des Volkseinkommens vor dem Kriege.

Die *deutsche Regierung* gab offiziell auf der Konferenz in London das Gesamteinkommen Deutschlands*)

auf 140 Milliarden Papiermark an.

Kuczynski hält die Methode, mit welcher dieser Betrag errechnet wurde, für unrichtig, kommt aber selbst — im Wege einer Schätzung der Einkommen nach Analogie der preußischen Einkommenstatistik — ebenfalls auf

140 Milliarden Papiermark.

140 Milliarden Papiermark sind, wenn wir für eine Goldmark 14 Papiermark ansetzen, was dem Wertverhältnis des dem Golde gleichen Dollars entspricht,

10 Milliarden Goldmark.

Diese Ziffer nimmt Kuczynski an. Wir wären geneigt, um Anfechtungen auszuweichen, diese Summe um 50 Proz. zu erhöhen und das gegenwärtige Gesamteinkommen Deutschlands auf

15 Milliarden Goldmark

zu schätzen, also auf ungefähr die Hälfte des Vorkriegs-

*) „Sammlung von Aktenstücken über die Konferenz in London usw."

einkommens. Hierbei berücksichtigen wir den Umstand, daß die Kaufkraft des Goldes den Waren gegenüber seither gesunken ist!*)

Von diesen 15 Milliarden fordert die Entente 3½ Milliarden, also etwa *23 Prozent.*

D. h.: werden die Reparationsforderungen erfüllt und werden die Lasten auf die ganze Bevölkerung gleichmäßig verteilt — die Gesetzgebung und der Staatsapparat der herrschenden Klassen sorgt dafür, daß auf die arbeitende Klasse ein volles Maß entfällt —, so wird das reale, in Gütern ausgedrückte Einkommen der deutschen Proletarier um *23 Proz.* verkürzt, die kärgliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch um den vierten Teil herabgesetzt.**)

Wir sehen: die Verpflichtung zur Zahlung der Reparationslasten verschärft die Krise des Kapitalismus ungeheuer. Wird die Last auf das Proletariat abgewälzt, so ersteht das im vorigen Kapitel behandelte Problem: ob das deutsche Proletariat mit seinem erhöhten sozialen Selbstbewußtsein, mit dem verlorengegangenen Glauben an die Unantastbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geneigt sein wird, sich eine so ungeheuere weitere Herabsetzung seiner Lebenshaltung friedlich gefallen zu lassen? Sicherlich nicht!

Andererseits müssen wir sagen: das Problem ändert sich sehr wenig, wenn — was nicht vorauszusetzen ist —

---

*) Die Entente hat bei der Beratung der Sachschäden in Nordfrankreich angenommen, daß die heutige Kaufkraft des Goldes nur die Hälfte jener der Vorkriegszeit ist: ein entschieden zu hohes, Deutschland benachteiligendes Verhältnis.

**) Calwer kommt zu noch viel pessimistischeren Zahlen (Das Wirtschaftsleben, Mai 1921, Seite 22). Nun behauptet freilich Calwer: „Die Lebenshaltung der breiten Masse ist zur Zeit wesentlich besser als in der Zeit des Krieges . . . (was wahr zu sein scheint) . . . und steht im Mittel noch keineswegs so weit unter dem Stande der Friedenszeit zurück, wie vielfach angenommen wird." Es ist dies ein Auftakt zu dem Versuch einer weiteren Senkung der Lebenshaltung des Proletariats!

die Kapitalisten geneigt wären, die Last der Reparation vom Mehrwert zu bestreiten. Denn die Summe ist so groß, daß sie mehr als den ganzen, zur Akkumulation bestimmten Teil des Mehrwerts in Anspruch nehmen würde,*) daß sich die Verminderung des Vermögens, die Verschlechterung des sachlichen Produktionsapparates fortsetzen müßte. Dies heißt aber, daß sich die Gesamtproduktion des Landes von Jahr zu Jahr vermindern, die Lebenshaltung des Proletariats sinken, die Spannung im Klassenstaat ins Ungeheuere steigen würde. Mit den Reparationskosten belastet, wird die Krise des Kapitalismus in Deutschland noch schärfer, noch unentwirrbarer zutage treten.

*

Ein anderes, freilich etwas außerhalb des Rahmens dieser Untersuchung liegendes Problem ist, ob der zerrüttete, von einer Ueberproduktionskrise in Amerika und einer Unterproduktionskrise in Ost- und Mitteleuropa heimgesuchte Weltmarkt**) eine so große Menge von deutschen Waren, welche zur Abstattung der Reparationskosten auf den Weltmarkt geworfen werden mußte, überhaupt aufnehmen kann! Es muß überlegt werden, daß zwar Deutschland nur in Waren zahlen kann, die Ententeländer aber unmittelbar keine Waren, sondern die Bezahlung der Zinsen und Amortisation der 50 Milliarden Reparationsobligationen in Goldgeld — ausländischer

---

*) Das Reichsfinanzministerium schätzt (Deutsche Allg. Ztg. vom 13. Febr. 1921) das *Lohneinkommen,* Beamte inbegriffen, auf 60 Milliarden Papiermark. Den Rest — Mehrwert, Rente und gemischtes Einkommen der Bauern und Handwerker — auf 80 Milliarden Papiermark = 5,8 Milliarden Goldmark. Sollen von diesen 3½ Milliarden, also drei Fünftel zu Reparationsleistungen weggenommen werden, so bleibt für Akkumulation nichts übrig, ja es muß auch weiterhin von dem zusammengeschmolzenen Vermögensstock gezehrt werden. Anstelle der realen Akkumulation tritt — wie während des Krieges — Verarmung, Desakkumulation.

**) Siehe: E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, Hamburg 1921.

Valuta — von Deutschland fordern. Das heißt, es genügt nicht, daß Deutschland seine eigenen Bedarfsgüter im Werte von 3½ Milliarden Goldmark sich entzieht und der Entente zur Verfügung stellt. Diese Güter müssen auf dem Weltmarkt verkauft werden. Und zwar in den Ländern mit halbwegs guter Valuta: in Amerika, England, Frankreich, in den Kolonien. Sie müssen an private Kapitalisten verkauft werden, die die deutschen Waren nur dann kaufen, wenn dieselben etwas billiger sind als inländische Waren oder ausländische anderer Provenienz — bei gleicher Qualität. Die Reparation bedeutet daher eine Verschärfung der deutschen Konkurrenz, jener deutschen Konkurrenz, welche bereits jetzt den Kapitalisten aller Länder so ungemein schwere Sorgen bereitet, gegen welche sie mit Zollerhöhungen und Ausnahmegesetzen vorgehen! Die Reparation verschärft nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Ententeländern die Krise des Kapitalismus. Es heißt den 5,7 Millionen Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten und den 1,7 Millionen in England viel Geduld zumuten, wenn man Deutschland zwingt, für Milliarden Waren auf diese Märkte zu werfen und den Arbeitern die Erwerbsmöglichkeit nehmen.



II. Teil

Die Finanzkrise des Deutschen Reiches



1. Alte Sünden.

Setzen wir folgende Art der Finanzierung der Kriegsausgaben voraus. Der Staat nimmt am Beginn des Krieges das ganze Vermögen seiner Mitbürger auf. Vierteljährlich werden die Kriegskosten festgestellt. Dann wird bestimmt, wieviel Prozent jeder von seinem Vermögen einzahlen muß, um die Kriegskosten restlos zu decken.

Es ist selbstverständlich, daß hierdurch der Abgang an wirklichen Werten aus der Volkswirtschaft Deutschlands nicht um ein Haar größer geworden wäre. Aber das Bewußtsein über die wirtschaftliche Lage wäre mit der Wirklichkeit im Einklang gewesen. Jedermann hätte gewußt: der Krieg kostet bisher 10 oder 20 oder 40 Prozent des Volksvermögens vor dem Kriege. Es wäre nicht zu dem falschen Schein einer allgemeinen Bereicherung gekommen. Jedermann hätte gesehen, daß das Land und auch er selbst, wenn er Vermögen hatte, von Tag zu Tag ärmer wurde. Die Kosten des Krieges wären sogar wahrscheinlich etwas geringer geworden, da jeder bestimmt gewußt hätte, daß die Vergeudung von Staats- und Heeresgut von seinem Vermögen gehe, und ein Geist der allgemeinen Kontrolle und Sparsamkeit wäre entstanden, während so jeder dachte: England wird schon die Kosten zahlen! Jeder hätte seinen Verbrauch entsprechend eingeschränkt und der Krieg wäre überwunden worden, ohne in den Vermögens- und Einkommensverhältnissen eine so tiefgehende und ungerechte Umwälzung hervorgerufen zu haben, wie es tatsächlich geschehen ist. — Es erübrigt sich, auszuführen, daß die Arbeiterschaft auch bei dieser Art

der Finanzierung ihren vollen Anteil an den Kosten des Krieges zu tragen gehabt hätte.

Nun ist eine derartige Voraussetzung selbstverständlich eine Utopie. Wir machen sie nur deshalb, um den Gegensatz zwischen dieser Methode, welche den durch den Krieg unvermeidlich entstehenden Vermögensverlust und die Einkommenverminderung der Wirklichkeit gemäß klar vor Augen stellt, und der Methode, welche Deutschland bei der Finanzierung seiner Kriegskosten angewandt hat, klarzustellen.*)

In Deutschland stellte man sich auf den Standpunkt, daß die Kriegskosten die Gegner zu zahlen haben würden, dem deutschen Volke obliege nur die Pflicht, der Regierung die zur Kriegsführung nötigen Mittel vorzuschießen.**) Und zwar gegen sehr gute Zinsen. Wir wissen ja alle, daß — durch Ausnützung der Lombardierungsmöglichkeit — eine wirkliche Verzinsung des in Kriegsanleihen angelegten Kapitals bis zu 8 Prozent möglich war.

Auf diese Weise entstand der Schein einer allgemeinen Bereicherung. Das durch den Krieg vernichtete Kapital lebte privatwirtschaftlich weiter — als in Kriegsanleihen angelegtes Kapital, fiktives Kapital. Das *nominelle Einkommen* der Staatsbürger erhöhte sich hierdurch und durch die wucherischen Verdienste bei den Kriegslieferungen scheinbar. Statt sich einzuschränken, wollte jeder besser leben als früher. Aber die wirtschaftliche

---

*) Dies bezieht sich natürlich auf alle kriegführenden Staaten. Sie alle haben im Wesen dieselbe trügerische Methode zur Finanzierung der Kriegskosten angewandt. Alle spiegelten dem Volke vor, der Feind werde die Kriegskosten bezahlen. Nur England bildete eine gewisse Ausnahme, indem dort — der alten Erfahrung entsprechend — ein großer Teil der Kriegskosten aus dem laufenden Einkommen — durch Erhöhung der Einkommensteuer usw. gedeckt wurde.

**) Der geistige Führer dieser Finanzpolitik war Helfferich. In seiner ersten Reichstagsrede vom 10. März 1915 erklärte er: *„Wir halten . . . an der Hoffnung fest, die Rechnung für den uns aufgezwungenen Krieg beim Friedensschluß unseren Gegnern präsentieren zu können."*

Wirklichkeit läßt sich durch keinerlei Finanzkünste wegeskamottieren. Die Produktion von Gütern ging zurück. Das Angebot von Waren auf dem Markt wurde kleiner, die Nachfrage — infolge der scheinbaren Erhöhung der Einkommen — immer stürmischer. Der Unterschied zwischen dem erhöhten Nominaleinkommen und der eingeschränkten Warenproduktion fand durch eine rasche Preissteigerung aller Waren ihren Ausgleich. Alsbald fingen die Kapitalisten an, die Unhaltbarkeit der Finanzlage des Deutschen Reichs einzusehen: sie zeichneten nicht mehr genügend Kriegsanleihe, um die Kriegskosten zu decken. Der Staat mußte zu einer anderen Form der Finanzierung greifen: zu der Emission von neuem Papiergeld. Statt der Bürger war es nunmehr die Reichsbank, welche dem Staat die Kredite gewährte. Statt der Kriegsanleihe - Obligationen strömte nunmehr eine Flut von neuem Papiergeld in das Land unter die Einwohner, den Schein der Bereicherung bei den einzelnen weiter erhaltend. So ging es fort, bis zum Schluß des Krieges und weiter, bis heute.

Im allgemeinen wird angenommen, daß die Katastrophe des deutschen Warenmarktes, die ungeheure Teuerung, eben durch die vermehrte Ausgabe von Papiergeld entstanden ist. Dies ist jedoch nicht richtig. Die Teuerung entstand, weil das in Mark, also in nominellen Geldeinheiten ausgedrückte Einkommen der Bewohner Deutschlands im einzelnen und insgesamt sich ständig erhöhte, das Angebot an Waren aber beständig zurückging. Setzen wir den Fall, alle Ausgaben des Reiches wären durch Kriegsanleihen gedeckt worden und der Staat wäre nicht dazu gekommen, — oder noch schärfer, es wäre überhaupt verboten worden, die Umlaufsmittel für Rechnung des Staates zu vermehren. Wäre hierdurch die Teuerung zurückgehalten worden? Keinesfalls! *Das erhöhte nominelle Gesamteinkommen aller Staatsbürger hätte ebenso dem verringerten Warenangebot gegenübergestanden* wie bei der Vermehrung des Papiergeldes durch den Staat, und

die Preissteigerung wäre nicht um ein Haar kleiner gewesen, vielleicht noch etwas größer, weil das nominelle Gesamteinkommen durch die Zinsen jener Milliarden, welche die Reichsbank im Wesen zinsenlos dem Reich zur Verfügung stellte, vermehrt worden wäre.*) Die vermehrte Papiergeldausgabe ist nicht die Ursache der Teuerung und Geldentwertung, die wirkliche Ursache ist die Erhöhung des fiktiven Einkommens, zu dessen Realisierung das Papiergeld ausgegeben wird. Würde der Vermehrung des Papiergeldes eine gleich große Vermehrung des realen Einkommens, d. h. der Wertproduktion parallel gehen, so würde keine Teuerung, keine Geldentwertung infolge der neuen Emission entstehen. Tatsächlich war während des Krieges und nach dem Kriege stets das Gegenteil der Fall.

Der einmal eingeschlagene falsche Weg wirkte natürlich dann als *unendliche Schraube* weiter. Große Gewinne bei Kriegslieferungen, große Nachfrage am Warenmarkt, steigende Preise. Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtengehälter und Löhne, Verteuerung des sachlichen Bedarfs des Staates. Ausgabe von neuem fiktiven Kapital — Kriegsanleihe oder Papiergeld, ganz gleich. Wiederum scheinbar erhöhte Kaufkraft, neue Nachfrage am Warenmarkt, neue Preissteigerung, neue Vermehrung der Reichsausgabe, neue Emission von fiktivem Kapital. Und so weiter ohne Ende.

Das Wunderlichste an diesem Wahnsinn ist, daß die „*wissenschaftlichen*" Vertreter der „Politik des Durchhaltens" die Stirne hatten, diese Art der Kriegsfinanzierung als der englischen überlegen zu bezeichnen und dies unge-

---

*) Es hätte sich in diesem Falle ein *sehr starker Mangel an Zirkulationsmitteln geltend gemacht*, welchem durch große private Kredite bei der Reichsbank, durch Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, ev. durch Schaffung städtischer und privater Zirkulationsmittel, wie es im Beginn des Krieges geschehen ist, abgeholfen worden wäre. Aber weder wäre die Teuerung im Inlande kleiner noch der Kurs der Papiermark im Ausland höher gewesen.

straft dem deutschen Volke verkünden durften. Es war dies die „Theorie des geschlossenen Wertkreislaufs".*)

Kein Wunder, daß auch der leitende Finanzminister seine Kriegsfinanzierungspolitik damit rechtfertigte und sie im Vergleich mit dem Auslande als *die überlegenere* hinstellte. In der Sitzung des Reichstags vom 4. Dez. 1915 erklärte Helfferich folgendes:**) „Die Gründe, aus denen sich unsere Finanzen um soviel leistungsfähiger erwiesen haben als die unserer Gegner, liegen teils in unserem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl, teils in der Tatsache, daß wir in diesem schweren Kriege stark und fest auf unseren eigenen Füßen stehen, daß unsere eigene Arbeit in Landwirtschaft und Industrie aus heimischem Boden uns alles schafft, was wir zum Leben und zur Kriegführung brauchen. *Wir zahlen so gut wie ausschließlich an uns selbst, während die Gegner gezwungen sind, Milliarden um Milliarden an das Ausland zu entrichten.* In diesem Unterschiede liegt die Gewähr, daß wir weiterhin den Vorsprung behalten werden, den wir auf dem Felde der Kriegsfinanzen unseren Feinden abgerungen haben."

Es zeugt von der absoluten wirtschaftlichen Unbildung des deutschen Volkes, daß solcher Unsinn geglaubt wurde. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Dadurch, daß England einen Teil seines Kriegsbedarfes im Auslande beschaffen konnte, wahrte es die Produktionsfähigkeit seiner Wirtschaft, konnte die Vorteile der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung weiter ausnützen, war nicht genötigt, in so hohem Maße den Bestand seiner Volkswirtschaft anzugreifen, wie es in Deutschland der Fall war.

Während also in England die Steuerschraube scharf angezogen wurde, erklärte Herr Helfferich noch am 20. Dez. 1915: *„Wir wollen, solange es irgend möglich ist, unserem Volke ersparen, daß zu den großen Lasten, die es schon*

---

*) Siehe *Stillich:* Die wahren Ursachen unserer Wirtschafts- und Finanznot, Berlin 1920, Seite 45.

**) Reichstagsverhandlungen, Band 306, Seite 455.

trägt, noch eine neue Steuerbelastung hinzukommt."*) Man trennte einfach die Kriegsausgaben ab, legte für den „Friedenshaushalt" ein fiktives Budget vor, in welchem alle Einnahmen nach dem Friedenszustand eingestellt wurden,**) deckte alle Ausgaben durch Kriegsanleihe und Papiergeldemission. *Um ja dem Volke die traurige Wahrheit zu verheimlichen, wurden die tatsächlichen Steuereinnahmen 6 Jahre lang nicht veröffentlicht:* es wurde dem Volke vorgemacht, der Krieg sei ein „*gutes Geschäft*". — Ja in Wirklichkeit wurde während dieser Jahre viel weniger an laufenden Steuern gezahlt, in realen Gütern genommen, als vor dem Kriege.

Die *Gesamteinnahmen* des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reiches betrugen in Milliarden Mark:***)

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
2,08	2,40	1,77	2,08	7,97	7,39	10,54
Ab für *einmalige* Einnahme = Kriegsabgabe:						
—	0,64	0,31	0,07	4,85	2,41	1,18
2,08	1,76	1,46	2,01	2,02	4,98	9,36

Einnahme aus laufenden Einnahmen.

Wir sehen: in den Jahren 1915 und 1916 waren die Gesamteinnahmen des Reiches in Papiermark nicht größer — 1915 kleiner — als 1913. Im Jahre 1917 gab es eine einmalige Einnahme aus Kriegsabgabe von zirka 5 Milliarden. Dies abgerechnet verbleiben 2,02 Milliarden, also weniger als im Jahre 1913. Erst die Jahre 1918 und 1919 brachten eine starke Erhöhung der Reichseinnahmen.

Aber all dies in Papiermark. Rechnen wir es in Goldmark um, nach dem Jahresdurchschnittskurse der Mark in Zürich, ergibt sich folgendes Bild:†)

*) Zitiert bei Stillich, a. a. O. Seite 44.

**) Im Budget von 1916 fungieren Zolleinnahmen mit 713 Millionen Mark, im Jahre 1917 mit 754 Millionen Mark, trotz der Blockade Deutschlands. Ebenda, Seite 42.

***) Siehe: Aktenstücke der Brüsseler Konferenz usw. Seite 35.

†) Daten der „Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft", zitiert bei Kuczynski: Das Existenzminimum, Seite 73.

	Einnahme d. Reichs an lauf. Steuern in Milliarden Mark	Kurs der Mark in Frank im Jahres-durchschnitt	Disagio %	Steuerein-gang in Goldmark in Milliarden
1913	2,08	123,67	—	2,08
1914	1,76	120,34	2,7	1,71
1915	1,46	109,27	11,8	1,39
1916	2,01	92,67	25,0	1,51
1917	2,02	72,08	41,7	1,19
1918	4,98	74,07	40,1	2,99
1919	9,36	33,96	72,5	2,57

Wir sehen: erst im Jahre 1918 und 1919 ergibt die Steuer aus laufenden Einnahmen etwas mehr an Goldmark als vor dem Kriege; in jenen Jahren aber, als Herr Helfferich das Ruder führte, war der Ertrag auf die Hälfte der Friedenszeit gesunken. Es war eine systematische Verheimlichung der mißlichen Finanzlage, eine Finanzierungsmethode, welche die *Vermögenden schonte* und die Lasten des Krieges in der Form der die Arbeiter- und Beamtenmasse am schwersten belastenden Anleihen und der Papiergeldwirtschaft finanzierte.

2. Die Ergebnisse der verfehlten Finanzpolitik.

a) Das Defizit des Staatshaushaltes.

Welches sind nun die Ergebnisse dieser verbrecherischen Wirtschaftspolitik? *Das Endergebnis ist — daß Deutschland vor dem Staatsbankrott* steht. Die katastrophale Lage der Staatsfinanzen ist einesteils das Spiegelbild der mißlichen Wirtschaftslage, andererseits sind die bisherigen Versuche zur Sanierung der Finanzen, die im Wesen alle auf die weitere Verdeckung der realen Verarmung des Landes durch die Schaffung von fiktivem Einkommen hinauslaufen, nur dazu geeignet, die wirtschaftliche Grundlage selbst weiter zu zerstören.

Das erste Ergebnis der verfehlten Wirtschaftspolitik ist das ungeheuere Anschwellen der Staatsschulden. Wir

geben folgende Tabelle nach dem wertvollen Hefte von *Ernst Kahn: Die Indexzahlen, 5. Auflage, Seite 46.*

Die Entwicklung der Schulden des Deutschen Reiches
(alles in Milliarden Mark)

	Mitte 1914	Anfang 1915	Anfang 1916	Anfang 1917	Anfang 1918	Anfang 1919	Anfang 1920	Anfang 1921	Juni 1921	Juli 1921
Feste Schulden	4,9	9,6	29,9	49,9	72,2	93,7	89,8	90,0	90 *)	90 *)
Schweb. Schulden	0,5	2,9	5,7	12,6	28,3	55,1	86,2	174,0**)	211	220
Zusammen	5,4	12,5	35,6	62,5	100,5	148,8	176,0	264,0	301	310
Gegen das Vorjahr		+7,1	+20,0	+27,0	+38,0	+48,3	+27,2	+43,0		

Die vorstehenden Ziffern geben die traurige Finanzlage des Reichs noch nicht annähernd wider, da die Entschädigungsforderungen der Entente und die Verbindlichkeiten aus dem Ausgleichsverfahren erst zum Teil in ihnen zum Ausdruck kommen.

Beiläufig bemerkt: rechnen wir die jährliche Neuverschuldung des Reiches in Goldmark um, ähnlich wie wir es im vorigen Kapitel mit der nominellen Steuereinnahme des Reiches getan haben, so ergibt sich, daß der *größte Teil der Schulden in der Kriegszeit entstanden ist,* während die Jahre 1919 und 1920, das Disagio in Betracht gezogen, eine bedeutend geringere Neuverschuldung gebracht haben. Die ersten sieben Monate des laufenden Jahres hingegen brachten bereits eine Neuverschuldung von *46* Milliarden Mark! Rechnen wir die 50 Milliarden Goldmark verzinsbare Wiedergutmachungsschuld — bei dem gegenwärtigen Kurs der Mark gegenüber dem Dollar zirka 700 Milliarden Papiermark, dazu, so erhalten wir die phantastische Summe von

1010 Milliarden Papiermark.

Und wenn wir noch die vorläufig nicht verzinsbaren

*) Geschätzt.

**) In dieser Summe ist auch die Schuld, welche das Reich von den Einzelstaaten bei Uebernahme der Eisenbahnen mit übernahm, enthalten.

weiteren 82 Milliarden Goldmark der Wiedergutmachungsschuld dazunehmen, so ergibt sich eine Summe von 2158 Milliarden Papiermark! Eine Zahl, wie sie früher nur in den Märchen vorkam!

Das andere Ergebnis dieser Finanzwirtschaft war die ununterbrochene Vermehrung der Umlaufsmittel. Die Hauptzahlen sind die folgenden: *)

	Reichsbanknoten	Kassenscheine	Zusammen	Zunahme
		in Milliarden Mark		
Mitte 1914	2,41	—	2,41	—
Ende 1914	4,43	0,40	4,83	2,42
„ 1915	6,27	0,94	7,21	2,38
„ 1916	7,54	2,75	10,29	3,08
„ 1917	11,03	6,10	17,13	6,84
„ 1918	22,19	10,11	32,30	15,17
„ 1919	35,70	13,78	49,48	17,18
„ 1920	68,80	12,03	80,83	31,31
„ Juli 1921	77,39	5,40	82,79	1,96
„ August	80,—	—	89,—	—

Es hat den Anschein, als wenn das Anschwellen der Umlaufsmittel im Jahre 1920 zu relativem Stillstand gekommen wäre. Dies ist jedoch nur dadurch möglich geworden, daß Eingänge aus einmaligen Einnahmen zur Deckung der laufenden Ausgaben verwendet wurden.

Ein volles Bild von der Trostlosigkeit der Finanzlage des Reichs gewinnen wir, wenn wir die Ergebnisse des letzten Finanzjahres — 1. April 1920 bis 31. März 1921 — ins Auge fassen. Das allgemeine Bild ist folgendes:**)

*) Ausweis der Regierung in der „Sammlung von Aktenstücken zur Londoner Konferenz", Seite 191 und „Indexzahlen", Seite 49.

**) *Kuczynski:* Wiedergutmachung, Seite 44, und „Indexzahlen", Seite 47.

Ausgaben.

	in Milliarden Mark
Allgemeine Verwaltungsausgaben . .	73,74
Fundierte Schuld	0,22
Schuldzinsen	10,38
Zuschuß für Defizit der Betriebsverwaltungen	18,23
	102,57

Einnahmen.

Zölle, Steuern usw.	27,72
Defizit, durch neue Schulden gedeckt .	74,85
	102.57

Dies deckt sich mit der Zunahme der schwebenden Schulden während dieser Periode.

Es ergibt sich hieraus, daß die Einnahmen des Reichs nicht einmal genügten, um die Zinsen der Staatsschulden und das Defizit der Staatsbetriebe zu decken. Alle eigentlichen Staatsausgaben wurden durch neue Schulden gedeckt.

Nicht besser steht es im ersten Drittel des Wirtschaftsjahres 1921 bis 1922. Vom 1. April bis 31. Juli 1921 betrugen die

Ausgaben: *)

	in Milliarden Mark
Allgemeine Verwaltungsausgaben . .	26,05
Zinsen	6,48
Zuschuß zum Defizit der Betriebsverwaltungen	6,31
	38,84

Einnahmen.

Steuern und Zölle	14,45
Defizit, durch neue Schulden gedeckt .	24,39
	38.84

Das Ergebnis für das ganze Finanzjahr wäre also wiederum ein Defizit von *75 Milliarden Mark.*

*) Kahn: Indexzahlen, Seite 47.

Nun sollen freilich die Steuern einsetzen, welche die neue Steuerreform bringen soll. Andererseits aber sollen auch schon die neuen 3—3,5 Milliarden Goldmark für die Wiedergutmachung bezahlt werden; sie müssen bezahlt werden. Das Reich steuert dem offenen Bankerott entgegen.

b) Die Entwertung des Geldes.

Wir gaben bereits im ersten Teil, bei der Darstellung der Großhandelspreise eine Darstellung der Entwertung des deutschen Geldes; kehrt man die Teuerungszahlen um, so erhalten wir den Grad der Entwertung des Geldes. Zum Beispiel:

Gesamt-Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung, Friedensindex = 9,23

		Wert der Mark in Friedenspfennigen
1. Januar 1920	Index 100	9,23
1. Januar 1921	„ 148	6,24
1. August 1921	„ 156	6,00

Anfang August war daher, an dem Index der Frankf. Zeitung gemessen, die Mark 6 Pfennig wert.

Ein ähnliches Ergebnis finden wir, wenn wir die Kaufkraft der Mark an den Lebenshaltungs - Indexziffern von Calwer oder Kuczynski messen. Dies bedeutet: das gleiche Einkommen in Mark ist heute beiläufig den 16. Teil wert von dem vor dem Kriege.

Selbstverständlich muß sich eine ähnliche Entwicklung auch im Vergleich mit dem Gelde des Auslandes, insofern es seine Gleichwertigkeit mit dem Golde erhalten hat, zeigen. Der Auslandspreis der Mark zeigt nun folgende Kursentwicklung an dem Kurs des Schweizer Franken gemessen: *)

*) Es wäre naheliegend gewesen, den Auslandswert der deutschen Mark an dem gegenwärtigen Weltgeld, am amerikanischen Dollar zu messen. Doch wurde die Mark während der Kriegszeit in Amerika

100 Mark notierten in der Schweiz

Jahr 1913	123,67	Schweizer Franken
„ 1914	120,34	„ „
„ 1915	109,27	„ „
„ 1916	92,67	„ „
„ 1917	72,08	„ „
„ 1918	74,07	„ „
„ 1919 *) . .	33,96	„ „
„ 1920**) . .	10,38	„ „
Erste Hälfte 1921	9,16	„ „
1. September 1921	6,80	„ „

Wir sehen, der Auslandswert der Mark entspricht ungefähr seinem Inlandskaufwert, was ja bei freiem Verkehr auch nicht anders sein kann. Statt des nominellen Wertes von 123,7 Schweiz. Centimes ist die Mark gegenwärtig in der Schweiz nur 6,8 Pfennig wert, also rund *5,5 Prozent*. Anders ausgedrückt: *das Disagio der Mark beträgt dem Schweizer Franken gegenüber 94,5 Prozent.*

Auch die anderen, mit dem nominellen Goldgehalt gleichwertigen Valuten zeigen ein ähnliches Verhältnis. Die Mark notiert

	Parität	Kurs am 1. Sept. 1921	Disagio in %
Newyork	23,82	1,17	95
Amsterdam	59,40	3,67½	93,8

Was aber vielleicht noch schlimmer ist als die Entwertung, ist das unausgesetzte, sprunghafte Steigen und Fallen

---

nicht notiert. Selbstverständlich ist die Kursentwicklung kein treues Spiegelbild der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches: Börsenspekulationen, verschiedene Beurteilung der politischen Zukunft, Verschiebungen in der Zahlungsbilanz anderer Länder untereinander, Kapitalflucht aus Deutschland etc. beeinflussen den Kurs der Mark. Aber für große Perioden, wie wir sie nehmen, gleichen sich diese Differenzen aus.

*) Daten der „Schweiz. Stat. und Volkswirtschaft". Zitiert bei Kuczynski: Existenzminimum, Seite 73.

**) Aus den Notierungen von Wirtschaft und Statistik berechnet.

der Devisenkurse. Am ersten jeden Monats notierten in Berlin

	Parität*)	1920 Jan.	April	Juli	Dez.	1921 Jan.	April	Juli	Aug.	Sept.
Dollar	4,19	49	71,3	38	69,6	74,4	62,3	75	81	85,4
£	20,43	185,5	279,5	151	243,5	260,5	245,3	279,5	288,9	318,2
100 Schweiz. Frank.	81	890	1252	688	1095	1125	1084	1260	1332	1464

Besonders das Jahr 1920 ist durch rasche Schwankungen charakterisiert, das laufende Jahr mehr durch ein kontinuierliches, aber rapides Ansteigen der Preise der hochwertigen Valuten. Nun gibt es freilich auch Länder, deren Valuten noch schlechter stehen als jene Deutschlands, z. B. Oesterreich, Ungarn, Polen; an dem Gesamtbild ändert sich aber hierdurch nichts. Dies ergibt sich am besten aus dem zusammenfassenden Valuta - Index, den Kahn gibt.**)

Deutschlands Geld ist im Durchschnitt im Ausland bewertet mit:

*) Wenn die Verpflichtung der Notenbank, ihre Noten in Gold einzulösen, besteht, und die Einlösung tatsächlich erfolgt, kann die Kursdifferenz immer nur die Höhe erreichen, welche dem Zinsverlust und den höheren Transportkosten des effektiven Goldes entspricht. Hatte ein Deutscher vor dem Kriege eine Rechnung in der Schweiz zu bezahlen in Schweiz. Franken und stand der Kurs des Franken nur einiges über der Parität, wurde statt mit Papier mit *Gold* bezahlt, welches als Weltgeld natürlich immer den vollen Wert in Frank hatte. Man entnahm einfach aus der Zirkulation selbst oder aus der Reichsbank Goldstücke und expedierte diese nach der Schweiz. Hierdurch verminderte sich die Nachfrage nach Schweiz. Franken in Deutschland, und der Kurs sank wieder auf Pari. Heute, nachdem das verarmte Deutschland keine Goldwährung mehr hat, schwankt der Preis nach den Aenderungen der Zahlungsbilanz, nach der Spekulation usw.

**) „Indexzahlen", 5. Ausgabe, Seite 31. Diese Indexzahl ist jedoch nicht so entsprechend, wie der Valutaindex des englischen „Statist". Kahn bildet aus den Kursen der einzelnen Valuten das arithmetische Mittel, während Statist sie nach der Größe des Außenhandels Englands mit dem betreffenden Lande abwiegt. Für unsere Zwecke genügt aber auch diese.

1920 Januar	. . . .	13,4 Prozent
„ Juli	. . . .	18,2 „
1921 Januar	. . . .	11,1 „
„ März	. . . .	12,2 „
„ Juli 15	. . . .	10,3 „
„ Aug. 1	. . . .	9,7 „

Die Gesamtbewertung des deutschen Geldes im Auslande fiel daher von 18,3 Prozent im Juli 1920 auf 9,7 Prozent anfangs August 1921. Es ist selbstverständlich, daß derartige Schwankungen im Kurse der Mark ähnliche Wirkungen in den Inlandspreisen hervorrufen. Hierdurch wird aber eben die Grundlage der kapitalistischen Produktion, die Kalkulation unmöglich gemacht. Die Produktionskosten treten in der Berechnung an die zweite Stelle: das Wesentliche ist die Valutaspekulation, die Preisspekulation. Dementsprechend läßt sich auch ein Vordringen des Handels-Kapitals auf Kosten des Produktions-Kapitals in Deutschland und in dem ganzen, von der Unterproduktionskrise betroffenen Ost- und Mitteleuropa bemerken. Statistisch läßt sich leider dieser Prozeß, der sich zum großen Teil unter der Hülle des Bankkapitals vollzieht, nicht erfassen. Wenigstens vorläufig nicht.

c) Die Verschiebung in der Vermögens- und Einkommenverteilung.

Wir sehen die verwüstenden Folgen, welche die verfehlte Finanzierung des Weltkrieges und die ungenügende Finanzpolitik der Nachkriegszeit nach sich zogen. Papiergeldflut, Niedergang der Kaufkraft der Mark auf ein Zwanzigstel ihres Goldwertes, wüste Spekulation statt geregelter Produktion usw. Und wir müssen fragen: in wessen Interesse stand es, daß der Krieg so finanziert wurde, wie es geschehen ist?

Eine Analyse der durch die Geldentwertung entstandenen Vermögens- und Einkommenverschiebungen überzeugt uns davon — was wir als Marxisten a priori voraus-

sagen können —, daß diese verhängnisvolle Art der Finanzpolitik den Interessen gerade jener Klassen entspricht, welche die faktische Macht in Deutschland besaßen und vorwiegend heute noch besitzen.

Diese Klassen sind: *die Großgrundbesitzer und das schwerindustrielle Kapital in ihrer Verflechtung mit den Großbanken.* Diese Kreise sind es, welche bei dieser Art der Finanzwirtschaft — zu mindest relativ — die Gewinner sind.

Bei der Analyse der Veränderungen in den Besitzverhältnissen müssen wir davon ausgehen, daß *wirkliches Kapital, Sachvermögen,* bestehend aus Gegenständen, die in ihrer Naturalform Arbeitszeit enthalten — Fabriken, Häuser, Warenlager, Vieh usw. —, *seinen ursprünglichen Wert, in Arbeitszeit oder, was gleichbedeutend, in Gold, behält!* Ebenso steht es mit Vermögen, die eine jährliche *Natural*rente abwerfen: Grund und Boden. *Fiktives Kapital* aber, Vermögen, *das in Papiergeldform oder in auf nominelle Geldeinheiten lautenden Forderungen jeder Art besteht, verliert seinen Wert zusammen mit der Entwertung des Geldes.*

Untersuchen wir auf dieser Grundlage die Lage des Großgrundbesitzers gegenüber der Geldentwertung. Sein Vermögen behält seinen Wert. Der Preis wächst im Verhältnis zur Entwertung der Mark. Hingegen hatte er Schulden, Schulden, die er gemacht hat, als eine Mark 1,23 schweizer Frank wert war. Der Nominalbetrag dieser Schuld wird durch die Entwertung des Geldes nicht erhöht. Schuldete er eine Million Mark vor dem Kriege, kann er jetzt mit einer Million Mark bezahlen, obwohl eine Mark heute nur 8 Pfennige wert ist. Aber im Jahre 1913 kostete eine Tonne Roggen in Berlin 164 Mark. *Um eine Million Mark zu bezahlen, mußte er damals*

6000 Tonnen Roggen hingeben.

Heute kostet eine Tonne Roggen nach
amtlichem Preis: 2100 Mark,
Börsenpreis, 2. Sept. 1921, Berlin: 3240 Mark.

Da dieses Umlagegetreide nur einen Bruchteil der Ernte beträgt, können wir gegenwärtig ruhig einen Durchschnittspreis von Mark 3000 annehmen.

Um die Million Mark Schulden auszuzahlen, braucht der Großgrundbesitzer heute bloß

333,3 Tonnen Roggen hinzugeben,

also ungefähr den 18. Teil, entsprechend der Entwertung der Mark.*) Zu ähnlichen Resultaten kommen wir, wenn wir die Schuld in Fleisch, Milch oder anderen Produkten der Landwirtschaft berechnen.

Nun werden uns die Agrarier freilich weis machen wollen, die Produktion von 333,3 Tonnen Roggen koste ihnen heute ebenso eine Million Mark, wie vor dem Kriege jene von 6000 Tonnen. Die Produktionskosten seien ja gestiegen. Aber sachte. Sie sollen recht haben! Die Produktion von 333 Tonnen Roggen soll in diesem Jahr wirklich eine Million Mark kosten. Aber was für eine Million ist das? Eine Papiermillion! Und was für eine Million war es im Jahre 1913? Eine Goldmillion! Wir finden das irreführende der Argumentation der Agrarier, wenn wir in Betracht ziehen: die 6000 Tonnen Roggen im Jahre 1913 hätte der Empfänger um ungefähr *1,2 Millionen Schweizer Franken* nach der Schweiz verkaufen können; versucht er aber die 333,3 Tonnen heute in der Schweiz zu verkaufen, was bekommt er dafür? Nun, im besten Fall vielleicht 560 Franken pro Tonne,**) d. h. also

168 000 Schweizer Franken.

Rechnen wir aber in Arbeitszeit, als der wirklichen Grundlage der Preisbildung, so ist es doch selbstverständlich, daß die 333 Tonnen Getreide nur einen Bruchteil jener Arbeitszeit enthalten können, die jene 6000 Tonnen im Jahre 1913 enthielten.

---

*) Auf dem Interesse an einem sich verschlechternden Gelde beruhte der scharfe Kampf der Agrarier gegen die Einführung der Goldvaluta, für den Bimetallismus . . .

**) Notierung im August 55,21 Franken für *Inlands*roggen! (Ind. und Handelszeitung vom 26. August 1921.)

Aehnlich steht es mit dem Einkommen, wenn die Schuld nicht bezahlt wird. 1913 hatte er zur Verzinsung der Schuld von einer Million *244 Tonnen Getreide*=40 000 Mark hingegeben bei einem Preis von 164 Mark.

Heute, bei einem Getreidepreis von 3000 Mark pro Tonne aber genügt es, wenn er *13,3 Tonnen Getreide* verkauft, um die Zinsen seiner Schuld zu bezahlen.

Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß es mit der im Nominalbetrag gleich gebliebenen Grundsteuer usw. ganz dieselbe Bewandtnis hat. Wir sehen, diese Art der Kriegsfinanzierung, welche die Geldentwertung nach sich zog, war für die Großgrundbesitzer am vorteilhaftesten. — Die Schicht der reichen Bauern hat ebenfalls Nutzen aus der Geldentwertung gezogen. —

Aehnlich steht es mit den Unternehmungen der *Schwerindustrie*, vor allem mit den Bergwerken. Diese hatten ebenfalls große Hypothekenschulden, welche sie nunmehr mit einem Bruchteil ihrer Natural-Differenzialrente bezahlen resp. verzinsen können. Und ganz so steht es mit dem *Bankkapital*. Das Wesen des modernen Finanzkapitals hat *Hilferding* klargestellt: es sammelt Geldkapital und verwendet es unmittelbar als produktives Kapital. Es heimst in normalen Zeiten die ganze Differenz zwischen Zins des Einlagekapitals und der Profitrate ein.

Nun hatte das Bankkapital bei Beginn des Krieges einen Einlagestock von *vielen Milliarden in Goldmark.**) Dieser bildet die Schuld des Bankkapitals an die Einleger. Infolge der Entwertung des Geldes reduzierte sich diese Summe bis jetzt auf — sagen wir den sechzehnten Teil. Ein Teil dieser Summe war in Geldform weitergeliehen. Dieser Teil entwertete sich in gleicher Weise. Ein anderer Teil aber war nicht als Leihkapital ausgegeben, sondern als produktives Kapital in Bergwerken, Fabriken usw. angelegt. Dieser Teil nun behielt seinen ursprünglichen Goldwert.

---

*) Wie viel, dies festzustellen, fehlen uns die Unterlagen: das Gesamtguthaben der Sparkasseneinleger betrug 1913 rund 19 Milliarden Mark.

Die ganze Differenz zwischen Goldmark und Papiermark floß bei jenen Beträgen, welche als Einlagekapital empfangen und als produktives Kapital angelegt wurden, in die Kassen des Bankkapitals. Wir sehen, auch das Finanzkapital hatte Nutzen, nicht Schaden von der schlechten Finanzpolitik.

Nun wird freilich von der kapitalistischen Presse immer wieder darauf hingewiesen, daß die Dividenden der Aktiengesellschaften sich zwar erhöht hätten, aber lange nicht in dem Maße, wie die Entwertung des Geldes. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Kurse nicht entsprechend der Entwertung des Geldes gestiegen sind.

Demgegenüber muß festgestellt werden:

1. Daß die meisten Aktiengesellschaften ihr Aktienkapital verwässert haben, indem sie ihren Aktionären neue Aktien umsonst oder zu Spottpreisen überließen.

2. Daß von dem wirklichen Profit große Teile abgeschrieben, neuangelegt usw. werden, um den Staat um einen Teil der Steuern zu betrügen.*)

3. Daß, wie schon Hilferding festgestellt hat, das Finanzkapital die Tendenz hat, dem „gewöhnlichen" Aktionär nur einen dem Zins des Leihkapitals entsprechenden Anteil vom Profit zukommen zu lassen.

4. Daß der Niedergang der Gesamtwirtschaft Deutschlands sich endlich auch hier geltend machen muß in einem — im Vergleich zur Vorkriegszeit — verringerten realen Einkommen.

---

*) Erzberger schätzt in seinem letzten Artikel in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 12: Die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften nach seinen Daten:

	Nominal-Kurse	Kurswert
	in Milliarden	Mark
1919 Ende	17	30
1919	24	48
1920	42	150
1921 1. Juni	50	200

Also Anwachsen in zwei Jahren aufs Doppelte, des Kurswerts aufs Vierfache, obwohl eine reale Akkumulation keinesfalls stattgefunden hat.

Im allgemeinen kann festgestellt werden: je mehr Differenzialrente im Einkommen enthalten ist, je langsamer der Umschlag des Kapitals ist, je weniger Güter außerhalb des Betriebes angekauft werden, desto besser hat der Kapitalist bei der Verwüstung des Wirtschaftslebens durch die Geldentwertung abgeschnitten.

Mit voller Wucht lastete hingegen die Geldentwertung auf den anderen Schichten der Bevölkerung.

1. Im Wettlauf von Preisen und Löhnen bleiben vor allem die Lohnempfänger stark zurück. Der Lohn der Arbeiter, in noch stärkerem Ausmaß die Gehälter der Beamten blieben weit hinter der Teuerung zurück. *Auf diese Schichten fiel der größte Teil der Kriegslasten.* Ihr Einkommen schmolz zusammen, ihre kleinen Ersparnisse, in Sparkassen angelegt, entwerteten rapid.

2. Vielleicht noch schwerer wurden jene Schichten betroffen, die von einer in nominellen Geldeinheiten, in Mark festgesetzten Rente leben. War jemand, der vor dem Kriege 200 000 Mark in der Sparkasse hatte und ein Einkommen von 8—10 000 Mark bezog, ein wohlhabender Mensch, der mit seiner Familie behaglich leben konnte, so ist er heute mit diesem Einkommen ein Bettler; er hat bei weitem nicht so viel, wie zur Deckung des Existenzminimums einer Arbeiterfamilie nötig ist.

3. Schwer hatten alle jene Schichten der Kleinbauern zu leiden, die auf einen Zukauf von Lebensmitteln angewiesen sind, Kleinhandwerker, die auf Kredit zu arbeiten pflegen, deren Außenstände sich entwerteten, so daß sie nicht das genügende Kapital zur Weiterführung ihres Geschäfts behielten usw. Die ganze Last der verfehlten Finanzpolitik fiel auf die arbeitenden Volksschichten.

Es gibt endlich eine Schicht, welche bei diesem Niedergang der deutschen Wirtschaft sich am offenkundigsten bereicherte: die parasitäre Schicht der neuen Reichen: die Hamster, Schieber, Valutaspekulanten, jenes Gesindel, welches, alle Schranken der Moral durchbrechend, mit Betrug, Bestechung, Skrupellosigkeit sich in diesen schweren

Zeiten der allgemeinen Not von Habenichtsen zu reichen Leuten „heraufgearbeitet" hat. Sie sind die Träger des parasitären Zwischenhändlerkapitals, welches in diesen schweren Zeiten zu neuer Bedeutung gelangt ist. Sie stehen außerhalb von Recht und Moral, und kein bürgerliches Steuergesetz wird sie je erfassen können.

3. Das Steuerproblem im Klassenstaat.

Das Grundprinzip, nach welchem die herrschende Klasse die Steuerfrage löst, ist durch *Lassalle* klar herausgearbeitet worden: die herrschende Klasse entnimmt die nötigen Güter zur Erhaltung der den staatlichen Machtapparat bildenden Menschengruppe dem Einkommen der unterdrückten Klassen. Im feudalen Staate, wo die Ausbeutung, die Enteignung des Mehrwertes die offene Form der Bezahlung des Zehnts und den Anteil der Adligen annahm, war die Steuerfreiheit der herrschenden Klasse, des Klerus und des Adels, und die Steuerpflicht der Bauern und Handwerker im Gesetze offen festgelegt. Die Steuerfreiheit des Adels war ein Teil des Staatsrechts. Als die Bourgeoisie ans Ruder kam, und das Recht mit der Devise der Freiheit und Gleichheit reformierte, als die Mehrwertsaneignung die verdeckte Form des Ankaufs der „freien" Arbeitskraft zu ihrem Werte annahm, da wurde auch die Steuerfreiheit der Herrschenden und die Steuerpflicht der Ausgebeuteten verhüllt. Die Steuermoral der Bourgeoisie forderte, daß die Steuer „gerecht", nach der Tragfähigkeit der Bürger verteilt werde.*) In der Wirk-

*) „Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformer. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern.

Die Steuerreform bezweckt entweder Abschaffung traditionell überkommener Steuern, die der Entwicklung der Industrie im Wege stehen, wohlfeileren Staatshaushalt oder gleichmäßigere Verteilung. Der Bourgeois jagt dem chimärischen Ideal der gleichen Steuerver-

lichkeit aber wurden die Steuern fast ganz auf die arbeitende Klasse abgewälzt.

Wir wollen hier nicht auf die sehr verwickelten Probleme der Besteuerung eingehen.*) Wir wollen nur den Hauptpunkt hervorheben:

Welche Einkommensart belastet eine konkrete Steuer: den Profit, die Rente oder den Arbeitslohn? Anders ausgedrückt: Welche Klasse: die Kapitalisten, die Grundbesitzer, die Bauern oder das Proletariat *tragen* die Steuern, d. h. *wessen Einkommen-Anteil wird endgültig durch die Steuer geschmälert?*

Es gibt Ansichten, wonach jede Steuer endgültig vom Proletariat getragen wird.**) Diese Ansicht halten wir für unrichtig. Auf das Proletariat können Steuern nur auf zweierlei Art und Weise abgewälzt werden:

---

teilung um so eifriger nach, je mehr es in der Praxis seinen Händen entschwindet.

Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen." Marx: Nachlaß. Band III, S. 372.

*) Für Nichtfachleute ist die beste Quelle zur Orientierung in diesen Fragen noch immer die Broschüre *Renners „Das arbeitende Volk und die Steuern"*, Wien 1913. Er erörtert diese Fragen sehr klar und richtig, aber *als waschechter Reformist, absolut innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft.*

**) So schreibt die „Rote Fahne" Berlin am 8. VIII.: „Wir wissen ferner, daß, wie die einzelnen Steuern im einzelnen auch geartet sein mögen, sie letzten Endes doch immer auf den Rücken des ausgemergelten Proletariats zurückfallen müssen." In demselben Sinne schrieb der damals sehr radikale Geyer in Nr. 1 der Kommunistischen Rundschau: „Ablehnung aller Steuern, gleichviel ob es sich um direkte oder indirekte Steuern handelt, gleichviel, ob sie mehr oder weniger progressiv nach oben gestaffelt sind". — Damals stand Geyer auf dem Standpunkt, welchen heute prinzipiell die K. A. P. D. einnimmt.

1. Durch eine Herabsetzung der Geldlöhne.

2. Durch Verteuerung jener Waren, welche in den Konsum der Arbeiter eingehen: Abwälzung in gewöhnlichem Sinne.

Was den ersten Fall anbelangt, so müssen wir sagen: Erlauben es die Verhältnisse, so warten die Kapitalisten nicht darauf, bis eine neue Steuer eingeführt wird; sie setzen die Löhne, und zwar ohne eine derartige „moralische" Begründung herab. Waren sie hierzu früher nicht stark genug, so wird ihnen das Proletariat auch jetzt nicht den Gefallen erweisen, die Last der Steuer in Form einer Lohnherabsetzung auf sich zu nehmen.*)

Was die zweite Art, die Ueberwälzung durch Preiserhöhung anbelangt, so möchten wir davor warnen, diese Frage in unmarxistisch-mechanischer Weise zu behandeln.**)

Vor allem muß gefragt werden: *Wenn die Kapitalisten die neuen Steuern einfach durch einen Preisaufschlag auf die Waren abwälzen können, wenn der Markt diesen Preisaufschlag ohne weiteres annimmt, was hat die Kapitalisten davon abgehalten, diese Preiserhöhung bisher vorzunehmen?* Ihr guter Wille? Oder weil sie mit ihrem Profit zufrieden waren? Wir sehen, wir können ohne Heranziehung der marxistischen Preistheorie die Frage der Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit einer Steuer innerhalb des Kapitalismus nicht entscheiden.

---

*) Absolut richtig sagt *Renner* in *„Das arbeitende Volk und die Steuern"*: „Ob die Abwälzung gelingt, darüber entscheidet in der Regel die *ökonomische Kraft der Klasse* oder des Zweiges der Klasse oder des einzelnen Betriebes."

**) In der *„Roten Fahne"* vom 19. VIII. schreibt z. B. Genosse Meyer: „Aber selbst direkte Steuern, die dieses Existenzminimum freilassen, können nur zu leicht auf die Verbraucher abgewälzt werden. *Jedes Unternehmertum, das die Steuer an den Fiskus abzuliefern hat, ist in der Lage, die Steuerausgaben in die Preiskalkulation einzurechnen.* Die Kapitalisten können das heute um so leichter, als infolge der Produktionseinschränkung gerade für die wichtigsten Lebensbedürfnisse fast alle Waren Monopolcharakter tragen.

Wir wollen vor allem die Verhältnisse in dem von Marx analysierten, auf *freier Konkurrenz* beruhenden Kapitalismus untersuchen. Der Preis der *frei vermehrbaren* Güter wird durch das Gesetz bestimmt, daß gleich große Kapitalien gleich große Profite abwerfen müssen (Durchschnittsprofitrate). Wird daher einem Industriezweig eine spezielle Steuer auferlegt, so wird er dieselbe auf die Konsumenten abwälzen, da dieser Betriebszweig sonst mit einer unterdurchschnittlichen Profitrate arbeiten müßte. Die Abwälzung muß — theoretisch — gelingen. Wollen die Konsumenten den höheren Preis nicht bezahlen, so wird ein Teil des in diesem Betriebszweig angelegten Kapitals in andere Betriebszweige abwandern, die Produktion wird kleiner, das Angebot geringer, die Preise steigen, die Steuer wird abgewälzt. Wir sehen, ein ziemlich komplizierter Prozeß.

Wie nun aber, wenn alle Produktionszweige mit einer Steuer belastet werden? Der Ausgleich durch Abwanderung in andere Produktionszweige, wenn die Konsumenten sich weigern, die erhöhten Preise zu zahlen, steht nicht offen! *Alle* Preise müssen erhöht werden, wenn die Steuer abgewälzt werden soll. Gelingt dies, so ist die Steuer abgewälzt. Aber auf wen? Zum großen Teil auf das Proletariat. Der Teil aber, welcher auf jene Güter entfällt, die die Kapitalistenklasse konsumiert, endgültig unproduktiv konsumiert, belastet endgültig die Kapitalisten!

Aber es gibt Waren, deren Preis nicht durch das Gesetz der Durchschnittsprofitrate bestimmt ist: jene Waren, in deren Preis eine Rente (Grundrente, Bergwerksrente usw.) enthalten ist. Der Preis dieser Güter wird durch die Produktionskosten derjenigen zur Versorgung des Marktes noch nötigen Quantität bestimmt, welche unter den schlechtesten Bedingungen (am teuersten) produziert wurde.*) Die Differenzial-Grundrente ist eben nichts anderes als die Produktionskosten-Differenz des

*) Siehe Kapital, III/II 6. Abschnitt.

auf einem besseren Boden produzierten Getreides gegenüber dem auf dem schlechtesten Boden produzierten, dessen Preis den Marktpreis des Getreides überhaupt bestimmt. *Es folgt daraus, daß eine Steuer auf die Grundrente durch eine Preiserhöhung absolut nicht abwälzbar ist,**) mag sie auch die gesamte Grundrente wegsteuern. Denn der Preis der landwirtschaftlichen Produkte ist ja ohnehin Maximum, d. h. der Preis des auf dem schlechtesten Boden gebauten Produktes (wenn es zur Versorgung des Marktes nötig ist).**)

Selbstverständlich ist ferner, daß eine Erbschaftssteuer und überhaupt einmal zu entrichtende Vermögenssteuern auf keinen Fall abgewälzt werden können. Nun leben wir aber nicht in einem auf freier Konkurrenz basierenden Kapitalismus, sondern im Zeitalter des Finanzkapitals, der Kartelle und Trusts. Die Preisbildung der meisten industriellen Waren wird hierdurch modifiziert. Nehmen wir einen extremen Fall. Ein Trust beherrscht die ganze Produktion eines Landes auf einem Gebiete. Die Einfuhr aus dem Ausland ist verboten. Der Trust ist also durch keine Konkurrenz in der Festsetzung der Preise gehemmt! (Wenn wir von der Möglichkeit der Anwendung von Ersatzmitteln absehen.)

Wie hoch wird der Trust den Verkaufspreis seiner Waren ansetzen?

Setzt er ihn zu hoch an, so wird bei den momentan gegebenen Einkommensverhältnissen der Konsum zurückgehen. Er kann so stark zurückgehen, daß hierdurch der

*) Die Unabwälzbarkeit der Steuer auf die Grundrente zeigt sich am klarsten bei der reinen Form der Grundrente: der kapitalistischen Pacht. Der kapitalistische Pächter wird nicht geneigt sein — und kann auf Grundlage der Durchschnittsprofitrate auch nicht —, auch nur einen Heller mehr Pacht zu zahlen, selbst wenn 99 Proz. des Pachtschillings vom Grundherrn als Steuer vom Staate weggenommen werden.

**) Die Unabwälzbarkeit der Steuern auf die Grundrente ist der Grund, weshalb sich die Agrarier viel erbitterter gegen die sie treffenden Steuern (z. B. eine Grundwertsteuer) wahren als die Kapitalisten.

Profit kleiner wird. Er wird den Preis ansetzen, bei welchem der Gesamtprofit der höchste ist. Wird eine neue Steuer auf die Erzeugnisse des Trusts oder auf sein Einkommen eingeführt, kann derselbe den Preis offenbar nicht durch eine einfache Hinzufügung der Steuer bestimmen und die Steuer restlos abwälzen. Durch die Preiserhöhung wird der Konsum zurückgehen, der Profit kleiner werden. Der Trust wird vielleicht vorziehen, gar nicht den Versuch einer weiteren Preiserhöhung vorzunehmen, sondern die Steuer einfach als Verminderung seines Kartell-Extra-Profites hinnehmen müssen.

Wir sehen, die Frage der Abwälzbarkeit der Steuern ist viel komplizierter als sie auf den ersten Blick erscheint, und ist, wir wiederholen es, vor allem eine Frage der Klassenmachtverhältnisse. — Ist das Proletariat schwach, so wälzt die herrschende Klasse natürlich alle Steuern, die ganze Last der Erhaltung des Staates auf dasselbe ab. Aber dies ist keine Steuerfrage: auch ohne Steuern würde die herrschende Klasse — und hat es immer getan —, wenn sie die Macht hierzu besäße, das Einkommen des Proletariats auf das Minimum beschränken, bei welchem das Proletariat eben noch Arbeit leisten kann, selbst ohne Rücksicht auf die Verelendung der ganzen Klasse.*)

Wenn wir uns nun prinzipiell auf die gegebene Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellen — womit wir durchaus nicht gesagt haben wollen, daß auf dieser Basis für Deutschland eine Lösung der Finanzkrise möglich ist —, so läßt sich nach dem Grade der Abwälzbarkeit eine ungefähre Skala der Steuern vom Standpunkte des Proletariats bestimmen.

Die wäre ungefähr:

*) Auch diese Frage ist viel komplizierter, als hier ausgeführt werden kann. Je größer das konstante Kapital, desto wichtiger für das Kapital, daß der Betrieb immer mit voller Kraft laufen kann. Hierzu sind aber arbeitskräftige, gutgenährte Proletarier nötig. Daher die Sorge der modernen Kapitalisten um die Nahrung der Arbeiter — und eine gewisse untere Grenze der Reduktion des Lohneinkommens.

1. Nichtabwälzbare Steuern:

Steuern auf den Besitz:

a) Besitzsteuern mit einmaliger Abstattung,

b) Erbschaftssteuern;

Beide mit einem den Vermögensverhältnissen des Proletariats entsprechenden steuerfreien Minimum.

Steuern auf die Rente:

Grund- und Bergwerks-Wertsteuer ev. bis zum vollen Jahres-Betrag der Rente.

Steuern auf den Aufwand:

Luxussteuern, Zölle auf Luxusgegenstände.

2. Steuern, deren Abwälzbarkeit eventuell möglich ist.

Steuern auf den Profit und Zins:

a) Ertragssteuern,

b) Einkommensteuern (mit einem das Einkommen des Proletariats übersteigenden Minimum),

c) Körperschaftssteuern,

d) Börsen-, Wertpapier- etc. Steuern.

3. Steuern, die im allgemeinen voll abgewälzt werden und daher das Lohneinkommen belasten:

a) Verbrauchssteuern auf Güter, die das Proletariat konsumiert,

b) Zölle auf Güter, die das Proletariat konsumiert.

c) Umsatzsteuern,

d) Verkehrssteuern.

4. Direkte Steuern auf das Lohneinkommen:

a) Einkommensteuern, welche den Arbeitslohn treffen.

Wir betonen nochmals, es handelt sich darum, die Steuern ungefähr danach zu klassifizieren, inwiefern sie *innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Lohneinkommen treffen mögen,* nicht um eine Feststellung, welche Steuern in der gegenwärtigen konkreten Situation Deutschlands für das Proletariat annehmbar sind oder nicht.

Bevor wir diese theoretischen Ausführungen schließen, müssen wir die Frage aufwerfen, inwieweit *innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung* durch eine „energische" Steuerpolitik ein Weg zum Sozialismus gefunden werden kann. Anders ausgedrückt: Ist es möglich, durch Wegsteuerung des Mehrwerts eine Klassen-Nivellierung innerhalb des Kapitalismus durchzuführen, wie es viele glauben?

Auf diese Frage hat Renner in seiner Broschüre ausführlich und richtig geantwortet; wir brauchen bloß die betreffenden Stellen zusammenzustellen. „Es ist beklagenswert, daß alle neu zuwachsenden Werte in der heutigen Gesellschaft in die Taschen privater Kapitalisten fließen, aber es ist so. Und also ist jeder Produktionsfortschritt, also die ganze ökonomische Entwicklung daran gebunden, daß die Kapitalisten Teile ihres Einkommens unverzehrt anhäufen." (Seite 34.)

„Wäre eine direkte Steuer — etwa eine Extrasteuer auf Fabriken — so exorbitant hoch, daß es den Unternehmern unmöglich wäre, verschlissene Werkzeuge und Maschinen zu ersetzen, so könnten sie — bei aller Vorliebe für direkte Steuern — nicht fortbestehen und die Steuern können nicht bewilligt werden." (Seite 33.)

„Innerhalb der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung darf der Mehrwert nicht einmal zu hoch besteuert werden, ohne ökonomische Katastrophen, ohne das Proletariat selbst durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen! Es hieße also, einer für die Arbeiterschaft gefährlichen Utopie nachjagen, wollte man so „kurzerhand" den Mehrwert „hinwegbesteuern", ohne im übrigen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an den Leib rücken zu wollen."

„Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch das bloße Mittel der Steuern — wie es manche Sozialisten erträumen — ist an sich ausgeschlossen." —

„Solange wir nicht direkt verstaatlichen oder verge-

sellschaften, solange die Betriebe privat sind, haben die Mehrwertssteuern ihre festen Schranken." (Ebenda.)

Es folgt daraus: Wir müssen über die Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinausgehen, wenn wir eine, für das Proletariat vorteilhafte Lösung finden wollen!

4. Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten.

Ein Bild zu haben, wieviel von den Einnahmen des Reichs und der Länder auf die einzelnen Einkommensarten fällt, wieviel von den staatlichen Lasten Rente, Profit und Lohneinkommen tragen, wäre sehr wünschenswert. Indessen, dies läßt sich nur in groben Zügen, mit einer Annäherung von 50 Prozent Wahrscheinlichkeit durchführen! Im deutschen Budget gibt es gegenwärtig nicht weniger als 41 Arten von Steuern und Abgaben (wenn sie sich mittlerweile nicht weiter vermehrt haben). Während früher wenigstens das eine feststand, daß die direkten Steuern des Reiches — mit Ausnahme der Haussteuer, welche auf die Mieter abgewälzt wird —, nicht das Lohneinkommen trafen, trägt gegenwärtig die Arbeiterklasse auch einen beträchtlichen Teil der Einkommensteuer. Es kann sich daher nur um ganz annähernde Untersuchungen handeln.

Das deutsche Proletariat war schon vor dem Kriege mit Zöllen und Steuern stark belastet. Eine Berechnung der Lasten ist schwierig, weil die einzelnen Länder ihr besonderes Steuersystem hatten, das Reich einen Teil der Einnahme von den Ländern erhielt, während es selbst nur Zölle und Verbrauchssteuern als Quelle hatte. Die Entwicklung ging auf eine fortschreitend stärkere Belastung des Lohneinkommens hinaus.

Wir wollen einige bezeichnende Daten geben:*)

*) Conrad: Grundriß der politischen Oekonomie.

Von den Einnahmen *Preußens* waren in *Prozenten:*

	Domänen, Forste, Eisenbahnen	Direkte Steuern	Indirekte Steuern und Zölle
1873	26,8	32,4	38,8
1903/04	38,2	14,6	38,—

Auf den Kopf der Bevölkerung Preußens entfielen Mark:

	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Sonstige
1805	2,45	4,3	0,2
1850	3,55	4,39	1,—
1870/71	5,53	13,80	1,8
1905/06	6,85	16,03	1,4

Wir sehen das rasche Anschwellen der Steuern auf Lohneinkommen, das relative Zusammenschrumpfen der Mehrwertsteuern. —

Das *Reich* lebte ganz aus Zöllen und indirekten Steuern (von den Matrikularbeiträgen der Länder abgesehen).

Die *Gesamteinnahme* des Reiches betrug in Millionen Mark:

Jahr:	1872	1895	1905
	423	1186	1699
Hiervon			
Matrikular-Beitr.:	94	397	267
Anleihe	1	158	228
Zölle	95	363	536
Zucker	4	80	130
Tabak	1	11	11
Branntwein	23	118	118
Bier	13	26	29

Wir sehen, in wie raschem Tempo jene Einnahmequellen, die ganz oder teilweise das Lohneinkommen belasten, zunehmen.*)

*) Wir sehen eine ähnliche Erscheinung in fast allen kapitalistischen Ländern. Nur die angelsächsischen Länder bilden eine Ausnahme. In England zeigt sich folgendes Bild der Entwicklung:

Sehen wir nunmehr die Einnahme des Deutschen Reiches in der Nachkriegsperiode an. Hierbei muß bemerkt werden, daß das Deutsche Reich gegenwärtig keine Matrikularbeiträge von den Ländern erhält, sondern im Gegenteil, zwei Drittel der Einkommensteuer an die Länder abgeben muß. Das Bild ist folgendes:

	Tatsächliche Einnahmen 1919*)		Voranschlag 1920**)		Tatsächliche Einnahmen 1920***)	
	Millionen Mark					
Allgemeine Verwaltung		394		709		(?)
Besitzsteuern		168		4220		9602
Hiervon Reichsnotopfer	2		3500		9336	
Besitzsteuer	77		100		10	
Erbschaftssteuer	87		620		256	
Zuwachssteuer	–					
Einkommensteuern		4		14200		10506
Reichseinkommensteuer	2		12000		9592	
Körperschaftssteuer	2		900		5	
Kapitalertragssteuer			1300		903	

in Millionen £:

	Zölle u. Verbrauchssteuern	Nachlaß-Steuer	Einkommensteuer	Größe d. direkten Steuern	Andere Einnahmen	Gesamteinnahme
1875/6	47.6	4.4	4.1	16.8	11.9	76.3
1911/12	72	25.4	44.8	83.—	30	185.1
Zunahme	24.4	21.—	40.7	66.2	18.1	108.8

Vom *Mehrbedarf* wurden gedeckt in Prozent:

22.4	19.2	37.4	6.07	16.9

Siehe *Fr. Harzendorf:* Die Einkommensteuer in England Seite 111.

Und auch jetzt nach dem Kriege haben sich die Proportionen nicht stark verändert. Es betrugen im Finanzjahr endend März 1921 die Einnahmen:

Zölle und Verbrauchssteuern	334
Einkommensteuern	690
andere Einnahmen	400

(Economist 2/4. 1921.)

*) Sammlung von Aktenstücken usw. S. 25 und 29.

**) Hiervon Ueberweisungen an die Länder!

***) Wirtschaft und Statistik Nr. 5. S. 239.

	Tatsächliche Einnahmen 1919		Voranschlag 1920		Tatsächliche Einnahmen 1920	
Indirekte Steuern und Zölle:						
Verkehrssteuer		2320		4900		
Hiervon:						
Umsatzsteuer	2 823		3650		4204	
Grundrentenst.	2 50		220			
Stempelabgabe	797		400		1726	
Abgabe nach Personen- und Güterverkehr	468		630			
Abgabe Post und Telegraph	174					
Zölle u. Verbrauchssteuern		4423		9147		10589
Zölle u. Aufgeld	1089		2500		2150	
Kohlensteuer	1552		4500		4670	
Tabaksteuer	716		1000		1761	
					147	
Biersteuer	137		130		155	
Wein, Schaumwein, Mineralwasser	502		400		621	
Branntwein und Essig	131		323			
Zucker	159		100		119	
Salz	70		56			
Zündwaren- und Leuchtmittel	60,4		65		61	
Einmal. Einnahme		1177	4500		3049	
Hiervon Außerordentl. Kriegsabgabe 1918	1072		4500		3094	
Sonstige Einnahmen:		2456	2216			
Hiervon Ausfuhrabgabe:	850		700			
Bankwesen	1550		1450			
Betriebsverwaltung:		1815				
Summe		12753		39892		43865
Außerordentlich:						
Verkauf von Heeresgut:		4154				

Der Leser wird von diesen Zahlenreihen ermüdet sein. Und doch müssen wir uns eingehend mit denselben beschäftigen, wenn wir uns ein Bild davon machen wollen, was das Lohneinkommen, was Profit und Rente davon

trägt. Leider stehen uns für das Finanzjahr 1920 nur unvollständige Daten zur Verfügung.

	Milliarden Mark
Die Gesamteinnahme des Staates betrug	43,864
Hiervon einmalige Einnahme, Notopfer*)	9,336
Bleiben aus laufenden Einnahmen	34,528

Wieviel entfiel hiervon auf das Lohneinkommen, wieviel auf Rente und Profit?

Auf das Lohneinkommen entfiel im Verhältnis ihres Verbrauches bezw. Einkommens:

	in Milliarden Mark
Zölle und Verbrauchssteuern	10.708,80
Umsatzsteuer	4.204,—
Reichsstempelabgaben	1.726,—
Einkommensteuer	9.593,—
	26.231,80

Von den laufenden Jahreseinnahmen von 34,5 Milliarden wird bei der Aufbringung von 26,2 Milliarden das Lohneinkommen unmittelbar in Anspruch genommen. Wieviel auf das Lohneinkommen enfällt, ist nicht genau feststellbar. In Anbetracht, daß die Zölle und Verbrauchssteuern sich nach der Konsumentenzahl verteilen, daß von der eingeflossenen Einkommensteuer ein großer Teil dem Lohnabzug entstammt, daß die Umsatzsteuer in vollkommenster Weise auf den Proletariern lastet, weil sie alles beim Kleinhändler kaufen, während die Bourgeoisie viele Konsumgüter en gros unmittelbar bei den Großhändlern oder aus der Fabrik bezieht und daher für 1—2 Um-

* Es ist bezeichnend, daß die ärmeren kapitalistischen Schichten, die weniger als 10 Prozent ihres Vermögens als Notopfer abzahlen sollten, verhalten wurden, im Verlauf des Jahres 1921, dies einzuzahlen: den reicheren wurde die Möglichkeit der Ratenzahlung eingeräumt. D. h. sie werden bei der konstanten Verschlechterung des Geldes einen Bruchteil dessen zahlen, was sie zahlen sollten. Der Wert der Vermögen wurde am 10. Oktober 1919 festgestellt: damals war eine Mark 20 Schweizer Centime wert, Ende 1920 bloß 9 Centime. Durch die Verzögerung wurde die Hälfte der Steuer real dem Staate vorbehalten, den Großkapitalisten geschenkt!

sätze weniger Umsatzsteuer zu entrichten hat, können wir ruhig, ohne der Demagogie bezichtigt werden zu können, behaupten, daß die größere Hälfte dieser Steuerarten das Lohneinkommen belastet.*)

Wir unterlassen es, auf Einzelheiten einzugehen. Wir können es um so eher unterlassen, da die Hauptlast, welche von den Kosten des Staats auf das Lohneinkommen fällt, gegenwärtig nicht die Steuern, sondern die Entwertung des Geldes ist! Der Staat deckt seine Bedürfnisse durch die Ausgabe von Papiergeld. Der Staat entnimmt Waren vom Markt, bezahlt mit Papier. Er besteuert im Wesen die Bürger mit jenem Produktenwert, welchen er für das Papiergeld der Zirkulation entnimmt. Für dieselbe nominelle Geldeinheit kann zwar der Staat nur sich kontinuierlich vermindernde Quantitäten von Gütern kaufen. Aber er kann die Summe der Noten dementsprechend erhöhen. Und tut es auch. Papiergeldemission bedeutet indirekte Besteuerung. Und auf wem lastet diese Steuer? *Offenkundig und vor allem auf dem Proletariat!* Sein Lohn bleibt immer hinter der Entwertung des Geldes zurück. Selbst wenn der Lohn einmal der Entwertung des Geldes entsprechen würde; die Entwertung geht — wenn auch von einem zyklischen Auf und Ab begleitet — unaufhaltsam weiter.**) Und der Lohn kann immer nur verspätet

*) Nach der alten Methode der Scheidung berechnet Kuczynski, daß im Jahre 1913 an direkten Steuern 57,4 Proz., im Jahre 1920 59,5 Proz. eingehen sollten. Indessen bemerkt er selbst, diese Berechnung sei unrichtig, da in dieser Summe enthalten sind: einmalige Vermögensabgabe, welche eine außerordentliche Einnahme ist; da ferner ein Teil in Kriegsanleihe zum Zeichnungspreis bezahlt wird. Da ferner in der Einkommensteuer auch der Lohnabzug enthalten ist, deckt sich unsere Berechnung beiläufig.

**) Die *Preisschwankungen*, welche im Großhandel umgekehrt mit der Bewertung der Mark verlaufen, erreichen die Proletarier kaum. Der Kleinhandel hält die Preise während der kurzen Periode des Preisrückganges unverweilt hoch, da doch in einigen Wochen oder Monaten ohnehin eine neue Teuerung kommen wird. Nur die Hauptlinie, die mit der Entwertung des Geldes parallele Teuerung, macht sich voll geltend.

und in verringertem Maßstabe der Teuerung folgen. *Die Lasten des Staatshaushaltes fallen auf diese Weise vor allem auf das Proletariat!*

*

Dieser Tatsache gegenüber ist es interessant zu beobachten, mit welcher Zielbewußtheit die kapitalistischen Staatsmänner und die kapitalistische Presse den Anschein erwecken, als ob der Besitz in Deutschland, als ob das Einkommen aus dem Mehrwert bereits überlastet wäre.

So sagte z. B. Staatssekretär Schröder in Brüssel, er „halte weitere Erhöhung der direkten Steuern nicht mehr für möglich." Auf dieselbe dumme Weise, ähnlich wie mit dem gefälschten Lebenshaltungsindex, legte sich die deutsche Regierung in Brüssel mit ihren Angaben über die Höhe der direkten und indirekten Steuer hinein. Die Höhe der zu zahlenden direkten Steuern wurde zu hoch angegeben,*) und die ganze Einstellung war absolut falsch. Die englische Delegation fragte nach der Höhe der direkten und indirekten Steuern. In England gibt es direkte Steuern nur auf ein Einkommen von über 160 £; 160 £ = 35 000 bis 45 000 Mark. Arbeiter zahlen in England keine Einkommensteuer, keine direkten Steuern. Direkte Steuer heißt in England: Steuer auf das Einkommen, welches das Existenzminimum überschreitet. Die deutsche Regierung aber antwortete, indem sie nach herkömmlicher Weise direkte und indirekte Steuern unterschied und auswies:**)

Direkte Steuern des Reiches pro Kopf	406.17 ℳ
Indirekte Abgaben pro Kopf	246.83 ℳ

Daß tatsächlich an direkten Steuern viel weniger, an indirekten viel mehr einflossen, daß unter den direkten Steuern auch Steuern auf das Lohneinkommen enthalten sind, darüber wurde nichts gesagt. Und das Ergebnis?

---

*) Siehe *Kuczynski:* Wieder falsche Zahlen, in „Wiedergutmachung . . ." Seite 3.

**) Sammlung von Aktenstücken usw., Seite 226.

Die französische und englische Presse wies auf die geringe Belastung der deutschen Arbeiter durch indirekte Steuern hin und erklärte: Deutschland kann zahlen, die Arbeiter zahlen ja weniger Steuern als bei uns!

Das ganze Gewicht wird auf die Betonung der Belastung des Besitzes gelegt. Die Regierung erklärt amtlich:*)

„Eine weitere Erhöhung der Sätze der direkten Reichssteuern dürfte wohl außerhalb jeder Möglichkeit liegen, denn Deutschland hat . . . seine großen Vermögen und großen Einkommen außerordentlich belastet. Die Meinungen darüber, ob sich die bisherigen Steuersätze auf die Dauer halten lassen, ohne daß dadurch die ganze Steuermoral dauernd ungünstig beeinflußt wird, sind geteilt. Es fehlt nicht an Stimmen, welche die Ansicht vertreten, daß die direkte Besteuerung in Deutschland zu hoch wäre."

Ja, die Steuermoral!

Die Kapitalisten entziehen nun nicht nur ihr Vermögen und ihr Einkommen der Besteuerung, sie verkünden offen, daß dies *moralisch sei!*

Ein Organ der Großkapitalisten schreibt:**) *„So unmoralisch* wie unter den früheren schönen Verhältnissen ist *heute jedenfalls die Steuerflucht nicht.* Schwerwiegende volkswirtschaftliche Gründe lassen sogar eine *Kapitalflucht unter Umständen nützlich erscheinen.* Gar nicht gesprochen werden soll über die Tatsache, daß auch andere Gründe persönlicher Art, wie z. B. die ausgesprochene Unternehmerfeindlichkeit und höchst einseitige Orientierung der deutschen Steuer- und Wirtschaftspolitik die Unternehmer nicht *geradezu veranlassen können, durch große Steuerzahlungen das gegnerische Lager zu stärken."*

Ein Direktor der Deutschen Bank, Herr Wassermann, schreibt im Bank-Archiv:

*) Sammlung von Aktenstücken usw., Seite 153.

**) Bergisch-märkische Zeitung, Nr. 308 1921.

„Fast keine der eingeführten Steuern wird als Auflage einer Volksregierung geachtet; man betrachtet sie lediglich als *Zwangsmaßnahme* einer Parteiregierung, hält sie für ungerecht, weil sie den Nachbar nicht im gleichen Ausmaße mittrifft, und *entzieht sich ihr, soweit es möglich ist. . . . . In einem Lande, dessen Regierungsgewalten durch die Niederlage um alles Ansehen gebracht wurden und das durch Parteiungen zerklüftet ist, k a n n es während einer längeren Uebergangszeit zu neuer Ordnung gar nicht anders sein.* Weiß das unsere Regierung nicht? Sehen es die Parteien nicht? Und will man unbefangen auf diesem Irrwege fortschreiten?"

Und wie leicht macht es der deutsche Staat den Kapitalisten, sich der Steuer zu entziehen. Die Steuergesetze, welche den Mehrwert oder den Besitz treffen, sind lang, kompliziert, verworren. Zum Schein sehr hohe Steuersätze, aber in Nebenpunkten Verfügungen, welche die ganze Sache illusorisch machen. Daher ergibt jede Besitz- oder Mehrwertsteuer weniger als vorausgesetzt. Dann folgt die Sabotage der staatlichen Bürokratie. Die bereits vom Reichstage angenommenen neuen Besitz- und Einkommensteuern werden nach ein oder zwei Jahren „veranlagt"; dann kommen die Appellationen. Mittlerweile hat der Kapitalist mit dem Gelde, welches dem Gesetz gemäß bereits dem Staate gehört, gute Geschäfte gemacht. Außerdem hat sich der Wert der Mark vermindert. Eine Million Mark Besitzsteuern, welche ein reicher Mann z. B. nach einer Schätzung seines Vermögens am 10. September 1919 zu zahlen hat, welche er aber erst im Jahre 1921 zu zahlen beginnt, schmilzt real auf den dritten Teil zusammen!

Nehmen wir nur ein Beispiel: das Reichsnotopfer der Großgrundbesitzer. Alles Vermögen soll nach dem „gemeinen Wert", d. h. nach dem Verkaufswert besteuert werden. So war es auch ursprünglich im Gesetz. Aber die Agrarier setzten es in der demokratischen Republik durch, daß sie nur nach dem zwanzigfachen Wert des

„Reinertrages" die Vermögenssteuer zu zahlen haben. Hierdurch haben sie sich der Hälfte der Steuer entzogen. Außerdem wird jetzt das Reichsnotopfer „veredelt", d. h. in eine vierteljährlich zu zahlende Vermögenssteuer umgewandelt, wodurch sie unter Umständen abwälzbar wird.

Die Bourgeoisie hat es nicht notwendig, zu solchen brutalen Mitteln zu greifen. Sie hat feinere Methoden: Erhöhung des Aktienkapitals, Abschreibungen, Verbuchung eines Teils des Profits auf Spesenkonto, Privatautos der Direktoren als „Spesen" des Unternehmens; Verschachtelung der Gesellschaften, Umwandlung in ausländische Gesellschaften usw.

Aber sie sollen es nur so weiter treiben! Je kurzsichtig-egoistischer die Besitzenden an das Finanzproblem herangehen, desto rascher wird das Land in die Revolution hineingetrieben werden!

5. Hic Rodus, hic salta.

Nach der amtlichen Angabe der deutschen Regierung*) ***beträgt das gesamte Volkseinkommen Deutschlands gegenwärtig***

140 Milliarden Papiermark.

Demgegenüber betragen die staatlichen Bedürfnisse nach den Angaben des Ministerpräsidenten Wirth am 7. Juli:

Ordentlicher Etat	48,5 Milliarden *M*
Außerordentlicher Etat	38,7 " "
Reparationsetat 3,3 Milliarden *Gold*mark	
	= 46—55,— " "
Gesamterfordernis	***133—142 Milliarden M***

Nach dieser Rechnung verschlangen die Erfordernisse des Staatshaushalts das ganze Einkommen des Volkes.

*) „Weißbuch" . . . Aktenstücke zur Londoner Konferenz im März 1921. S. 69.

Nun mag die Schätzung von 140 Milliarden Mark zu niedrig sein, obwohl Kuczynski auf anderer Grundlage zu demselben Ergebnis kommt. Calwer schätzt das Jahresprodukt auf 225 Milliarden Mark. *Sicher, absolut sicher ist hingegen, daß die tatsächlichen Ausgaben viel größer sein werden.* Die Neuregelung der Gehälter der Staatsbeamten wird allein 10—20 Milliarden neue Ausgaben verursachen. Reichseisenbahn- und Reichspostminister kündigen bereits neue Defizite an.

„Das Defizit im Reichshaushaltsetat wird aber — schreibt Calwer ganz richtig — im laufenden Jahre noch aus anderen Gründen eine Steigerung erfahren. Durch die neuerdings eingetretene stärkere Entwertung der Mark wird man mit den Voranschlägen, die zu einer Zeit gemacht wurden, da die Mark noch höher stand, nicht mehr zurechtkommen. Ein großer Teil der Ansätze wird eine Erhöhung erfahren, so daß es leicht dahin kommen kann, daß die Ausgaben des Reiches für das laufende Etatsjahr alles in allem eine Höhe von 200 Milliarden Mark erreichen."

Wir wollen uns aber wegen 10—20 Milliarden mehr oder weniger nicht streiten. Mag man es drehen und wenden wie man will, die Tatsache bleibt bestehen, daß die staatlichen Ausgaben fast das ganze, zum mindesten drei Viertel des Volkseinkommens verschlingen; daß reichlich ein Drittel des Volkseinkommens an das Ausland weggezahlt werden soll, beziehungsweise muß.

Wir fragen also: wie ist es unter diesen Umständen innerhalb des Kapitalismus möglich,

1. die Reparationen zu zahlen;
2. die Kapitalisten zu erhalten,
3. die Arbeiterklasse zu erhalten,
4. für Erneuerung der Produktionsmittel und für reale Akkumulation zu sorgen? Hier ist der Zeitpunkt für alle, alle bürgerlichen Staatsmänner und Parteien, zu zeigen, was sie können! Hic Rodus, hic salta!

Nun, wir werden zeigen, wie sich Staatsmänner und Parteien zu diesem Grundproblem der deutschen Politik, zu dieser Frage des „Sein oder Nichtsein" stellen. Eines aber ist gewiß: *die Klassenkämpfe der nächsten Zeit müssen sich im Wesen um die Steuerfrage drehen.* Im Mittelpunkt der politischen Kämpfe wird diese Frage stehen!

Zwar hat es schon vor dem Kriege große Klassenkämpfe um die Steuern gegeben. Aber im „normalen" Kapitalismus, vor dem Kriege, war die politisch-revolutionäre Bedeutung der Steuerfrage doch gering. Bei einem auf 35—40 Milliarden Mark geschätzten „Volkseinkommen" Deutschlands betrugen die gesamten Ausgaben des Reiches rund 2 Milliarden = 5 Prozent des Volkseinkommens. Die Frage der Verteilung der Steuern auf die Einkommenquellen: Lohn, Profit, Zins, Rente war daher nicht von allzu großer Wichtigkeit. Ganz anders heute. Infolge der ungeheueren Kriegskosten hat sich das Verhältnis zwischen Volkseinkommen und den Bedürfnissen des Staates völlig umgekehrt. Handelte es sich früher um 5—10 Prozent, so handelt es sich jetzt um Sein oder Nichtsein des Staates, des Kapitalismus selbst. Deutschland ist in einer permanenten Krise, in einem Vorstadium der sozialen Revolution. Das Uebergewicht der herrschenden Klassen ist höchst labil. Eine der treibenden Kräfte der Revolution ist nun eben der Widerspruch zwischen der Forderung des Proletariats nach einem realen Lohn, welcher jenem der Vorkriegszeit mindestens gleich ist, und dem verminderten Ertrag der kapitalistischen Produktion. Dieser Widerspruch wird durch die ungeheueren Anforderungen des Staates aufs äußerste verschärft. Von einer Akkumulation kann keine Rede sein. Im Gegenteil. Es muß vom Vermögen gezahlt werden. Der Kampf um die Steuern wird zu einem Kampf auf Leben und Tod zwischen Kapital und Arbeit. Eine Verschiebung in den Lasten, eine Mehrbelastung der Besitzenden bedeutet daher jetzt eine Verschiebung der

ökonomischen und der auf diesen basierenden Machtverhältnisse. Es ist gegenwärtig ein Zeitpunkt eingetreten, wo die Steuer zur weiteren Zerrüttung des Kapitalismus führen muß. *„In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschnellte Steuer als eine Form des Angriffs gegen das Privateigentum dienen, aber selbst dann muß sie zu neuen, revolutionären Maßregeln weitertreiben,* oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen."*)

Es ist die Aufgabe der K. P. D., diese revolutionäre Situation auszunutzen!

„Hic Rodus, hier zeige deine Kunst!" müssen wir allen „Fachmännern" und Politikern zurufen!

6. Was die vornehmen Ausländer raten!

Sie hatten sich alle versammelt im Auftrage des Völkerbundes, die vornehmsten Sachverständigen der Bourgeoisie, vor einem Jahre in Brüssel. Zwei Monate lang berieten sie mit ernstem Eifer. Sie hatten alle amtlichen Materialien zur Verfügung. Und als Ergebnis veröffentlichten sie einen einstimmig angenommenen Bericht an den Völkerbund. Die wichtigsten Punkte, welche den Weg zur Gesundung weisen sollen, sind die folgenden:**)

„Es ist dringend notwendig, daß jede Regierung als erste soziale und finanzielle Reform, von der alle anderen abhängig sind,

a) *die ordentlichen Ausgaben, einschließlich Schuldendienst, derartig einschränkt, daß sie durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden können,*

b) ernstlich alle *Rüstungsausgaben* soweit herabsetzt, wie diese zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit notwendig sind,

---

*) Marx: Nachlaß, III, Seite 136.

**) Denkschriften des Deutschen Reichstages. 1920. Nr. 5.

c) *alle außerordentlichen Ausgaben für unproduktive Zwecke aufgibt,*

d) sogar *außerordentliche Ausgaben für produktive Zwecke* bis zum möglichst niedrigen Betrage einschränkt.

Jede Regierung (soll) in kürzester Frist alle unwirtschaftlichen und künstlichen Maßnahmen, die dem Volke die wahre ökonomische Lage verschleiern, aufgeben . . . Zu diesen Maßnahmen gehören:

a) *die künstliche Verbilligung des Brotes und sonstiger Lebensmittel, der Kohle und anderer Materialien,* indem sie dem Volk unter dem *Selbstkostenpreis verkauft werden;* ferner eine *Arbeitslosenunterstützung, die so gestaltet ist, daß sie die Arbeitslust demoralisiert, anstatt sie zu fördern;*

b) das Festhalten an Eisenbahntarifen, Postgebühren und Entgelt für andere staatliche Dienstleistungen auf einer Grundlage, die die Kosten der geleisteten Dienste einschließlich der Annuitäten auf das Anlagekapital nicht deckt.

· Sofern jeder Versuch erschöpft ist, die *Ausgaben in den Grenzen der Einnahmen zu halten, müssen zur Deckung des Defizits neue Steuern geschaffen werden. Dieses Verfahren muß unbarmherzig so lange fortgeführt werden, bis die Einnahmen wenigstens hinreichen, um den vollen Betrag der laufenden ordentlichen Ausgaben zu decken.* Die Konferenz ist der Meinung, daß die Beantwortung der Frage, welche Mittel zur Erhöhung der Staatseinnahmen, direkte oder indirekte Besteuerung oder eine zur Tilgung der Staatsschuld bestimmte Vermögensabgabe, den Vorzug verdienen, von der jeweiligen wirtschaftlichen Verfassung eines jeden Landes abhängt und daß daher jedes Land selbst entscheiden muß, welche Methode am besten seiner eigenen Wirtschaft entspricht.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die genaue Anwendung der angeführten Grundsätze unbedingt notwendig ist für die Wiederherstellung der öffentlichen Finanzen auf einer gesunden Grundlage. Ein Land, das nicht in der Lage

ist, diese Grundsätze sobald wie möglich durchzuführen, darf nicht auf Erholung rechnen. Um aber den Regierungen Gelegenheit zu geben, diese Grundsätze zu verwirklichen, müssen alle Klassen der Gesellschaft ihr Teil dazu beitragen.

Die Arbeit muß so organisiert sein, daß sie *Unternehmer und Arbeiter zur höchsten Produktivität ermuntert, denn nur dadurch wird sie imstande sein, jene verbesserten Lebensbedingungen zu schaffen, die das Ziel eines jeden Landes für seine Bevölkerung sind. Alle Klassen der Bevölkerung, besonders die Reichen, müssen gewillt sein, die notwendigen Lasten zu tragen,* um die gegenwärtige Lage zu verbessern. Um vor allem die Lücke zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Waren auszufüllen, *ist es die Pflicht eines jeden patriotischen Bürgers, die größte Sparsamkeit zu üben und auf diese Weise zum allgemeinen Wohl des Landes beizutragen.* Diese Pflicht jedes einzelnen ist die unerläßliche Grundlage für die staatlichen Maßnahmen, die zur Ordnung der öffentlichen Finanzen notwendig sind."

Dies sind die allgemeinen Maßnahmen, welche die hochgelehrte Konferenz vorschlug. Also unbarmherzige Steuererhöhung, bis wenigstens die ordentlichen Ausgaben gedeckt sind. Die ordentlichen Ausgaben Deutschlands betragen mit den Wiedergutmachungen mehr als 100 Milliarden Mark, wovon mehr als die Hälfte an die Entente weggezahlt werden muß. Es ist die größere Hälfte des gesamten Volkseinkommens.

Und was soll mit den 40 Milliarden „außerordentlicher" Ausgaben und mit jenen weiteren 20—50 Milliarden geschehen, um welche sich die staatlichen Ausgaben während des Jahres unweigerlich über den im Budget vorgesehenen Betrag erhöhen werden? Wie sollen die gedeckt werden? Von der Ausgabe von neuem Papiergeld wird entschieden abgeraten. Die hervorgehobenen Punkte des Berichts der Finanzkommission besagen:

1. *„Es ist von größter Wichtigkeit, der Ausdehnung der Inflation eine Grenze zu setzen"* . . . .

Daher sprechen wir uns dahin aus, daß

2. *„die Regierungen ihre Ausgaben mit ihren Einnahmen in Einklang bringen müssen."*

3. *„Die Banken und besonders die Notenbanken sollten jeder politischen Beeinflussung entzogen und allein nach den Grundsätzen einer vorsichtigen Bankpolitik geleitet werden."*

Also keine neue Notenausgabe! Aber was soll geschehen, wenn die deutsche Regierung trotz des kategorischen „muß" der hoch gelehrten Kommission doch nicht imstande ist, ihre Ausgaben mit ihren Einnahmen in Einklang zu bringen? Soll sie neue Schulden machen? Nein! Die Kommission fordert im Gegenteil Beginn der Abzahlung der Schulden!

4. „ . . . Die weitere Ausdehnung des *Gesamtumfanges* der Kredite . . . sollte . . . *aufhören, und die Regierungen sowohl wie die Stadtverwaltungen sollten sich nicht nur einer Vermehrung ihrer schwebenden Schulden enthalten, sondern* auch mit *deren Fundierung oder allmählichen Rückzahlung beginnen."*

Wie das Defizit verschwinden soll, wie der Noteninflation ein Ende gesetzt werden soll, davon nichts Konkretes. Fromme Wünsche: „Steigerung der Produktion, Verminderung des Bedarfs; besonders die Reichen *sollen* gewillt sein, die Lasten zu tragen", usw. Und als ob man Deutschland in seinem Jammer noch verhöhnen wollte, heißt es:

8. *„Es ist höchst wünschenswert, daß die Länder, die sich von der wirklichen Goldwährung entfernt haben, zu ihr zurückkehren."* Wahrhaftig ein ausgezeichneter Rat, besonders, wenn wir noch die Anweisung der Kommission hinzufügen, daß eine Wiederherstellung der Valuta *„schrittweise mit größter Vorsicht durchgeführt werden soll."*

Wir mögen die Sätze drehen und wenden, wie wir

wollen: auf das Problem Deutschlands, wie einem Staate zu helfen ist, dessen staatliche Lasten den vollen Betrag des Volkseinkommens erreichen, zu helfen ist, finden wir keine Antwort.

Im ganzen Elaborat gibt es nur eine sachliche Idee: die Organisierung eines internationalen Kredits für die besiegten Länder! Aber nicht eines Kredits von Staat an Staat. Oder von Privatfirmen an Privatfirmen. Sondern: die verarmten Staaten sollen — analog wie die überseeischen halbkolonialen Länder — gewisse staatliche Einkünfte oder Vermögensanteile als Garantie den fremden privaten Wucherern quasi verpfänden. Auf dieser Grundlage sollen dann — nicht dem Staate, sondern den einzelnen Geschäftsleuten in diesem Staate — unter dem Schutze des Völkerbundes Kredite gewährt werden. Aus der Sache ist nichts geworden. Es wäre auch nur ein homöopathisches Mittelchen gewesen. Der einzige großangelegte Plan in dieser Richtung, der Vorschlag Englands an die Vereinigten Staaten, diese mögen alle Schulden ihren Verbündeten erlassen, worauf England seinerseits das gleiche tun würde, Frankreich, Italien und Belgien aber, von der schweren Last der englischen und amerikanischen Schulden befreit, Deutschland gegenüber sich mit erfüllbaren Forderungen hätten begnügen können, scheiterte an der Ablehnung der Vereinigten Staaten.

Wir können ruhig sagen: die Anweisungen der Brüsseler Konferenz können keine Grundlage zur Lösung der Finanzkrise Deutschlands bieten. —

7. Die „Studien" der gelben Internationale.

Ebensowenig fruchtbringend erweist sich die Stellungnahme der gelben Internationale, welche in den Resolutionen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz, Tagung am 31. III. 1921, und der gleichzeitigen erweiter-

ten Konferenz der Exekutive der II. Internationale niedergelegt ist.*) Die Resolutionen nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die *deutschen Gewerkschaften* „die Verpflichtung Deutschlands auf Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Verwüstungen anerkennen". Immerhin verständiger als die kapitalistischen Vertreter erklären sie:

> „Um die erforderlichen Summen aufzubringen, müssen im Laufe der nächsten 5 Jahre eine oder mehrere *große internationale* Anleihen abgeschlossen und durch 30 Annuitäten verbürgt werden, die Deutschland sich zu bezahlen verpflichtet."

Im übrigen aber bewegt sich die Resolution im flachen Fahrwasser der demokratischen Ideologie, fordert die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und so weiter.

Aber die gelbe Internationale will auch *handeln.* Es heißt in der Resolution:

> „Aber das Proletariat beschränkt sich nicht darauf, die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens von der wachsenden Tätigkeit des Völkerbundes zu *erwarten. Das Proletariat selber ist dazu berufen,* durch seine Klassenorganisation *die Lösung* dieser *Aufgabe in die Hand zu nehmen.*

Nachdem in der gegenwärtigen Zusammenkunft *völlige Uebereinstimmung* über die erwähnten wichtigen Punkte erzielt worden ist, *wird das Exekutivkomitee der Internationale seine Studien und Verhandlungen fortführen, bis es in allen Einzelheiten eine Lösung im Geiste der Gerechtigkeit und internationalen Brüderlichkeit erreicht hat, die imstande ist, die begeisterte Unterstützung aller Proletarier zu gewinnen."*

„*Studien und Verhandlungen*"*!* Wir glauben, mit Studien und Verhandlungen wird dem deutschen Proletariat nicht viel geholfen sein.

---

*) „Die zweite Internationale über den Wiederaufbau". Berlin 1921.

Einen stärkeren Ton schlägt die Resolution der Gewerkschafts-Internationale an:

„Sie erklärt, daß angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen dem durch den Krieg entstandenen Chaos zu entrinnen, die internationale *Solidarität der Arbeiter imstande sein muß, dem gestellten* Problem eine Lösung zu geben, und daß die *Gewerkschaften ihre Macht aufbieten sollen, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und zur Verständigung zu zwingen.*"

Die Erfahrung zeigt, daß die Macht der Gewerkschaften es nicht hat verhindern können, daß die Entente-Bourgeoisie Deutschland eine Last aufgebürdet hat, unter welcher das deutsche Proletariat zusammenbrechen muß.

Von einer Lösung der Frage, wie man von einem Volkseinkommen von 140 Milliarden staatliche Ausgaben von 150 Milliarden decken kann, ist auch hier keine Spur.



Auch die zweite Abart der gelben Internationale, die Nummer 2½, wo die großen Theoretiker des nichtkampfbereiten Marxismus sitzen, beschäftigte sich auf ihrer Tagung mit dieser Frage. Aber sie hütete sich davor, klar die katastrophale Lage Deutschlands darzustellen und die Notwendigkeit einer revolutionären Politik hieraus abzuleiten. Was klarsehende bürgerliche Oekonomen bereits sehen, sieht Hilferding nicht oder will es nicht sehen. Seine ganze Rede auf dem Wiener Kongreß ist darauf zugeschnitten, daß die Reparationsleistungen noch durch ein kapitalistisches Deutschland zu Ende geführt werden sollen. So sagte er folgende bezeichnende Sätze:

„Die deutsche Industrie, die deutsche Produktionskraft kann gesteigert werden, und diese gesteigerte Produktionskraft kann in den Dienst des Wiederaufbaus gestellt werden. Es können aus der deutschen Wirtschaft zahlreiche Sachlieferungen erfolgen, und wir können auf diese Weise, bei Zurverfügungstellung der deutschen Ar-

beitskraft in der Tat in verhältnismäßig kurzer Zeit die Folgen des Krieges beseitigen."*)

Wir müssen schon sagen: Wenn jemand glaubt, die Folgen dieses Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit beseitigen zu können, so hat er von dem Wesen jener Wirtschaftskrise, die seit mehr als einem Jahre auf der ganzen Welt lastet, keine Ahnung. Diese Krise ist nicht *eine* Krise, sondern *die* Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst, hervorgerufen durch das Elend, die Unterproduktion in Ost- und Mitteleuropa, und durch die relative Ueberproduktion in Amerika, durch ein vollständiges Umkippen des immer labilen Gleichgewichts der kapitalistischen Weltwirtschaft. Deutschland liegt im Strudel dieser Krise. Die Bedürfnisse des Staates übersteigen das gesamte Volkseinkommen. Und da meint Hilferding, daß es möglich sei, die Folgen des Krieges rasch zu überleben.

Seine Rede und die Stellungnahme der Wiener Konferenz ist das typische Bild des willenlosen Hin- und Herschwankens, welches diese Parteien charakterisiert. Er sagt, die Pariser Beschlüsse seien nur ausführbar von einem Proletariat, dessen Widerstandskraft gebrochen ist, einem Proletariat, das politisch geknechtet ist. „Nur eine Reaktion könne diese Bedingungen ausführen, denn nur ein vollständig niedergeworfenes, ein geknechtetes Proletariat würde so tributär werden und würde solche Frondienste leisten für den Kapitalismus, und in dem Frondienste müßten sie dann eben — das ist die politische Konsequenz — auch die notwendigen Fronvögte finden."

Hieraus würde nun folgen: ein Kampf, ein revolutionärer internationaler Kampf gegen die Bourgeoisie. Aber Hilferding will nicht kämpfen und er hat kein Vertrauen zu der Kampfkraft des Proletariats. Er glaubt nicht an die Hilfe des internationalen Proletariats. Er malt die Folgen eines Widerstandes in den schwärzesten Farben:

*) Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien 1921, Seite 81.

Einmarsch der Entente, Einmarsch der Polen, keine Kohle. „Das bedeutet für die städtische Bevölkerung Hunger und Verzweiflung. Sie haben dann einen Zustand des Chaos, von dem niemand weiß, was aus ihm folgen kann . . . ein chaotischer Zustand, in dem selbst das revolutionärste Vorgehen, die erfolgreichsten politischen Kämpfe des Proletariats nicht mehr eine wirkliche Besserung bringen können. Man muß sich das klar machen, um zu wissen, wie groß die Gefahr ist, vor der wir stehen. Deswegen ist es der Standpunkt der U. S. P., daß sie ihrerseits jede solche Katastrophenpolitik ablehnt." Hilferding sagt dies gegenüber den Deutschnationalen: aber es ist offenbar an das deutsche Proletariat gerichtet.

Wie aber zu helfen ist, darüber schweigt sich Hilferding aus. Denn daß „die Versammlungen und Kundgebungen . . . gegen jede gewalttätige Lösung der vom Krieg aufgeworfenen Probleme, gegen alle Bestrebungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter verschärfen müssen" wie sie die angenommene Resolution vorschlägt, an der Wirtschafts- und Finanzkrise Deutschlands nichts ändern werden, das muß doch jedem klar sein. Die 2½-Internationale hat ebensowenig ein brauchbares Programm für die Lösung der Krise Deutschlands wie die II. Internationale. Beide rechnen damit, daß diese Frage innerhalb des Kapitalismus durch gute Ratschläge, durch moralische Ermahnungen, durch Belehrung der Entente-Bourgeoisie über ihre eigenen Interessen, zu lösen sei. Dies zeigt, daß beide — ungeachtet der revolutionären Phraseologie der U. S. P. — auf dem Boden der Klassengemeinschaft stehen, und das Schicksal des deutschen Proletariats nicht im Kampfe gegen die Bourgeoisie, sondern zusammen mit ihr, in Gemeinschaft mit der Bourgeoisie, bestimmen wollen.

8. Der Lösungsversuch der Regierung.

Die deutsche Regierung ist nicht in der angenehmen Lage, wie die internationalen Ratgeber der Bourgeoisie, sich mit frommen Ratschlägen begnügen zu können. Auf ihr lastet das eherne Muß des Handelns. Die Entente-Bourgeoisie besteht auf ihrem Schein: 3—3½ Milliarden Goldmark, eine halbe Milliarde Besatzungskosten. Die „reichen Leute" tragen nicht willig die Steuerlasten, sondern schwindeln, soviel sie können. Die Finanzbehörden betreiben stille Sabotage. Auf der anderen Seite aber fordern die Beamten und Arbeiter des Staates Lohnerhöhung. Mit vollem Rechte! Denn bei der kontinuierlichen Geldentwertung müssen ihre Löhne periodisch erhöht werden . . .

Und die Regierung handelte. Sie legte dem Reichstag 15 neue Steuervorlagen vor, 15 verschiedene Steuererhöhungen. Es würde zu weit führen, jeden dieser Entwürfe einzeln zu bearbeiten; wir wollen uns darauf beschränken, zu untersuchen:*)

1. *Welche Einkommenarten von den Steuererhöhungen betroffen werden?*

2. *Ob die Gesamtheit dieser Steuerreform geeignet ist, die Finanzkrise Deutschlands zu lösen?*



Ueberblicken wir die neuen Steuerentwürfe in ihrer Gesamtheit, so müssen wir feststellen, daß dieselben keine Neuerung enthalten. Sie bilden im Wesen eine mechanische Erhöhung aller bereits bestehenden Steuerarten. Ein treues Spiegelbild der gegenwärtigen Regierung, welche unter demokratisch-sozialdemokratischer Flagge im Wesen die Geschäfte des Großkapitals besorgt.

---

*) Leider ist uns der volle Text der Entwürfe zur Zeit nicht zugänglich: wir müssen daher nach Zeitungsmaterialien arbeiten.

Wenn wir die Steuerreformen nach denselben Gesichtspunkten behandeln, wie wir es eben im Kapitel über *„Die Steuern im Klassenstaat“* getan haben, so ergibt sich folgendes Bild. — (In Ermangelung des Textes der Gesetzentwürfe können diese Ausführungen nur ein ungefähres Bild geben.)

I. Steuern, die nicht abwälzbar sind:

In dieser Gruppe bringt die Steuerreform fast keinerlei Neubelastung der besitzenden Klassen.

1) *Eine Besitzsteuer,* bei welcher ein großer Teil des Besitzes mit einem Schlage weggesteuert wird, bringen die bisher beschlossenen Gesetzentwürfe nicht. Als leise Entschuldigung vor der sozialdemokratischen Masse heißt es am Schlusse des offiziellen Waschzettels:

> „Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.“

Nicht umsonst stellt das Stinnesorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, mit Genugtuung fest, daß den neuen Entwürfen der „konfiskatorische Charakter“ fehle.

2) *Die Erbschaftssteuer bleibt unverändert.*

3) *Steuer auf die Differenzialgrundrente — keine.*

4) *Luxussteuern, Zölle auf Luxusgegenstände:* Hier ist in der erhöhten Umsatzsteuer der vornehmen Lokale, in der Erhöhung der Zölle auf Luxusgegenstände ein Element der ausschließlichen Besteuerung der Reichen gegeben. Aber das ganze ist nur, um dem Proletariat die Augen auszuwischen: statt eineinhalb Prozent Umsatzsteuer zehn Prozent auf den Champagner, den die Herren Schieber in den Bars saufen; sie werden sich dadurch nicht abhalten lassen, weiter zu prassen; bei dem Hundertmilliarden-Bedürfnis des Reichs hat der voraussichtliche Ertrag nicht die geringste Bedeutung.

II. Steuern, deren Abwälzbarkeit je nach den Umständen möglich ist:

Alle Lasten, welche den Besitzenden in der neuen Steuerreform auferlegt werden, gehören in diese Gruppe. Es sind dies:

1) *Die Vermögenssteuern:* es ist eine laufende Vermögenssteuer vorgesehen, welche bei einem Vermögen von 50 000 Mark mit einem Satz von ½ pro Tausend beginnt und bei 10 Millionen auf 1 Prozent steigt. Dies sind die Sätze für physische Personen; bei nicht physischen Steuersubjekten (Aktiengesellschaften usw.) 1½ von Tausend.

2) *Zuschlag zur Vermögenssteuer statt des Reichsnotopfers:* der Zuschlag beträgt 15 Jahre lang 300 Proz. der Vermögenssteuer: der höchste Satz würde daher 4 Proz. vom Vermögen jährlich betragen. Die Kundgebung der Regierung bemerkt hierzu: „Die Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in vielen Fällen einen *Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich* machen. Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr *der eigenen wirtschaftlichen Entschließung überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abbürden* will."

Nun müssen wir folgende Momente hervorheben: Eine Belastung der großen Vermögen mit 4 Prozent des Bestandes, wozu noch die Einkommensteuern und Aufwandsteuern kommen, würde — ehrlich durchgeführt — einer Konfiskation des gesamten Profits gleichkommen. Und doch nehmen die Kapitalisten eine solche Besteuerung viel leichter hin als z. B. eine Wegsteuerung der Hälfte ihres Sachvermögens durch eine einmalige Vermögensabgabe.

Warum?

a) *Weil durch die auf Jahre verteilte Abgabe* die Möglichkeit besteht, bei günstigen Klassenmachtverhältnissen diese Steuer *abzuwälzen.*

b) *Weil auf diese Weise die Kapitalisten die unbeschränkte Verfügung über den ganzen Produktionsapparat beibehalten,* was die Hauptgrundlage ihrer Klassenherrschaft ausmacht.

c) *Weil diese Steuern* durch eine Bewertung des Vermögens *in Papiermark* festgestellt werden. Hieraus folgt:

1. daß bei der Bewertung des Vermögens ein sehr großer Teil verheimlicht werden kann;*)

2. daß in der Zeitperiode, welche zwischen der Bewertung des Vermögens und der tatsächlichen Bezahlung der Vermögensabgabe liegt, die Entwertung der Mark weitergeht und die Kapitalisten in Wirklichkeit nur einen Bruchteil der nominellen Steuer entrichten werden. Da die Veranlagung von drei zu drei Jahren erfolgen soll, so würden die Kapitalisten, wenn wir voraussetzen, daß die

---

*) „Die Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes . . . soll grundsätzlich . . . nach . . . dem gemeinen Wert, wie ihn die Preisabgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Da aber in einer Zeit ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln der Wertberechnung nicht auszukommen ist, sollen für die Dauer des Zuschlages für alles Vermögen, das nicht wie das Kapitalvermögen der Abwärtsbewegung der Mark folgt, *besonders der Geldentwertung angepaßte Bewertungsgrundsätze gelten.* Diese Grundsätze sollen von dem Reichsminister der Finanzen nach Anhörung des Reichsrates sowie von berufenen Vertretern der verschiedenen Erwerbszweige, sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrates mit bindender Kraft erlassen werden. Sie sollen dem Wertstand der Mark Rechnung tragen und bei dem Betriebsvermögen insbesondere auf Gewinn und Umsatz des Unternehmens Rücksicht nehmen. Dabei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste Durchschnittssätze zugrunde gelegt werden. Das Ziel der Bewegungsvorschriften soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen."

Hiernach soll die Wiederholung des Spiels, das bei dem Reichsnotopfer getrieben wurde — wo statt des gemeinen Wertes der Parlamentsausschuß den zwanzigfachen „Reinertrag" auf Grundlage der Bewertung genommen wurde — verhindert werden. Der Reichsfinanzminister wird den Reichstag bloß *„anhören"*, aber selbst verfügen. Schön. Aber wenn z. B. nach einem Jahre wieder Helfferich Finanzminister sein wird?

Entwertung der Mark im bisherigen Tempo weiterschreitet — und wir haben nicht den geringsten Grund, hieran zu zweifeln —, im zweiten Jahr real nur vielleicht die Hälfte, im dritten Jahr vielleicht ein Drittel der Steuer bezahlen, welche sie nominell zahlen sollten.

d) *Weil* die neue erhöhte Vermögenssteuer das erstemal nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1922 gezahlt werden soll. Nach den Erfahrungen, welche mit den Steuerveranlagungen in den letzten Jahren gemacht wurden, ist es als sicher anzunehmen, daß *die Zahlungen für diese Steuer erst nach drei Jahren beginnen würden.* Die deutsche Bourgeoisie ist klug genug, sich heute nicht darüber aufzuregen, wie sie nach drei Jahren eine Steuer abwälzen wird.

3) *Die Vermögenszuwachssteuer* ist die reinste *Bauernfängerei.* Sie soll den Vermögenszuwachs, „welcher in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1925 entstanden . . . ist, später in Zeitabständen von drei zu drei Jahren" . . . erfassen. Die Bezahlung dieser Steuer kann also im besten Falle im Jahre 1926 beginnen. Nach fünf Jahren!

4) *Vermögenszuwachssteuer aus der Nachkriegszeit.* Dies ist eine Vorstufe der regelmäßigen Vermögenszuwachssteuer und betrifft den Vermögenszuwachs, welcher zwischen dem 30. Juni 1919 und 30. Juni 1921 entstanden ist. Die Sätze sind hoch, von 5 bis 30 Proz. ansteigend. Inwieweit dieselbe das Einkommen aus dem Mehrwert ernstlich treffen wird, hängt von der Schätzungsmethode, der Art, den Terminen der Abzahlung ab.*)

---

*) In der „Neuen Zeit" vom 18. Juni 1920 wirft Albert Kranold ehrlich die Frage auf: *„Wer liest, daß das Vermögenszuwachssteuergesetz vom 10. September 1919 jeden Vermögenszuwachs, der 172 000 Mark übersteigt, vollständig wegsteuert,* versteht nicht, wie heute ein Vermögen um Millionen größer sein kann als vor dem Kriege. Und er gibt sich die Antwort:

Vermögen am 1. August 1914 = 10 Millionen Mark
Vermögen am 30. Juni 1919 — 20 Millionen Mark
Vermögenszuwachssteuer 9,83 Millionen Mark.

Es soll noch hervorgehoben werden, daß der Vermögenszuwachs nur besteuert wird, inwiefern derselbe realisiert ist,*) d. h.: bleibt ein Gut oder ein städtischer Besitz unveräußert im Besitze eines Besitzers, so hat er keine Zuwachssteuer zu entrichten; nur beim Besitzwechsel. Also ein *ausgiebiges Privileg für die Grundrente!*

Wir unterlassen es, auf die andern Steuern dieser Gruppe näher einzugehen: bei der Gruppe der Einkommensteuern gehört zu ihnen die stark erhöhte *Körperschaftssteuer* — Steuer auf das Einkommen von Aktien- und anderen Gesellschaften. Um es erträglicher zu machen, wird aber geschwind die nach dem Dividendeneinkommen zu zahlende Einkommensteuer ermäßigt. — Zu der Gruppe der Verkehrssteuern gehören die Kapitalverkehrssteuer, die Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Versicherungssteuer usw.**)

Es ist ein Wirrwarr von einander kreuzenden, verschiedensten Steuerraten, ein Wirrwarr, vorzüglich geeignet,

---

Aber ein Termin für die Bezahlung ist Mitte 1920 noch nicht festgesetzt. Inzwischen hat sich das Vermögen „teils durch automatische Wertsteigerung infolge Entwertung des Geldes, teils, weil das Kapital in der Zwischenzeit zugunsten des Eigners gearbeitet hat [man beachte die echt marxistische Ausdrucksweise: das *„Kapital hat gearbeitet"(!)* und zwar für „den Eigner"(!)] wieder verdoppelt. „Der Eigner" zahlt also von seinem Vermögen von 40 Millionen Mark 9,83 und es verbleiben ihm 20,1 Millionen, also ein Vermögenszuwachs von 20 Mill.

Aehnlich wird es immer gehen, solange die Geldverschlechterung anhält und die Zwischenzeit zwischen Schätzung und Abzahlung infolge des bürokratischen Systems groß ist. Es ist Methode in diesem Unsinn. Aber Kranold meint naiv, es sei ein zufälliger Fehler jener Parteien gewesen, die das Gesetz so beschlossen hatten.

*) Da der Text der Entwürfe nicht vorliegt, ist es schwer zu entscheiden, ob es sich tatsächlich so verhält (Freiheit vom 9. August 1921). Es besteht nämlich ein Widerspruch zwischen der Schätzung der Vermögen nach dem gemeinen Wert und der Nichterfassung des nichtrealisierten Zuwachses!

**) Die Versicherungssteuer trifft in vielen Fällen das Lohneinkommen unmittelbar, da die steuerfreie untere Grenze bei Lebensversicherungen bloß auf tausend Mark festgesetzt ist.

bei dem Volke den Glauben an eine ungeheure Belastung des Besitzes und des Einkommens aus dem Mehrwert hervorzurufen, ein Bestreben, das durch die *systematische Verbreitung falscher Zahlen über die hohe Steuerleistung der Reichen erfolgreich unterstützt wird.*

5. Steuern, die im allgemeinen voll abgewälzt werden und daher das Lohneinkommen belasten:

Das Wesen der Steuerreform besteht in der starken Erhöhung der in diese Gruppe fallenden Steuerarten. Hier tritt die Mehrbelastung sofort in Kraft. Hier sind die Gesetze klar und deutlich. Hier gibt es kein Entweichen. Die Steuer trifft jedes Einkommen, ob groß oder klein, mit demselben Satze.*)

Es erübrigt sich, auf diese Steuerarten hier näher einzugehen. Sie sind aus den Zeitungen genügend bekannt! Am schwersten und unmittelbarsten wird die Umsatzsteuer das Lohneinkommen treffen. Sie beträgt 3 Prozent vom Umsatz. Bis eine Ware von dem ersten Erzeuger des Rohstoffes durch den Großhändler, der das Rohmaterial zusammenkauft, durch die Fabrik oder Fabriken, die es im Produktionsprozeß durchläuft, wieder durch den großen Kleinhandel zu dem Proletarier gelangt, müssen fünf- bis sechsmal Umsatzsteuern bezahlt werden, wobei der Preis bei jedem Umschlag erhöht wird. Gothein rechnet für den letzten Verbraucher das Dreifache des Satzes vom Endpreis oder mehr.**) Aehnlich Lansburgh, der 5 Umschläge annimmt.

Die Umsatzsteuer bedeutet also einen realen Lohnabzug von mindestens 16 Prozent. Die Regierung rechnet mit einem Ertrag von 21 bis 25 Milliarden Mark. Dies würde einem Gesamtumsatz von 600 bis 800 Milliarden

*) „Ob ein Armer ein Glas Wein als Medizin, oder ein reicher zahllose Gläser zur Berauschung trinkt, ob der Zucker dem Säugling einer kranken verhungernden Mutter die Milchflasche würzt, oder bei gebogenen Tafeln der Schwelger den Gaumen reizt, Wein ist Wein und Zucker ist Zucker." (*Renner* a. O. S. 14.)

**) „Berliner Tageblatt", 22. Juli 1921.

Mark entsprechen. Bei einem Volkseinkommen von 140 Milliarden Mark entspricht dies einem beiläufig fünfmaligen Umschlag, wobei zu beachten ist, daß in der Landwirtschaft große Gütermengen im Betrieb selbst konsumiert werden.

Hierbei besteht die Möglichkeit, daß die Konsumenten eine viel höhere Summe bezahlen, als der Staat erhält. Schließen sich nämlich produzierende, weiterverarbeitende und Handelsgesellschaften *scheinbar* oder *faktisch* zusammen zu einem vertikalen Trust, so ersparen sie die Umsatzsteuer, was 3 Prozent nach dem Konsum, — also je nach den Perioden, in welche das Kapital umschlägt, 6 bis 15 Prozent des Kapitals ausmacht.*) Der Verkaufspreis wird sich aber höchstwahrscheinlich nach dem Preis richten, welcher durch Zurechnung aller Umsatzsteuern im freien Verkehr entsteht.

*

Eine Berechnung, wieviel von den vom Minister auf 80 Milliarden geschätzten neuen Steuern auf das Lohneinkommen, wieviel auf Profit, Zins und Rente entfallen wird, läßt sich nicht einmal annähernd anstellen. Schätzungen der einzelnen Steuerarten liegen nur ausnahmsweise vor. Auch wissen wir aus Erfahrung, wie unverläßlich diese Schätzungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind. Endlich liegt die Entscheidung darüber, welche Klasse eine Steuer trägt, in den Machtverhältnissen der Klassen. Wir müssen theoretisch den Lohn als eine feste Größe annehmen; aber selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit, den Verlust an der Kaufkraft des Lohnes, verursacht durch die Abwälzung der Verbrauchssteuern auf die Konsumenten, durch Lohnerhöhungen einzubringen. Inwieweit dies möglich ist, entscheiden die Machtverhältnisse der Klassen, welche

---

*) Wir lasen irgendwo, daß eine Verfügung des Gesetzes dieser Möglichkeit vorbeugen soll. Ohne den Text des Entwurfes läßt sich hierüber nichts sagen. Auch werden sicher Hintertürchen für das Kapital offen bleiben.

natürlich keine fixe Größe sind, sondern je nach der Einigkeit oder Uneinigkeit der verschiedenen Schichten der Bourgeoisie und des Proletariats, nach den internationalen Machtverhältnissen, der Konjunktur usw. sich ändern. — *Nur das eine kann festgestellt werden, daß diese Steuerreform keinesfalls die Belastung der besitzenden Klassen gebracht hat, welche von einer Steuerreform der sozialistischen Regierung — selbst innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — zu erwarten gewesen wäre!* Die volle Last der neuen Steuern trifft, der Absicht der Gesetzgeber nach, das Proletariat.

Was die zweite Hauptfrage anbelangt, ob durch diese Steuerreform ein Ausweg aus der Finanzkrise gefunden ist, können wir mit einem klaren „Nein" antworten. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß ein Land, welches heute bloß 50—60 Prozent dessen produziert, was es vor dem Kriege produzierte, aber fünfmal so hohe staatliche Ausgaben hat*), durch keinerlei *finanzielle* Reformen, sondern bloß durch eine tiefgehende Veränderung der Produktionsverhältnisse, durch eine Revolution gesunden kann, wird auch das finanzielle Gleichgewicht nicht hergestellt.

Wirth schätzt den Ertrag der neuen Steuern auf 80 Milliarden Mark. Eine detaillierte Errechnung dieser Summe liegt nicht vor. Fest steht nur, daß die Steuern, welche den Besitz oder den Profit belasten sollen, erst nach Jahren einen tatsächlichen Ertrag ergeben werden. Vorläufig stehen sie auf dem Papier. Auch ist es fraglich, ob nicht durch die Erhöhung der Umsatz- und Verbrauchs-Steuern ein starker Rückgang des Konsums eintreten wird und hierdurch der Ertrag der Steuer empfindlich herabgesetzt wird, wie dies bereits beim Zucker geschehen ist. Kurz: der Ertrag von 80 Milliarden scheint stark überschätzt zu sein!

---

*) Vor dem Krieg betrugen die staatlichen Ausgaben rund zwei Milliarden Goldmark, heute zum mindesten 150 Milliarden Papiermark — rund 10 Milliarden Goldmark.

Nehmen wir aber an, es würden tatsächlich 80 Milliarden eingehen. Wird das Problem hierdurch gelöst?

Mitnichten!

Erinnern wir uns! Die gesamten Einnahmen des Deutschen Reichs betrugen*), die laufenden Einnahmen der Eisenbahn und Post abgerechnet, im Finanzjahr 1920/21:

46 Milliarden Mark.

Hiervon gehen ab: Reichsnotopfer, welches nunmehr nicht weitergezahlt, sondern in die neue Vermögenssteuer verwandelt wird: 9,3 Milliarden; Ueberweisung vom Ertrag der Einkommensteuer an die Länder: 7 Milliarden; Ausfuhr-Abgaben, die im Wesen aufhörten: 2,2 Milliarden.

*Bleibt tatsächliche Einnahme**) für das Jahr 1920/21*

27,5 Milliarden Mark.

Hierzu die von Wirth errechneten 80 Milliarden würden bestenfalls

*107,5 Milliarden ergeben.***)*

Die Ausgaben des Reichs betrugen, ohne die 3 bis 3,5 Milliarden Goldmark Reparationszahlung

102,6 Milliarden.

Nun kommen hierzu die Reparationszahlungen, je nach der Höhe der Ausfuhr und dem Kurse der Mark 40—60 Milliarden Papiermark (wahrscheinlich noch mehr). Weiterhin die Milliarden, welche die unausbleibliche Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten und Arbeiter erfordert, um die neue Teuerung, verursacht durch die Erhöhung der Kohlensteuer, Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern, einigermaßen wettzumachen: 10—30 Milliarden Mark. Ferner jene Summe, welche die Eisenbahn, Post und alle

---

*) *Kuczynski* gibt ohne Begründung 27 720 056 000 Mark an. Wiedergutmachung, S. 54.

**) Wirtsch. und Stat. Heft 6, Seite 390.

***) Vom Mehrertrag gehen wieder einige Milliarden an die Länder ab.

staatlichen Institutionen bei ihrem Wareneinkauf werden mehr bezahlen müssen. Die drei Posten zusammen ca.

80—100 Milliarden Mark.

Es ergibt sich daher ein Fehlbetrag von mindestens 75, wahrscheinlich von 100 Milliarden Mark.

Die Regierung hat das große Problem nicht einmal halbwegs lösen können!

9. Die Agrarier im Klassenkampf.

Wie in jedem bürgerlichen Parlament teilen sich die herrschenden Klassen in verschiedene Parteien. So finden wir die deutschen Agrarier in der Deutschnationalen und in der Deutschen Volkspartei, aber auch im demokratischen Zentrum gibt es einen agrarischen Flügel. Wir glauben aber, die Meinung der Agrarier doch am besten durch die Organe der ersten Partei erkennen zu können.

Haben die Agrarier irgend ein Programm zur Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Krise Deutschlands? Nein. Sie stehen in Opposition und begnügen sich damit, auf demagogische Weise die gegenwärtige kleinbürgerlich-republikanische Regierung anzugreifen und zu verkünden, daß die Annahme des Ultimatums ein feiger Verrat gewesen sei, daß an aller Not die jüdisch-kommunistische Regierung schuld sei usw.

Versuchen wir, einen wirtschaftlichen Zug aus dieser Kampagne herauszufinden, so ist es vor allem der Kampf für die Beibehaltung der bisherigen Steuerfreiheit der Grundrente und ein scharfer Kampf gegen die steuerliche Erfassung des relativ kolossalen Wertzuwachses des landwirtschaftlichen Besitzes. Dieser Kampf richtet sich vor allem gegen die Besteuerung der „Goldwerte“.

Der Reichskanzler habe das Schlagwort vom „Goldwerte“ von den Sozialdemokraten übernommen, schreibt Helfferich:*)

*) Deutsche Tageszeitung. 25. 6. 1921.

„Er hat ihn zuletzt in Essen in einer Volksrede seinem gewerkschaftlichen Publikum in demagogischer Zubereitung vorgesetzt. Indem er *neben dem Notopfer die „Erfassung der Goldwerte"* für eine *„politische Notwendigkeit"* erklärte, schleuderte er „allen, die heute unser Volk zu spalten versuchen, *hie Proletarier und hie Besitzer von Goldwerten"*, eine fürchterliche Warnung zu, der er den mutigen Satz beifügt: „Ich will keinen Zweifel darüber lassen, welcher Gesinnung ich bin. *Mein Herz* strebt für das werktätige Volk in unserem Vaterlande."

Aus der Sprache der „Volksrede" in nüchternes Deutsch übersetzt, bedeutet seine Warnung vor der Spaltung des deutschen Volkes nichts anderes als den Versuch, diese Spaltung in das deutsche Volk *hineinzutragen*, bedeutet sein „Herz für das werktätige Volk" nichts anderes als die *Aufreizung des werktätigen Volkes gegen die „Besitzer von Goldwerten"*.

Diese „Besitzer von Goldwerten", wo sind sie? Herr Wirth gibt die Antwort: „Wollten doch alle, die heute einen festen Besitz in Händen haben, die *Goldwerte besitzen, die Produktionsmittel* besitzen, sich klar machen, was es heißt, Opfer zu bringen!" Es geht also unter dem Schlagwort der „Goldwerte" gegen die „Besitzer von *Produktionsmitteln"*. Unter neuer Parole wird der alte *marxistische Klassenkampf von einem Zentrumsreichskanzler* proklamiert. Nicht einmal in besserer Form, als wir es von den Sozialdemokraten gewohnt sind! Denn Herr Dr. Wirth konnte es sich in Essen nicht versagen, bei der Proklamation seines Klassenkampfes auf „die, die mit den großen Brillanten in den Badeorten spazieren gehen", mit dem Finger hinzuweisen, als seien das die „Besitzer von Goldwerten", gegen die es gilt, die Massen zu führen.

Es ist an der Zeit, daß mit dem *agitatorischen Schwindel der „Goldwerte"* gründlich aufgeräumt wird . . . . Als *„Goldwerte"* können, wenn man sachlich bleiben will, nicht etwa die „Produktionsmittel" bezeichnet werden, sondern nur diejenigen Werte, die trotz der Entwertung unseres

Papiergeldes ihren ursprünglichen Wert in Gold behalten haben. Wo sind heute diese Werte bei uns in Deutschland?

Herr Dr. Wirth bewegt sich bis jetzt noch in Andeutungen. Das *Reichswirtschaftsministerium* ist in seiner Denkschrift, die offenbar sehr gegen den Willen des Reichskabinetts das Licht der Welt erblickt hat, deutlicher. Es nennt das Kind beim Namen: *„Goldwerte sind der ländliche und städtische Grundbesitz und die in industriellen und kaufmännischen Unternehmungen angelegten Kapitalien."*

Herr Helfferich beweist nunmehr, daß der Preis des Grundbesitzes nicht auf das 15fache gestiegen sei, beweist, daß die Hektarerträge zurückgegangen sind, tischt nochmals die Berechnung der Erhöhung der Produktionskosten (natürlich in Papiermark) auf; endlich beweist er, daß der Preis des Bodens eigentlich gar nicht gestiegen sei. „Ich verweise für die Beurteilung dieser wichtigen Frage auf die sehr interessanten Aufsätze, die Dr. *W. Rothkegel,* der Leiter der Taxwissenschaftlichen Abteilung der Kur- und Neumärkischen Ritterschaft . . (eine feine, unparteiische, wissenschaftliche Quelle!) in der „Deutschen Landwirtschaftlichen Zeitung" vom 2. und 6. April d. J. veröffentlicht hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das normale Wertverhältnis in dem die einzelnen Gutsbestandteile zueinander stehen, sich seit dem Jahre 1914 in folgender Weise verschoben hat:

	1914	1921
Grund und Boden . . .	59 %	22,4 %
Gebäude	26 %	18 %
Lebendes Inventar . . .	11 %	47,6 %
Totes Inventar	4 %	12 %

Daraus ergibt sich, daß der *Anteil des Wertes des Bodens selbst,* der früher rund *60 Prozent des Gutswertes* ausmachte, heute nicht viel mehr als *22 Prozent des Gutswertes* beträgt, daß der *Wert der Gebäude,* der früher *26 Prozent* betrug, auf *18 Prozent* zurückgegangen ist, daß da-

gegen der Anteil des Wertes des *lebenden und toten Inventars* von *15 Prozent* auf rund *60 Prozent* gestiegen ist.

Wenn also, in Papiergeld ausgedrückt, der Wert der Grundstücke eine gewisse Steigerung erfahren hat, so kommt diese scheinbare Wertsteigerung *so gut wie ausschließlich auf das lebende und tote Inventar. Der Boden selbst* hat auch in dieser scheinbaren Wertsteigerung entweder *überhaupt nicht oder nur in ganz bescheidenem Maße teilgenommen.* Herr Dr. Wirth aber erklärt im Bunde mit den Sozialdemokraten des Reichswirtschaftsministeriums den Grund und Boden für einen „*Goldwert*".

Herr Helfferich versteht die Demagogie. Aus einer relativen Verschiebung in der Bewertung der Teile schließt er, daß der Boden selbst im Werte nicht gestiegen sei, als wenn es für das verarmte deutsche Volk nicht alles eins wäre, ob die Herren Großgrundbesitzer ihren Zuwachs an Vermögen in dieser oder jener Naturalform besitzen.

„*Der Vorschlag des Reichswirtschaftsministers an das Reichskabinett* — schließt Helfferich —, der den landwirtschaftlichen Grundbesitz als „Goldwert" behandeln will, kommt bekanntlich auf nichts anderes hinaus, als auf eine *neue hypothekarische Belastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Höhe von 300 Prozent des Wehrbeitragswertes.*" Da für diese Herren Grund und Boden gleich Gold ist, multiplizieren sie den Friedenswert der Grundstücke mit 15, um seinen heutigen Wert in Papiergeld zu „berechnen". Der so konstruierte fiktive Grundstückswert wird mit einer *erststelligen Hypothek von 20 Prozent* belastet, was *300 Prozent des Friedenswertes ergibt.* Eine erststellige Belastung in dieser Höhe bedeutet, wie ich mir bereits bei einer früheren Gelegenheit an dieser Stelle erlaubt habe auszuführen, *eine entschädigungslose Enteignung nicht nur der Grundbesitzer, sondern auch der Hypothekengläubiger und Pfandbriefbesitzer.*

Das Schlagwort der „*Goldwerte*" bringt also in seiner Anwendung auf den landwirtschaftlichen Grundbesitz nichts

anderes, als die *radikale Durchführung des sozialistischen, ja des kommunistischen Programms.*"

Die Agrarier nennen jeden, der an ihre Steuerprivilegien zu rühren versucht, einen Kommunisten!

In einem zweiten Artikel nimmt Herr Helfferich ebenso demagogisch das städtische Grundeigentum, aber auch das industrielle Kapital in Schutz. Letzteres lassen wir für ein späteres Kapitel. Und Herr Helfferich kommt zu dem Schlusse, *der Goldwert sei eigentlich die Arbeitskraft!*

„Auch bei den Arbeitslöhnen ist die Angleichung an die Geldentwertung allerdings noch keine vollständige. Aber sie ist hier weit stärker und nachhaltiger als bei allen anderen Einkommenszweigen. *Wenn irgend etwas in Deutschland heute „Goldwert" ist, dann ist es die Arbeitskraft, am allermeisten die rein körperliche, ungelernte Arbeitskraft.*"

Wie aber die zum großen Teil durch seine verfehlte Finanzierung des Krieges entstandene Krise gelöst werden soll, darauf gibt Helfferich keine Antwort. Wenn wir das Schlagwort: Ablehnung des Ultimatums, und was daraus gefolgt wäre: Besetzung, neuer Krieg, neue Niederlage, nicht als einen positiven Lösungsvorschlag betrachten wollen . . .



Aber nicht immer wird das mobile Kapital so schonend behandelt wie von Herrn Helfferich, der doch Direktor der Deutschen Bank war. — In einem Leitartikel der „Deutschen Zeitung" vom 10. August 1921 wird scharf gegen das mobile Kapital großgezogen:

„Was hat es für einen Zweck, sich etwas auf Gerechtigkeit zugute zu tun, wenn man die Sachwerte hinsichtlich der steuerlichen Behandlung dem reinen Kapitalvermögen gleichsetzt. Das hört sich theoretisch sehr schön und gerecht an, es führt aber in der Praxis sofort zu Ungerechtigkeiten. Jedermann weiß, daß das mobile Kapital ganz andere Möglichkeiten hat, sich der Besteuerung zu entziehen, als das immobile. Was im Grundbuch schwarz auf weiß zu lesen ist, das läßt sich nicht ver-

stecken. Was im Safe in- oder ausländischer Banken liegt, das ist sehr viel schwerer zu kontrollieren. Wenn es in dem Regierungskommentar heißt: „Jede Begünstigung des werbenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden", so ist diese Absicht nicht nur ein Beweis für den volkswirtschaftlichen Unverstand ihrer Eigentümer, sondern sie involviert zugleich faktisch eine *Benachteiligung* dieser Vermögensarten gegenüber dem mobilen Kapital in jenen Teilen, die sozial und wirtschaftlich am unerfreulichsten sind. Was nach Gerechtigkeit aussieht, wird tatsächlich zur Ungerechtigkeit, wird es vollends, wenn auch noch der *gemeine Wert* der Wertermittelung zugrunde gelegt wird, ein Begriff also, der unter den heutigen Verhältnissen überhaupt kein feststehender ist, und der jedenfalls die konfiskatorische, eigentumsverletzende Wirkung der neuen Steuern für den Besitzer von Immobilien potenziert.

Den Begriff der steuerlichen Gerechtigkeit sollte eine Regierung nicht in den Mund nehmen, die sich doch tatsächlich bei ihren Finanzmaßnahmen nach solchen Dingen überhaupt nicht richten kann, sondern die infolge des Zwangs zur „Erfüllung" *nehmen muß, wo immer etwas zu nehmen ist,* selbst wenn dabei die ganze Wirtschaft vor die Hunde geht und die milchende Kuh der nationalen Produktion geschlachtet — geschächtet natürlich — wird."

Wir sehen: das unlösbare Steuerproblem bringt alle *verhüllten Gegensätze innerhalb der herrschenden Klassen zum Vorschein!* —

In ähnlichen Gedankengängen bewegen sich die öffentlichen Kundgebungen der Grundbesitzer. So sagte z. B. Gutsbesitzer *Hilger,* Vorsitzender des *Reichslandbundes,* auf der Delegiertenversammlung des „Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz" am 30. Juli 1921:

„Es sei eine gefährliche Demagogie, das Volk zu trennen durch das Schlagwort: Hie Besitz — hie Nicht-

besitz. Hätte man den Achtstundentag in der Landwirtschaft durchgeführt, so wären die Arbeiter in den Städten verhungert. Bei der Durchführung dieser Steuerpläne würde der deutsche Bauer, Arbeiter und Angestellte vor allem für den fremden Zwangshypotheken-Inhaber arbeiten müssen. *Der Bauer wolle an Steuern tragen, was er aus dem Ertrage decken kann. Eine Zwangshypothek lehne er unter allen Umständen und mit allen Mitteln ab. Eine Zwangshypothek bedeute die Verpfändung und Auslieferung des deutschen Grund und Bodens in Stadt und Land an das Ausland.* Die Parteiwirtschaft könne nicht helfen, es gelte die Gewerkschaft aller Schaffenden zu gründen, die nicht die anderen Teile des Volkes beherrschen will, sondern sich mit diesen gleichberechtigt an den Verhandlungstisch setzt."

Was aber die Agrarier unter dem Ausdruck: „*mit allen Mitteln*" verstehen, wird beleuchtet durch das bekannte Dokument über die geheime Vorbereitung des Lieferungsstreiks durch eben diesen Reichslandbund. Es lautet:

Dir. W. / Str. 2996 / 21.
Reichslandbund.

Berlin SW. 11, den 29. Juli 1921.

An die Hauptgeschäftsstelle des Reichs-Landbundes!

Die durch die fruchtlosen Versuche der Regierung, den Verpflichtungen aus dem unerfüllbaren Ultimatum nachzukommen, hervorgerufenen neuen Steuerpläne haben eine ganz außerordentliche Erregung in das Land getragen. Kundgebungen, Entschließungen, Eingaben, Presseerörterungen usw. in allen Landesteilen sind die natürlichen Folgen gewesen. Die Gefährlichkeit der einzelnen Pläne der Regierung hat aber zu der Erkenntnis geführt, daß diese Tätigkeit als Abwehr gegen die Regierungsabsichten nicht genügt. Die Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft (!) hat daher weite Kreise des Landvolkes veranlaßt, auch alle sonstigen Schritte zu erwägen, die ge-

eignet sein könnten, die Regierung zur Aufgabe aller produktionszerstörenden Steuerpläne zu veranlassen.

Unter Berücksichtigung dieser Zustände ist u. a. der Brandenburgische Landbund zu der Erwägung des Lieferungsstreiks gekommen. Der ungeheure Ernst der Lage läßt es uns als notwendig erscheinen, den angeschlossenen Verbänden von diesen Beratungen des Brandenburgischen Landbundes Kenntnis zu geben und in der Anlage einige der vom Brandenburgischen Landbund für einen eventuellen Lieferungsstreik aufgestellten Hauptgesichtspunkte zur Kenntnisnahme beizufügen. Wir sind der Meinung, daß, abgesehen von allem anderen, zum Schutze der Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gegenüber den Vernichtungsplänen der Vollzugsorgane des feindlichen Auslandes alle im Rahmen der Gesetze liegenden Abwehrmaßnahmen erwogen werden müssen, darunter auch als letzte der *landwirtschaftliche Lieferungsstreik.*

Es ist alles daranzusetzen, daß es der Tätigkeit und Einmütigkeit der deutschen Landvolks gelingt, Regierung und gesetzgebende Körperschaften von der Unmöglichkeit der Durchführung ihrer Steuerpläne zu überzeugen.

Reichsbund, gez. von Woedtke.

Anweisungen zum Lieferungsstreik.

Darin heißt es:

Notwendigkeit: Ablieferungsstreik, schwerste, wirksamste Waffe der Landwirtschaft. Anwendung nur im äußersten Notfalle (bei Maßnahmen, die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft abschneiden).

Vorbereitung: ist im einzelnen in jedem Kreise so fertigzustellen, daß der Streik erforderlichenfalls sofort einsetzen kann.

Worauf erstreckt sich der Streik? grundsätzlich auf alle landwirtschaftlichen Produkte. *Am wirksamsten Milchstreik,* der vom ersten Tag an restlos erzwungen werden muß.

Organisation: Wirtschaftliche Vertretung der Landwirtschaft (Landbund) beschließt den Streik.

1. Streikleitung in jedem Kreise oberstes Organ, verantwortlich für Vorbereitung und Durchführung. Zusammengesetzt aus vier Personen (anerkannt führende Persönlichkeiten der Landwirtschaft aus Landbund usw. Einer von ihnen Obmann). In jedem Bezirk Streikausschuß (zwei angesehene Landwirte). Ihnen beigegeben Kontrollkommission in jedem Bezirk (vier *handfeste*, energische Männer). Kontrollkommission erzwingt Durchführung. In jedem Orte Streikobmann mit Streikpostentrupp, der Durchführung kontrolliert und nötigenfalls erzwingt.

2. *Nachrichten-Uebermittlung:* Strahlenförmig von Streikleitung über Streikausschuß an Streikobmann durch Radfahrer, Reiter, Läufer.

3. *Sperrmaßnahmen:* Jeder Kreis ist zunächst an Kreisgrenze durch Streikposten abzusperren. Keinerlei landwirtschaftliche Erzeugnisse hinauslassen. Bahnhöfe absperren gegen jede Lieferung aus Kreis. Zugkontrolle auf Durchgangsstationen. Wagen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen anhalten. Sonst keine Störung des Bahnverkehrs. Bewachung und Absperrung von Kornhäusern, Mühlen, Produktenlagern.

4. Alle Städte im Kreis zunächst absperren, bis ihre Solidarität mit Landwirtschaft gesichert. Dann reichliche Belieferung an ein zuverlässiges Komitee in der Stadt. Milch darf nur an die von der Streikleitung genehmigten Molkereien geliefert werden, die für Aufarbeitung sorgen. Körnerfrüchte . . . (verstümmelt). Fortführung der Wirtschaft: wenn Landarbeiter Streik sabotieren, Durchkreuzung ihrer Tätigkeit durch Besitzer. Nötigenfalls Zuweisung von Hilfe durch die Streikleitung. Lohnzahlung: soweit möglich, muß Besitzer in kritischer Zeit zwei Lohnraten flüssig halten. Bei längerer Streikdauer Lohnzahlung in Naturalien (reichlich). Langfristige Lieferungsverträge mit bestimmten Abnahmeterminen vermeiden. Streik

bezw. Zwang zum Streik durch Berufsgenossen ist höhere Gewalt und hebt Vertrag auf.

5. *Fürsorge für Vorräte:* Strengste Vorsorge, damit durch Streik nichts verdirbt. Schnellste Belieferung für den Fall der Streikbeendigung sicherstellen. Vorteilhafte Abschlüsse bezw. Lieferung, um den Landwirt für den während des Streiks entgangenen Verdienst zu entschädigen.

6. *Aufhebung des Streiks:* Nur durch die Streikleitung auf Anordnung der Provinz, vorheriges Ausbrechen einzelner durch Zwang verhindern."

Wir sehen: eine ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze, eine offene Klassenkampfstellung der Agrarier als Folge der Unlösbarkeit der Finanzkrise Deutschlands, aber kein Weg zur Entwirrung.

10. Die Ohnmacht der Bourgeoisie

Die deutsche Bourgeoisie steht dem Problem, wie man aus einem Volkseinkommen von 140 Milliarden mehr als 150, vielleicht 200 Milliarden an staatlichen Ausgaben aufbringen soll, absolut ohnmächtig gegenüber. Auch ist ihre Haltung durchaus nicht einheitlich. Der äußerste rechte Flügel, den wohl Herr *Helfferich* oder das Münchener Stinnesblatt am besten repräsentieren, stellt sich der Frage gegenüber demagogisch-politisch ein. Die Mittellinie nehmen wohl *Gothein* im „Berliner Tageblatt" und *Lansburgh* in der „Bank" ein, die vor allem das Interesse des industriellen und Bankkapitals vertreten. Auf dem linken Flügel, schon zum Teil die Ansichten der „freien Berufe" vertretend, steht die „Frankfurter Zeitung". Aber alle tappen im Dunkeln herum, wissen keinen Ausweg. Und absolut versagt hat auch die Leuchte der deutschen Bourgeoisie, Herr *Rathenau*, der von den einstigen großzügigen Organisations- und Wiederaufbaupläne zu diesem Misch-Masch von fünfzehn unzusammenhängenden Steuer-Entwürfen herabgekommen ist.

Auf der äußersten Rechten steht nun Herr Helfferich. Er schreibt in der „Deutschen Tagesztg." v. 26. Juni 1921:

„Ich habe am letzten Freitag im Reichstag der über die „hohen Dividenden" tobenden Linken die Gestaltung dieser Verhältnisse im *Ruhr-Kohlen-Bergbau* entgegengehalten. Dort entfiel von dem Gesamtaufkommen Arbeitslöhne plus Ausbeuten und Dividenden auf den letzten Faktor, also auf das im Bergbau investierte Kapital:

im Jahre 1913 ein Anteil von 14,66 Prozent,
im Jahre 1920 ein Anteil von 3,4 Prozent."

Wer die ungeheuren Gewinne der Kohlenbergwerke kennt,*) über welche die kapitalistische „Frankfurter Zeitung"**) sich dahin äußerte: *„Die Gesellschaften haben zum großen Teil offenbar Mühe, den Gewinnüberfluß bei der Rechnungslegung nicht allzu deutlich in Erscheinung treten zu lassen"*, wird sich verwundert fragen, wie und wieso Helfferich derartige Zahlen zusammenbringen könnte. Und doch liegt hier ein einfacher Schwindel vor. Helfferich berechnet den Dividendenanteil nicht wie jedermann nach dem Kapital, sondern nach den „Brutto-Auslagen"! Die Brutto - Auslagen sind natürlich infolge der Teuerung im Verhältnis zur Dividende angeschwollen; aber das hat ja nicht das Geringste damit zu tun, wie hoch die Dividenden, auf das Kapital bezogen, sind. Und darum handelt es sich doch. Und auf diese Weise kommt Herr Helfferich zu dem verblüffenden Schlusse, daß eigentlich Goldwert — die Arbeitskraft sei! Dieser Flügel der Bourgeoisie stellt sich in der Steuerfrage rein politisch ein: er versucht statt durch die kleinbürgerliche, schwache Bourgeoisieregierung durch eine offene Diktatur des Großgrundbesitzes, Großkapitals und Militärs zu herrschen.

Wenn wir aber die anderen Schichten der deutschen Bourgeoisie nehmen, so ist es fast unmöglich herauszu-

*) Siehe das große Tatsachenmaterial, welches die Verhandlungen in der Sozialisierungskommission zu Tage förderten!

**) 9. IX. 1921.

schälen, was für eine Stellung sie eigentlich dem Finanzproblem gegenüber einnehmen. Ziemlich konsequent vertritt noch *Gothein* den Standpunkt — freilich einen kurzsichtigen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen undurchführbaren — des industriellen Kapitals. Er war es, der in der Presse und, wie es scheint, mit vollem Erfolg auch bei der Regierung die Verdoppelung der Umsatzsteuer forderte. — Er verwahrte sich dagegen, daß man durch irgendwelche Maßnahmen verhindere, daß durch Zusammenschlüsse Kapitalistengruppen die Umsatzsteuer im Preise der Waren für sich selbst, nicht für den Staat einkassieren können.

„*Aber wird denn* . . . (die Umsatzsteuer) . . . *der Reichskasse die allseitig als notwendig anerkannten Mehreinnahmen bringen? Herr Oskar Tietz*, der geistige Vater der jetzigen Umsatzsteuer, meint, „daß die möglichst größte Einnahme nur dann gewährleistet ist, wenn die Steuer in einzelnen Teilbeträgen auf möglichst viele tragbare Schultern gelegt wird." Gerade mein Vorschlag *legt sie auf die denkbar größte Zahl tragbarer Schultern, auf das kaufende Publikum;* es macht nicht mehr den Produzenten oder Veräußerer zum Steuerträger, nimmt diesem das Interesse daran, möglichst wenig Steuern zu zahlen, und macht ihn zum tantiemeberechtigten Steuererheber, der sogar ein Interesse an einer hohen Steuer hat. „Der Anreiz, die Steuer nicht abzuführen und den Preisunterschied als Mittel zum Wettbewerb auszunützen, wird, weil allzu gefährlich, sehr gering sein; er könnte nur allzu leicht zu Erpressungen gegen den benutzt werden, der eine so bedenkliche Bahn einschlägt." *)

Er ist es ferner, der sich in demagogischer Weise mit falschen Zahlenangaben gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer wendet. Er behauptet, die Erbschaftssteuer betrage selbst bei Gatten- und Kindeserbe bis zu 75 Prozent („Nationalzeitung", 7. Januar 1921). Er berechnet,

*) Berliner Tageblatt, 20. Juni 1921.

daß die Vermögenssteuer mehr als den ganzen Ertrag der Aktien wegnehmen wird („Berliner Tageblatt", 31. Juli 1921). Und er verwahrt sich gegen die Wertzuwachssteuer!

„In Zeiten sinkender Valuta ist jede Besteuerung des Vermögenszuwachses ein Unding. Sie wirkt kapitalvernichtend in einer Zeit, wo das Kapital volkswirtschaftlich dringend notwendig gebraucht wird. Sie muß aber auch den *Sparsinn ertöten.* Was hat es denn noch für einen Zweck, zu sparen, wenn das Zurückgelegte immer wieder konfisziert wird?

Die Finanzsachverständigenkonferenz in Brüssel hat seinerzeit einmütig anerkannt, daß die *direkten Steuern* in Deutschland bereits *in einer Weise angezogen seien, die eine Gefahr für seine wirtschaftliche Entwicklung und für die Nachhaltigkeit seiner finanziellen Leistungsfähigkeit sei.* Dessen wird die Reichsregierung bei ihren Finanzvorlagen eingedenk sein müssen! Die Aufgabe wird sein müssen, *die Steuern, soweit als irgend möglich, an der Einkommensquelle zu erfassen, um den Schiebern das Handwerk zu legen und die in ausländischer Hand befindlichen deutschen Vermögenswerte heranzuziehen.* Im übrigen wird es sich vielleicht empfehlen, *das Reichsnotopfer zu einer Vermögenssteuer umzubauen. Leitender Gesichtspunkt muß dabei aber sein, das Kapital nicht wegzusteuern, seine Neubildung nicht zu verhindern.*"*)

Es ist der flach-kapitalistische Standpunkt, welcher, ohne das ganze Problem der Finanzkrise ins Auge zu fassen, einfach das Kapital schützt. Von einer Idee eines Lösungsversuches keine Spur. —

Betrachten wir die anderen Aeußerungen der Bourgeoisie, so dreht es sich immer um die Erfassung der Sachvermögen. Einer Wegsteuerung in der Naturalform steht die ganze Bourgeoisie geschlossen gegenüber. Dagegen einer Heranziehung in jener Form, daß der Staat in der

*) Berliner Tageblatt, 31. Juli 1921.

Form der Eintragung einer Hypothek oder durch Abgabe von Aktien an dem Vermögen beteiligt werde, wird weniger Widerstand entgegengebracht. Für die Bourgeoisie handelt es sich vor allem darum, die unbeschränkte Verfügung über die Produktionsmittel zu behalten. Klar ist das in folgenden Sätzen ausgesprochen:*)

„*Wirtschaftlich zweckmäßiger* ist der einmalige Zugriff als die laufende Besteuerung. Da nämlich die Vermögensbesteuerung so hoch sein wird, daß sie aus dem Einkommen nicht mehr bezahlt werden kann, so würde jedesmal, wenn die Steuer zu entrichten ist, eine Veräußerung von Vermögensbeständen einsetzen, die ihren Besitzern die allerschwersten wirtschaftlichen Schäden bringt. Denn diese Veräußerung hängt in ihrem Ertrage von der jeweiligen Marktlage ab. Massenhafte Veräußerungen aber würden selbst eine günstige Marktlage verderben. Da man wüßte, daß die Besitzer Vermögenswerte veräußern *müssen*, so würden diese Schwierigkeiten von der Spekulation ausgenutzt werden. Es würden viel größere Vermögenseinbußen entstehen, als durch die Steuer selber verlangt und gerechtfertigt wären, und es würde eine Vermögensverschiebung zugunsten der Kapital- und Kreditkräftigsten und zuungunsten der Kapitalschwachen, zugunsten der Besitzer *marktgängiger* Werte und zuungunsten der Besitzer *weniger marktgängiger* Werte vor sich gehen. *Dazu würde nun die laufende Vermögensbesteuerung den Betrieben periodisch Kapital entziehen. Der einmalige Zugriff aber entzieht Kapital solange nicht, als die Steuer durch Aktien- und Hypothekenhingabe entrichtet werden kann. Nur der Besitz des Kapitals wandert aus der Hand der Eigentümer in die Hand des Staates, nicht aber die Verfügung über das Kapital.*"

Die anderen mehr linksstehenden kapitalistischen Blätter sind für eine stärkere Besteuerung des Besitzes. So schrieb die „Kölnische Zeitung" in der Steuervorlage:

*) Berliner Tageblatt, 27. Juli 1921.

„Die Tat muß folgen. *Die Partei des Besitzes muß anerkennen, daß der Besitz verpflichtet,* sie muß in Gegenvorschlägen zu dem Wirthschen Steuerprogramm, das sie wegen seiner *Ordnungslosigkeit* verwirft, aufs klarste den Beweis erbringen, daß der Besitz bereit ist, zu opfern und zu steuern, bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. *Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht zwischen Worten und Wirklichkeit ein Widersinn klafft,* der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentrinnbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem verschwenderischen Aufwand weiter Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstandes, ein Gegensatz sich aufgetan hat, der *unerträglich ist. Die Spekulations- und Spielwut,* die im Volke eingerissen ist, macht uns zum Gespött des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umfließenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich zur Ablieferung von Auslandsdevisen auf, deren sie zur Bezahlung der Kriegsschulden so dringend benötigt. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schulden nicht bezahlen können, *ohne unser Nationalvermögen* dazu in Anspruch zu nehmen; *wie weit das durch Erfassung des Gewinns aus den Gold- und Sachwerten, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslands preiszugeben, wird ernstlich ins Auge zu fassen sein.* Daß alle Schichten des Volkes nach dem Verhältnis ihrer Kraft an der Last, die auf uns liegt, in gleichem Maße zu tragen haben, ist selbstverständlich; *zu warnen* aber wäre vor einem Verfahren, das etwa den Verzicht der Arbeiterschaft auf verfassungsrechtliche Zugeständnisse wie den *Achtstundentag* in die Rechnung einsetzen möchte."

Aehnlich stellt sich die Frankfurter Zeitung ein.

Umsonst suchen wir aber nach einem Plan der Bourgeoisie zur Lösung der Finanzkrise. Ja, der Ausgangspunkt zur richtigen Beurteilung, die Feststellung, daß die Finanzkrise des Reichs nur die Widerspiegelung der Krise der Wirtschaft ist, scheint bei den führenden Köpfen der deutschen Bourgeoisie zu fehlen. Die deutsche Bourgeoisie fürchtet sich, dem Problem ins Auge zu schauen. Sie fürchtet sich davor, daß die Wirtschafts- und Finanzkrise entweder zur Herrschaft der Soldateska oder zur Diktatur des Proletariats führen werde. Der fromme Wunsch nach der friedlichen Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ist klassisch formuliert in dem Steuerideal Lansburghs:*)

„Die besten Steuern sind immer diejenigen, die an sichtbaren, leicht zu kontrollierenden Stellen eingetrieben werden und sich von hier aus im Wege der Ueberwälzung auf die Gesamtheit der Bevölkerung verteilen, so daß sie mehr in die Breite als in die Tiefe wirken und die *ökonomische wie soziale Struktur des Volksganzen unangetastet lassen.*"

Wir müssen feststellen: *der einzige, der wenigstens eine Idee zur Lösung der Krise innerhalb des Kapitalismus hat, ist der Sozialdemokrat Parvus! Er will die deutsche Bourgeoisie retten, indem er ganz Deutschland erst an Stinnes, dann an die Ententebourgeoisie verschachert!*

11. Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie.

Die Rolle der Sozialdemokraten in den letzten Jahren war: die Bourgeoisie in jeder gefährlichen Situation dem Proletariat gegenüber zu decken. Sie taten es am 4. August und während des ganzen Krieges. Als der Zusammenbruch kam, nahmen sie an der Regierung teil, unterschrieben den Waffenstillstand, halfen die revolutionäre Bewegung in Blut zu ersticken. Dann wurden sie hinausgeworfen. Aber das Ultimatum brachte die Bourgeoisie von neuem in eine

*) „Die Bank", 15. August 1921, S. 1.

schwere Situation: die Sozialdemokraten wurden wieder gerufen: sie nahmen die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums auf sich, zur größten Freude Helfferichs und seiner reaktionären Genossen, die hierdurch in der Pose des nationalen Heldentums weiterschwindeln konnten.

Zur Erfüllung des Ultimatums sollten dem deutschen Proletariat neue schwere Lasten auferlegt werden. Her mit den Sozialdemokraten! Unter ihrem Schutze wagte es die Bourgeoisie, mit einer Steuerreform hervorzutreten, welche selbst die bürgerliche „Frankfurter Zeitung" für zu reaktionär fand; eine Steuerreform, die von dem Proletariat Deutschlands ohne weiteres hinweggefegt worden wäre, wenn nicht Millionen deutscher Arbeiter durch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Disziplin vom Kampfe abgehalten würden. Vor dem Proletariat trägt einzig und allein die Sozialdemokratie die Verantwortung. Die Tatsache, daß die Reform das Werk einer Koalitionsregierung ist, kann hieran nichts ändern. Ebensowenig die Vertröstung, „daß sich die Regierung mit der Möglichkeit einer anderweitigen Erfassung der Sachwerte beschäftige".

Der sozialdemokratischen Presse fällt nun die Aufgabe zu, diese Ausraubung des Proletariats den Arbeitern mundgerecht zu machen. Eine schwere Aufgabe. Offen auf die Seite des Besitzes kann sich die Presse nicht stellen: man kann doch nicht wissen, wann man wieder in die Opposition gedrängt wird. Auch muß man das Vertrauen der Massen behalten, sonst verliert die Führerschaft vor der Bourgeoisie jeden Wert. Offen angreifen, den Kampf ansagen, geht auch nicht; die Bourgeoisie könnte den unausbleiblichen Fußtritt um einige Monate früher verabreichen. Und überhaupt: Kämpfen ist nicht die Sache des sozialdemokratischen Führerklüngels. Er schwört ja den Klassenkampf überhaupt ab.*) Also heißt es, den Pelz zu waschen, ohne daß er naß wird.

*) Siehe ihren neuen Programmentwurf und die Artikel Cunows in der „Neuen Zeit" darüber.

Am 26. August brachte der „Vorwärts" einen Artikel mit der großen Aufschrift: *„Erdrückende Verbrauchssteuern"*. Es wird darin berechnet, daß allein die Umsatzsteuer „jeden Deutschen" im Durchschnitt mit jährlich 360 bis 400 Mark belasten wird. Aber wurde dieselbe abgelehnt, wird dagegen ein Kampf angesagt? Keinesfalls! Viel zahmer als in vielen bürgerlichen Blättern hieß es:

„Es versteht sich von selbst, daß so eine ungeheure Belastung des Verbrauchs keinesfalls hingenommen werden kann, wenn nicht auch der Besitz zu seinem Teil, erheblich stärker, als bisher vorgesehen ist, zur Steuer herangezogen wird."

Und etwas später, nachdem die anderen Verbrauchssteuern behandelt sind:

„Soweit die Verbrauchssteuern. Nur ein kleiner Teil von ihnen ist derart, daß man ihn aus volkswirtschaftlichen Gründen willkommen heißen kann. Andere wird man mitnehmen müssen, obwohl sie auch eine Belastung breiter Bevölkerungsmassen darstellen, die man lieber vermeiden möchte, wenn man sie durch andere Einnahmen ersetzen könnte. Das wird aber nicht möglich sein, da das gesamte Steuerbukett noch *längst nicht die Wiedergutmachungsschulden* und das Reichsdefizit *deckt*. Am drückendsten aber ist die Erhöhung der Umsatzsteuer, die in dieser Form keinesfalls wird hingenommen werden können, wenn nicht durch hohe Besitzsteuern dafür gesorgt wird, daß auch das Kapital seinen Teil an der Wiedergutmachung zu tragen hat."

Keine Ablehnung, sondern eine behutsame Entschuldigung, „diese Steuern könnten nicht hingenommen werden", wenn nicht auch das Kapital „seinen Teil" beiträgt. Seinen Teil wird wohl das Kapital beitragen; aber dieser Teil wird sehr klein. —

Einen Tag später gibt der „Vorwärts" wieder mit dem *fetten* Titel: „Unzulängliche Besitzsteuern" eine ganz richtige Darstellung der Unzulänglichkeit der neuen Besitzsteuern. Er faßt sein Urteil folgendermaßen zusammen:

„Die Besitzsteuern sind also: 1. eine *Vermögenssteuer*, die nicht vom Vermögen bezahlt wird, 2. eine *Vermögenszuwachssteuer*, die für die nächsten Jahre gar nicht erhoben wird, und 3. eine *Vermögensabgabe aus der Nachkriegszeit*, für die kein besseres Ergebnis zu erwarten ist als für die Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs. Die Sätze dieser Abgabe sind geringer, aber auch für ihre Eintreibung bestehen die gleichen Schwierigkeiten wie für die früheren Abgaben.

Daß diese Steuern *kein Gegengewicht für die ungeheueren Verbrauchssteuern* sind, sondern diese vielleicht sogar noch in ihrer Wirkung erhöhen, steht außer Zweifel."

Und die Folgerung? Etwa ein Aufruf an das Proletariat zum Kampfe gegen die neuen Steuern? Gott behüte!

„Diese Steuern durch eine wirkliche Erfassung der Goldwerte zu ersetzen, wird Aufgabe unserer Genossen im Parlament und in der Regierung sein. Anderenfalls ist auch das Bukett der indirekten Steuern unannehmbar.

Die neuen Vorlagen beweisen, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrem Standpunkt gehabt hat, als sie indirekte Steuern *nicht eher* bewilligen wollte, ehe das ganze Steuerbukett vorlag."

Wir wollen als Grundzug dieser Stellungnahme hervorheben: Die S. P. D. ist *nicht gegen die Erhöhung der Verbrauchssteuern, nicht gegen die Erhöhung der Zölle, nicht gegen die Verdoppelung der Umsatzsteuer, nicht gegen die Kohlensteuer: sie hat überhaupt keine Einwendung gegen die ungeheuere neue Belastung des Proletariats!* Die S. P. D. hat nur den Wunsch, daß der Besitz ebenfalls stärker besteuert werde; eine Forderung, welche selbst ausgesprochene kapitalistische Organe, wie die „Kölnische" und die „Frankfurter" aufstellen.

Wie stellt sich nun das im Lager der S. P. D. organisierte Proletariat zu dieser Frage?

Da ist es klar: je näher eine S. P. D. - Organisation zu den Massen der Arbeiter selbst steht, desto schärfer ver-

sucht dieselbe, gegen diesen offenkundigen Verrat der Interessen des Proletariats zu protestieren. In einer ganzen Reihe von Bezirkskonferenzen wurden Resolutionen gegen die geplanten neuen Steuern und für die stärkere Belastung des Vermögens angenommen. Aber der Einfluß der Parteibürokratie reicht sehr tief hinunter und die meisten Resolutionen fordern ebenfalls bloß eine stärkere Besteuerung des Besitzes und protestieren nicht gegen die Neubelastung des Proletariats; ja, manche Resolutionen sprechen sogar die Bereitwilligkeit aus, Opfer zu bringen! So wurde z. B. auf dem Bezirkstag der Provinz Brandenburg erklärt:

„Um diesen auch im Interesse der Arbeiter liegenden Aufgaben zu genügen, ist die *Sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen.* Aber sie muß fordern, daß zuvor die besitzenden Klassen in besonders einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, so daß die Steuerverpflichtungen des Besitzes der künftigen Steuerreform den Stempel aufdrücken . . .

Daher muß die Zustimmung zu dem Finanzprogramm der Regierung davon abhängig gemacht werden, daß es *neben den unerläßlichen steuerlichen Belastungen* eine scharfe Erfassung der Goldwerte aller Kapitalbesitzer vorsieht."

Unter den Beschlußanträgen, die zum Görlitzer Parteitag der S. P. D. eingereicht wurden, finden sich etliche, die schärfer gegen die Belastung des Proletariats Stellung nehmen. Z. B.

Dortmund. Der Bezirksparteitag für das westliche Westfalen erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Bezirksparteitag wünscht im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Neuwahl des Reichstages.

Durch Befragung des Volkes soll klargestellt werden, welche Steuern das deutsche Volk tragen kann.

Stuttgart. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bezw. Verbrauchssteuern müssen solange abgelehnt werden, bis alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

Aachen. Der Parteitag ersucht die Fraktion, bei der Beratung der neuen Steuern alles daran zu setzen, damit die unteren Schichten des Volkes vor neuen steuerlichen Belastungen verschont werden. In der Hauptsache soll die Fraktion ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die neuen Steuern restlos von den besitzenden Ständen getragen werden.

Leipzig. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die vom Reichsminister beabsichtigten *neuen Steuern, soweit sie indirekte sind und auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden sollen, abzulehnen.* Dagegen sind der Besitz, sowie die ungeheueren Gewinne der Industrie und der Landwirtschaft in der Form zu erfassen, wie sie das Reichswirtschaftsministerium (Beteiligung an der Industrie und am Grundbesitz) in Vorschlag gebracht hat. Dies ist umsomehr notwendig, als bis jetzt fast nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, durch den Abzug an Lohn und Gehalt, dem Reich die Mittel lieferten zur Aufrechterhaltung der Staatswirtschaft.

Schwerin i. M. Der Parteitag möge beschließen, solange nicht die Kapitalsteuern, Reichsnotopfer, Erbschaftssteuer, sowie eine schärfere Erfassung des in Sachwert bestehenden Besitzes erfolgt ist, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, gegen jede indirekte Steuer, Verbrauchssteuer, zu stimmen.

Brüel i. M. Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Abschaffung der indirekten Steuern sorgen möge.

Aber konnte von all diesen Beschlußanträgen auch nur einer angenommen werden von einer Partei, welche auf eben

diesem Parteitag den Beschluß faßte, mit der Partei der Schwerindustrie, der Partei der Scharfmacher, in eine Koalition einzutreten? Alles andere, was auf diesem Parteitag noch gesprochen oder beschlossen wurde, ist leeres Gerede, höchstens dazu gut, den Proletariern Sand in die Augen zu streuen. Das Schicksal der Steuerfrage liegt in dem ganz kurzen Satz, welcher die Bedingung der Koalitionsbildung mit der Volkspartei festlegt: „loyale Ausführung des Friedensdiktats in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Leistungen, *in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Besitzes.*"

Es wird wohl keinen verständigen Menschen geben, der da glaubt, daß die Partei des Besitzes die weitgehende „Heranziehung des Besitzes" wirklich zugeben wird, wenn sie an der Regierung ist! Sie hatte ja auch bisher, außerhalb der Regierung stehend, dies zu verhindern die Kraft gehabt. Die Führer der S. P. D. wissen dies auch. Aber sie wollen in der Regierung bleiben, sie wollen dem Kampf ausweichen. Diesem Streben opfern sie die Interessen des arbeitenden Volkes ohne Skrupel!

Diesem Streben, unter allen Umständen Regierungspartei zu bleiben, entspricht auch die Resolution, welche auf dem Parteitag in Görlitz angenommen wurde. *Kein Wort ist darin gegen die Besteuerung des Lohneinkommens enthalten!* Kein Wort gegen Verbrauchssteuern oder Umsatzsteuern. Es ist eine zahme, rein kleinbürgerliche Resolution. Wir geben die wichtigsten Punkte wieder:

„Die bisherige Steuergesetzgebung konnte diesem Ziele nicht näher kommen, weil sie den *Wertverschiebungen,* die die Geldentwertung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen herbeiführte, nicht Rechnung getragen, die Lohn- und Gehaltseinkommen und die Rentenerträge aus den entwerteten festverzinslichen Kapitalien überlastet, die großen Vermögen und Einkommen der Industrie, Landwirtschaft und des Handels geschont hat.

Mit steuerlichen Maßnahmen allein, auch mit den neuen Steuervorschlägen der Reichsregierung, ist die Gesundung

der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen. Neben der Weiterbildung der Besitzsteuergesetzgebung, die den Wertverschiebungen Rechnung tragen und insbesondere auch der Beschränkung des verschwenderischen Ueberverbrauchs gerecht werden muß, und ihrer scharfen Durchführung müssen *die Sachvermögen für die Beseitigung der Finanznot in Anspruch genommen werden.* Zur Befreiung von der zügellosen Devisenspekulation, zur Hebung der deutschen Auslandskredite, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Balancierung des Reichhaushalts ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Ertrag und die Schonung des kleingewerblichen und kleinbürgerlichen Besitzes einzuräumen.

Die Arbeiterschaft wird sich bereithalten, jeden Widerstand gegen die zur Gesundung der Reichsfinanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterbinden."

Eine vorsichtigere Diplomatensprache als der Schlußsatz läßt sich kaum denken: Kein *Kampf* gegen die ungeheuere Neubelastung des Proletariats! Kein Protest, keine Drohung mit einem Streik. Die Arbeiterschaft wird sich *bereit*halten . . .*), mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln . . . den Widerstand . . . zu unterbinden.

Mit diesem Beschlusse, an den Steuerkämpfen des Proletariats sich nicht aktiv zu beteiligen, sondern eine Koalition mit den erklärtesten Klassenfeinden des Proletariats einzugehen, hat die S. P. D. endgültig aufgehört, auch dem Scheine nach eine proletarische Partei zu sein. Die Absage des Kampfes gegen die Beraubung des Proletariats durch den kapitalistischen Staat, die Koalition mit der Deutschen Volkspartei sind die politisch-taktische Verwirklichung der theoretischen Feststellung Cunows, die S. P. D. sei keine Arbeiterpartei mehr, sondern eine

*) Siehe die Artikel Cunows über den Programmentwurf in der „Neuen Zeit".

Partei der Arbeiter und der Besitzenden, sie könne daher auch keine „einseitig proletarische" Politik treiben.

Werden die Proletarier, die noch zu Hunderttausenden in der S. P. D. sind, dies alles ruhig hinnehmen?

Wir glauben nicht: Die Belastung durch die neuen Steuern, die ungeheuere Teuerung, welche bereits jetzt einsetzte, bevor noch die neuen Steuern angenommen und in Kraft getreten sind, werden auflösend auf diese *Mittelpartei* wirken. Die Klassengegensätze werden durch die Wirtschafts- und Finanzkrise derart verschärft, daß es unmöglich wird, mit Arbeitern eine bürgerliche Politik zu treiben. Die S. P. D. muß auch in ihrem Bestande das werden, was sie ihrer Politik nach ist: eine rein kleinbürgerliche Partei! Kein Arbeiter kann sie weiterhin als seine Partei betrachten! Der Umstand, daß die „Fränkische Tagespost" schon anfangs August gegen die Forderung der Arbeiter, die Sozialdemokraten sollten aus der Regierung austreten, Stellung nehmen mußte, beweist, daß die Arbeiter sich diese Politik nicht mehr lange werden gefallen lassen.

Die schwankende USP.

Während sich die S. P. D. durch die Görlitzer Beschlüsse offen in den Dienst der Bourgeoisie gestellt und den Steuerkampf endgültig verraten hat, schwankt die U. S. P. noch weiter hin und her. Die Arbeitermassen der Partei drängen zum Kampfe gegen die Ausraubung der Masse durch die Steuern und die Geldentwertung. Die Führerschaft, oder mindestens ein großer Teil, will absolut keinen Kampf, sucht die Wiedervereinigung mit der S. P. D. und die Teilnahme an der Regierung. Dieser schwankenden, unentschiedenen Haltung entsprach auch die wohlwollende Neutralität, mit welcher die U. S. P. die Wirth'sche Koalitionsregierung unterstützte.

Das Bestreben der Führer, zu der S. P. D. hinüberzuschwenken, wurde durch die jüngsten Ereignisse, durch

den offenen Verrat der S. P. D. sehr erschwert. Schon die neuen Steuervorlagen zwangen die U. S. P. zu einer schmerzvoll resignierten Kundgebung; die „Freiheit" schrieb am 9. August:

„Von der politischen Einsicht der Regierung hing es aber ab, ob sie bedingungslos vor dem Block der Steuerscheuen kapitulierte oder den ehrenden Versuch machte, das Kapital zur Tragung der Reparationslasten heranzuziehen.

Es ist kaum anzunehmen, daß solche Erwartungen jetzt noch bestehen. Die Steuervorlagen der Regierung Wirth haben sie vernichtet. So sind Tausenden und Hunderttausenden erneut die Augen darüber geöffnet worden, daß guter Wille, menschlich lautere Absichten die großen Klassengegensätze weder aus der Welt schaffen, noch überbrücken können. Denn dadurch ist der Augenblick gekommen, wo die „Bewährungsfrist", die die Unabhängige Sozialdemokratie dem Kabinett Wirth zur Durchführung der aus dem Ultimatum sich ergebenden Aufgaben gewährt hat, *abläuft*. Entsprechend ihrer am 4. Juni im Reichstag abgegebenen Erklärung, zunächst aus außenpolitischen Gründen, die „Taten" der Regierung abzuwarten, ihr gegenüber aber jederzeit „die Klasseninteressen des Proletariats mit aller Entschiedenheit zu vertreten", *kann gegenüber den jetzigen Absichten der Regierung nur noch rücksichtsloser Kampf in Frage kommen.*"

Aber der hier angesagte rücksichtslose Kampf ließ lange auf sich warten. Erst am 25. VIII. erschien ein Aufruf der Partei, in sehr gemäßigtem Ton gehalten. Kein Wort gegen die S. P. D., deren Mitglieder im Ministerium, welches diese Steuervorschläge einbringt, sitzen! Zentrum und Demokraten werden angegriffen, die S. P. D. bleibt unerwähnt! Und erst am 6. IX. beginnt der „Kampf" der U. S. P. mit einigen Volksversammlungen.

Was die Partei sonst geleistet hat, ist wirklich nicht viel. Die Kritik der Steuervorlagen und der ganzen Fi-

nanzpolitik des Reichs wurde ziemlich treffend geübt. Dagegen fehlte es auch der U. S. P. an einem positiven Finanzprogramm.

Die Ausführungen und Forderungen der U. S. P. bewegen sich ganz und gar in dem Geiste des Beschlusses der Wiener Konferenz der 2½ - Internationale. Hier wie dort ist Hilferding der geistige Führer. Das positive Finanz-Programm der U. S. P. ließe sich beiläufig folgendermaßen kombinieren:

Das positive Programm der U. S. P. geht von der gleichen unrichtigen Beurteilung der Wirtschaftslage aus wie das der S. P. D., von der Voraussetzung, daß sich die Wirtschaftslage Deutschlands auf dem Wege der Gesundung befinde, daß die Wirtschaft Deutschlands die Staatsausgaben decken könne: also eine Auffassung, welche der hier entwickelten absolut entgegengesetzt ist. Diese Auffassung wird öfter klar und deutlich ausgesprochen: so sagte Hilferding in seiner programmatischen Rede im Reichswirtschaftsrat am 14. IX.:

„*Wir haben in den letzten zwei Jahren eine Wiedergesundung der Wirtschaft zu verzeichnen gehabt*. Dr. Heim hat in der Sozialisierungskommission erklärt, er hoffe, daß in kleinbäuerlichen und mittleren Betrieben in ein bis zwei Jahren die Kriegsschäden überwunden sein werden und daß es zu einer Steigerung der Intensität der Produktion komme. Vertreter des Großgrundbesitzes haben ähnliches gemeint. Auch die Industrie hat ihren Produktionsapparat in den letzten Jahren wesentlich gebessert. *Unsere Wirtschaft ist im Gesunden*".

Und nochmals bekräftigt er es in seiner Rede:

„Aus allen diesen Gründen müssen wir sagen: *unsere deutsche Wirtschaft ist erstarkt, sie ist kräftig, und sie muß jetzt zunächst in den Dienst der Sanierung der Finanzen gestellt werden.*"

Von dieser Erstarkung und Gesundung ausgehend, glaubt die U. S. P., daß Deutschland imstande sei, seine

Verpflichtungen dem Staate und der Entente gegenüber zu erfüllen.

„Es ist kein Zweifel, daß die Wirtschaft imstande ist, die Finanzen zu sanieren, daß sie imstande ist, uns über die nächste kritische Zeit hinwegzuhelfen. Dann muß das dazu notwendige aber auch sofort geschehen, Zeit ist nicht mehr zu verlieren," heißt es im Leitartikel der „Freiheit" vom 16. IX.

Also nicht die Wirtschaftskrise ist die Ursache der Finanzkrise, sondern die schlechte, *ungenügende Finanzpolitik des Reiches!* Der Hauptfehler bestand nach Hilferding darin, daß die Steuern in der sich fortwährend entwertenden Papiermark ausgeworfen und bezahlt wurden, während die Erträge aus Produktionsmitteln den Eigentümern in Goldmark zufließen, da die Teuerung mit der Entwertung der Papiermark parallel geht. Auf dieser Grundlage fordert die U. S. P. durch den Mund Hilferdings und in ihren Kundgebungen: „daß die Steuern in Form von Anteilen an den Erträgnissen der Wirtschaft erhoben werden, weil diese Erträgnisse bis zu einem hohen Grade den fortwährenden Schwankungen des Geldwertes folgen können" (Hilferding), populärer ausgedrückt im Aufruf als „Erfassung der Goldwerte": ferner eine schärfere Erfassung der Einkommen, eine Reform der Art der Einkommensteuer-Erhebung; statt der deutschen Form der Selbsteinschätzung des Gesamteinkommens wird das (tatsächlich bessere) englische System der Erfassung der Einkommen an der Quelle gefordert; endlich eine stärkere Besteuerung der Börse und vor allem des Devisenhandels, um die Valutaspekulation zu bändigen. —

Wenn wir von den kleinen Maßregeln absehen, so liegt der Kern dieses Programms in der „Erfassung der Goldwerte", in der Forderung, daß der Staat die Steuern in der Form einer *Beteiligung* am Vermögen und am Einkommen erheben soll. Klarer ausgedrückt: in der geforderten Enteignung eines Teils der Produktionsmittel.

Der Wert dieser Forderung hängt ganz und gar *von ihrer Quantität ab: welchen Teil will die U. S. P. enteignen?* An diesem Punkte entscheidet sich die Sache. Nun, die U. S. P. befleißigt sich einer zahmen Mäßigkeit. Hilferding sagt in seiner erwähnten Rede:

„Deshalb muß man unter Umständen die Mittel zur Erfüllung aus der Substanz der Wirtschaft nehmen. *Jeder wird es nur mit äußerster Vorsicht und im äußersten Notfall* tun, wenn es aber nicht anders geht, muß dieses Mittel angewendet werden, um das deutsche Volk vor einer gefährlichen Krisis zu bewahren."

Deutlicher spricht sich das Manifest der U. S. P. vom 25. VIII. aus. Dort heißt es:

„Es muß dem Reich ein erheblicher Anteil an den Goldwerten durch Gesetz zugesprochen und dadurch ein entsprechender Anteil an den Gewinnen aus diesen Werten garantiert werden. Wenn ein *landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb* zu *einem Fünftel* oder *einem Viertel Reichseigentum würde*, dann müßte *ein Fünftel* oder *ein Viertel* seines Gewinns an die Reichskasse abgeführt werden. Auf diese Weise würde endlich eine wirksame Heranziehung der Goldwerte der Besitzenden zu den Reichssteuern herbeigeführt werden."

Also ein Fünftel oder ein Viertel! Dies deckt sich vollkommen mit der Forderung des Mehrheits-Sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt, der in seiner Denkschrift ebenfalls eine Beteiligung von 20 Prozent fordert. Dieser Vorschlag würde nach den Berechnungen des Wirtschaftsministers dem Staate in Hypotheken auf den Grundbesitz und in Aktien von Industrieunternehmungen ein Vermögen von 285, nach Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft aber zirka 382 Milliarden, und einen jährlichen Ertrag von 17 Milliarden Mark einbringen.

Es ist offenbar, daß dieser Vorschlag zur Lösung der Finanzkrise absolut ungeeignet ist.

1. Das Defizit des Reiches beträgt, wenn die Schätzung des Reichskanzlers bezüglich des Ertrages der neuen Steuern richtig ist, 20—50 Milliarden Mark, mit der durch die neue schreckliche Teuerung unumgänglich notwendig gewordenen Erhöhung der Gehälter, Löhne, Verteuerung aller Waren, die der Staat einkauft, aber wahrscheinlich 100 Milliarden Mark! Mit den erhofften 17 Milliarden ist die Finanzkrise absolut nicht gelöst, umsomehr, als durch diese Enteignung natürlich der Ertrag der allgemeinen Einkommen- und Vermögenssteuern um einige Milliarden — ein Fünftel — vermindert wird!

2. Die Form der Grundhypotheken sichert dem Staate keine Beteiligung am Goldwerte. Der Zinsenertrag wird in Papiermark bezahlt, ist eine fixe Größe. Bei der fortschreitenden Entwertung der Mark wird der reale Teil des Einkommens nicht mehr ein Fünftel, sondern ein Zehntel, vielleicht ein Fünfzigstel betragen. Die Agrarier werden in 1—2 Jahren wieder entlastet sein.

3. Eine Aktienbeteiligung des Staates von 20 Prozent läßt die Verfügung über die Produktionsmittel und über den Gewinn unberührt in den Händen der Kapitalisten. Es wird sich das im großen wiederholen, was die bisherige Erfahrung mit den *„gemischtwirtschaftlichen Betrieben“* im kleinen gezeigt hat: daß der Staat bloß die Dividende bekommt, den größten Teil des Ertrages aber die führenden Kapitalisten einsacken werden. Nichts leichter, als den Nutzen einer Aktiengesellschaft in private Hände gleiten zu lassen; die Aufsichtsorgane des bürgerlichen Staates, die in der Direktion sitzen, werden gegen gute Beteiligung bei der Verschiebung beide Augen zudrücken. Der Staat wird daher keine zwanzig, sondern vielleicht zehn Prozent des jährlichen Ertrages erhalten.

4. Diese Lösung läßt den ganzen Aufbau des kapitalistischen Systems unangetastet, mit seiner Anarchie, seiner Spekulation, seiner ungeheuren Vergeudung von Werten! Die Wirtschaftskrise, welche nach unserer Auf-

fassung die Grundlage der Finanzkrise bildet, bliebe bei dieser Reform unverändert bestehen! —

*

Das Programm der U. S. P. gibt keine Lösung. Aber es wäre doch ein kleiner Schritt zur Entlastung des Proletariats. Aber die Führer der U. S. P. werden auch dieses unzulängliche Programm verraten. Denn sie wollen sich mit der S. P. D. vereinigen, die S. P. D. will es mit der Deutschen Volkspartei: und dann ist jeder Versuch einer wirklichen Erfassung der Goldwerte begraben! Daher sollte man vor allem Gewicht darauf legen, die U. S. P. auf ihren eigenen Forderungen, so mangelhaft und ungenügend dieselben auch sind, festzunageln! *Die Proletariermassen der U. S. P. müssen stets auf dem laufenden darüber gehalten werden, inwiefern ihre eigenen Führer ihr Steuerprogramm einhalten, dafür kämpfen oder nicht!*

12. Die Steuerlast des Arbeiters.

Der Verrat der S. P. D. und der U. S. P. D. wird erst klar, wenn wir den Versuch machen, zu berechnen, was für eine Belastung diese Besteuerung den Arbeitern bringt!

Wieviel Steuern hat der deutsche Arbeiter nach dem neuen Gesetze, falls die Steuerreform angenommen wird, zu zahlen?

Auf diese Frage ist es sehr schwer, eine Antwort zu geben. Wie wir schon ausführten, hängt es von den Klassenverhältnissen ab, wieviel von den Steuern auf die Arbeiter als Konsumenten abgewälzt wird und wieviel davon die Arbeiter in der Form von Lohnerhöhungen wieder auf das Kapital zurückwälzen können. Es kann sich daher nur um einen ganz unzulänglichen Versuch handeln, festzustellen, wieviel von einem angenommenen Geldlohn unmittelbar oder mittelbar an den Staat abgegeben wird, um wieviel der Reallohn durch die Steuern verkürzt wird. Auch hier wird nur eine ungefähre Feststellung möglich sein.

Nehmen wir also einen Arbeiter mit einem Wochenverdienst von rund 500 Mark*) mit Frau und Kind. Also ein nominelles Jahreseinkommen von 26 000.— Mk.

Hiervon zahlt er Einkommensteuer 10% =		50.— ℳ
Ab 3×2.40	7.20 ℳ	
Wertungskosten	8.40 ℳ	
	15.60 ℳ	15.60 ℳ
		Steuer 34.40 ℳ

Für 52 Wochen beträgt daher die Einkommensteuer Mk. 1788.80.

Nach Abzug der Einkommensteuer verbleiben ihm als Resteinkommen Mk. 24 211.20.

Dieser Betrag wird ausgegeben. In allen Ausgaben — mit Ausnahme der Wohnungsmiete — ist der volle Betrag der Umsatzsteuer enthalten. Wieviel Prozent dies ausmacht, hängt davon ab, wie oft die Ware, welche der Arbeiter kauft, die Hände wechselt. Da der Arbeiter fast immer beim Kleinhändler einkauft, muß er die Umsatzsteuer voll zahlen. Die deutsche Regierung schätzte die Belastung des Konsums durch die 1½prozentige Umsatzsteuer in Brüssel auf 4 Prozent. Felix *Borchard* rechnet mit einer Verfünffachung des Steuersatzes beim letzten Konsumenten, *Gothein* mit einer Verdreifachung.**) Wenn wir für die Arbeiterschaft eine Vervierfachung annehmen, so rechnen wir sehr niedrig. Dies wäre bei einem Steuersatz von 3 Prozent = 12 Prozent. Wenn wir für Wohnungsmiete und andere Ausgaben, die nicht der Verbrauchssteuer unterliegen (Gewerkschafts- und Parteibeiträge etc.) sehr reichlich ℳ 2211.20 abrechnen, haben wir eine von der Verbrauchssteuer betroffene Ausgabe von ℳ 22.000.

*) Wenn die Teuerung weiter steigt, so wird dieser Lohn gewiß nicht zu hoch angenommen sein.

**) Berliner Tageblatt vom 12. 6. 1921. „Lansburgh sagt, daß jedes Produkt nach Verlassen der Erzeugungsstätte noch mindestens viermal den Inhaber wechselt." Die Bek.: August 1921.

Mit 12 Prozent belastet ergibt dies eine Jahressteuer von 2640 Mark.

Dazu kommen die verschiedenen Verbrauchssteuern auf Zucker, Alkohol, Zündhölzer, Tabak, Salz, die Zölle auf Kaffee, Tee usw. Wieviel das alles ausmacht, ist kaum genau zu erfassen, da der Konsum in den verschiedenen Familien verschieden groß ist, die Landes-Durchschnitte aber von den Arbeitern nicht erreicht werden. Wir werden sehr bescheiden eine Jahressumme von 1000 Mark annehmen.

Dazu kommen Posten, die sich fast gar nicht berechnen lassen: *Verteuerung aller Waren durch die 25- bis 30prozentige Kohlensteuer.* Abwälzung der Ertrags- und zum Teil der Einkommensteuern auf die Konsumenten usw. Es wird nicht mehr lange dauern und die Preise des Getreides werden sich dem Auslandspreise angepaßt haben und die Getreidezölle werden ihre brotverteuernde Wirkung voll geltend machen usw. All dies geht in die tausend Mark jährlich. Wenn wir also die festen Posten nehmen:

Einkommensteuer	1789 ℳ
Umsatzsteuer	2640 ℳ
	4429 ℳ

Wenn wir alle anderen, auf das Proletariat abgewälzten Steuern zusammen nur ebenso hoch anschlagen, wie diese zwei Posten, so kommen wir auf eine jährliche Belastung von beiläufig 9000 Mark für einen Proletarierhaushalt!

Diese Summe scheint übertrieben hoch zu sein: denn sie würde pro Kopf 3000 ℳ, also für die ganze Bevölkerung des Reiches verallgemeinert 180 Milliarden Mark ausmachen! So viel Einnahmen hat aber das Reich nicht, und außerdem zahlen ja die reichen Leute, trotz aller Steuerhinterziehungen, doch mehr als 9000 Mark pro Haushalt an den Staat!

Indessen ist dieser Einwand nicht ganz stichhaltig, denn

1. zahlen die Bauern, welche den größten Teil ihres Konsums aus dem eigenen Betrieb decken, nur einen *Bruchteil jener Umsatzsteuer*, welche der Proletarier zu zahlen hat, der alles beim Krämer einkauft;

2. fließt ein Teil jener Steuern, welche dem Proletariat abgenommen werden, nicht in die Staatskasse, sondern an Private: an vertikale Kartelle, welche die ersparten Umsatzsteuern als Extraprofit einstecken: wegen der Zölle, welche den Preis der im Inlande produzierten Güter verteuern und den Kapitalisten höhere Profite sichern;

3. wird zu den Zöllen und Verbrauchssteuern, auf dem Wege, bis die Ware zum Konsumenten gelangt, wie zu jedem anderen ausgelegten Kapitalteil, der Durchschnittsprofit hinzugeschlagen.

Wenn wir alle diese Umstände in Betracht ziehen, dann verschwindet der scheinbare Widerspruch zwischen der hohen Steuerleistung der Arbeiter und der nicht entsprechend hohen Einnahme des Staates.

Wir sehen: beiläufig 18—20 Prozent des nominellen Geldeinkommens eines Proletariers wird von Steuern und Zöllen in Anspruch genommen. Hierbei ist von dem Verlust abgesehen, welchen das Proletariat dadurch erleidet, daß infolge der sich immer erneuernden Papiergeldemission, welche, wie wir ausführten, im Wesen eine Besteuerung des Volkes darstellt, sein Lohn stets hinter der Teuerung zurückbleibt. Diese 18—20 Prozent bedeuten nur den durch Steuern und Zölle wieder abgenommenen Teil des faktisch erhaltenen Lohneinkommens!

Für diese ungeheure Belastung des deutschen Arbeiters tragen, trotz aller heuchlerischen Proteste, die Führer der S. P. D. und U. S. P. D. die Verantwortung vor dem Proletariat! Die „Einheitsfront von Richthofen bis Hilferding", welche Stegerwald amtlich festgestellt hat, wiegt schwerer als alle Scheinkämpfe dieser Herren!

13. Herr Parvus als Retter aus der Not!

Herr Parvus vereinigt in sich zwei Eigenschaften, die ihn zu einem Unikum stempeln. *Er ist Marxist und internationaler Groß-Schieber in einer Person.* Das heißt: er *war* natürlich bloß Marxist, ist es heute nicht mehr. Denn er hat sich von der Revolution, welche ein integrierender Bestandteil des Marxismus ist, längst losgesagt. Aber er hat sich die ökonomischen Lehren Marx' gut gemerkt. Dies gibt ihm eine viel bessere Einsicht in die bürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse, als sie andere bürgerliche Politiker besitzen. Die Kenntnis der Oekonomie und sein Talent als internationaler Schieber vereinigen sich in seinem großzügigen Plan zur Lösung der deutschen Wirtschafts- und Finanzkrise. Denn der Plan, obwohl ruchlos, ist allenfalls großzügig und besser durchdacht als alles andere, was die deutsche Bourgeoisie oder Sozialdemokratie bisher produziert hat.

Parvus geht als einstiger Marxist ganz richtig davon aus, daß die Finanzkrise eine Produktionskrise sei und die Leistung der Wiedergutmachung und die Herstellung des Gleichgewichts des Haushalts nur durch eine erhöhte Produktion möglich ist. Parvus ist Optimist. Das mag wohl daher sein, daß seine privaten Geschäfte bisher immer sehr gut ausfielen. Parvus meint, daß Deutschland imstande sei, die auferlegten Leistungen zu zahlen und auch finanziell in Ordnung zu kommen!

Um die Produktion erhöhen zu können, braucht Deutschland *Kredit*, Kapital, um seine Produktionsmittel zu erneuern, die Produktion in Gang zu bringen. Gegenwärtig hat Deutschland keinen Kredit. Er schlägt daher vor, einen *Riesenkonzern* aus den Staatseisenbahnen, allen Unternehmungen des Bergbaues, der Industrie der Steine und Erden, Maschinen, der chemischen, der Industrie der Leuchtstoffe und Fette, der Banken, der Versicherungsanstalten, des Verkehrs und der Aktiengesellschaften der

Bauindustrie *zusammenzustellen.* Er errechnet,*) daß diese Erwerbszweige im Jahre 1913 ein wirkliches Kapital von 37 Milliarden Goldmark besaßen. Da nun heute die Kaufkraft des Goldes den anderen Waren gegenüber auf die Hälfte gesunken ist, so repräsentiert das Vermögen des Konzerns gegenwärtig 75 Milliarden Goldmark. Zweck der Konzernbildung wäre vor allem anderen: Kredit zu bekommen. Da alle dem Konzern angeschlossenen Unternehmungen für die Verpflichtungen des Konzerns solidarisch haftbar sind, so wäre es nicht schwer, das nominell 37,5 Milliarden Goldmark betragende Aktienkapital durch Emission von 22,5 Milliarden Goldmark neuer Vorzugsaktien oder Obligationen auf 60 Milliarden zu erhöhen!

Von diesen neuen 22,5 Milliarden Goldmark soll der Staat 10 Milliarden als seinen Anteil als Steuerablösung bekommen. Hierdurch wird den Emissionen des Konzerns selbst ewige Steuerfreiheit gesichert (!);**) die einzelnen Unternehmungen, die den Konzern bilden, sollen weiter alle Steuern bezahlen. 3 Milliarden sollen vom Konzern zu eigenen neuen großen Unternehmungen, die restlichen 9½ Milliarden aber zur finanziellen und wirtschaftlichen Stärkung der angeschlossenen Unternehmungen verwendet werden. Der Konzern selbst ist ein bloßes Syndikat, jedes Unternehmen bleibt selbständig, nur ist es verpflichtet, nach den von der Zentrale vorgeschriebenen Regeln Buch zu führen und Bilanzen aufzustellen. Vertreter des Staates, auch der Gemeinde — wenn auch Gemeindebetriebe dem Konzern beitreten — sollen in der Leitung, die übrigens rein kaufmännisch sein soll, Platz finden.

„Der Konzern muß groß genug sein, um in sich selbst die Schwankungen der Warenpreise und des Geldkurses ausgleichen zu können, er muß sein eigener Bankier sein und möglichst auf internationaler Basis aufgebaut werden.“***)

---

*) Siehe: Aufbau und Wiedergutmachung Berlin 1921, Seite 139.

**) Seite 150.

***) Seite 52.

Er führt dann aus, was für produktionstechnische Vorteile aus der Zusammenfassung von Schwerindustrie und Eisenbahnwesen hervorgehen. Im Frieden waren 59 Prozent aller Frachten auf den deutschen Eisenbahnen Kohle und Eisen. Aber die Administration der Eisenbahnen ist bürokratisch, paßt sich nicht den Ansprüchen der Schwerindustrie an! Die Zusammenfassung aller Unternehmungen ermöglicht planmäßige Produktion, Normalisierung, Verbilligung der Produktion. Andererseits: Ausschaltung des Handels; keine Schmutzkonkurrenz, keine Unterbietung auf dem Weltmarkt, sondern volle Anpassung an die Weltpreise, welche durch die höheren Produktionskosten der anderen Staaten bestimmt werden. Im übrigen: „*Wir kommen in eine Zeit internationaler Preiskonventionen.* Bis dahin haben die Kartelle und Syndikate preisregelnd vorgewirkt. Der von uns in Aussicht genommene große Konzern wird seinerseits zahlreiche Anregungen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten eröffnen, um inländische wie allgemeine Preisvereinbarungen herbeizuführen.*)

Durch den Aufschwung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft wird die Finanzfrage automatisch gelöst werden, nachdem vorher durch eine Valutareform der Preissteigerung Rechnung getragen und die *neue Mark* mit acht Prozent Goldgehalt der alten Mark eingeführt und in Noten stabilisiert wurde. —

„Die eigentlichen Bedingungen des Wiederaufbaus sind — Arbeit, Industrie, Technik, Wissenschaft, *persönliche Freiheit, Schutz der Person und des Eigentums, demokratische Staatsverfassung.*"

Und keine weiteren Steuererhöhungen.

„Jede weitere Drauflosbesteuerung artet in einen *Steuerbolschewismus* aus, der die Grundlagen der Volkswirtschaft untergräbt, alle kaufmännischen Kalkulationen immer aufs neue über den Haufen wirft, eine Unsicherheit

*) Seite 158.

der Eigentumsverhältnisse schafft, die den Geschäftsmann zwingt, auf Spekulationsgewinne auszugehen, die Risikoprämie und mit ihr den Zinsfuß steigert, die Mittelschichten vollständig aufreibt, die sozialen Gegensätze zwischen den Produzenten und Konsumenten, zwischen den Mietern und den Hausbesitzern, zwischen den Arbeitern und den Unternehmern verschärft und die sozialen Kämpfe immer aufs neue aufpeitscht, so daß das Land überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen kann."*)

Denn die Bourgeoisie braucht vor allem — Ruhe!

Was ist nun dieses Programm Parvus? Es ist nichts anderes, als eine organisierte Verwirklichung des Gedankens Hilferdings vom *„Generalkartell"* der Bourgeoisie für ganz Deutschland, die *ideologische Rechtfertigung dessen, was Stinnes in der Praxis macht. Die Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse an einen einzigen Arbeitgeber, an den Konzern, welcher alle Preise und Löhne selbstherrlich bestimmen würde! Es ist die Organisation eines neuen industriellen Feudalismus*, wobei der Staat vom Konzern aufgesogen, mit ihm identisch wird. Es bedeutet zugleich eine Auslieferung aller Produktionskräfte Deutschlands an das ausländische Kapital und die Anbahnung eines „Generalkartells" der Bourgeoisie der ganzen Welt zur Vereinigung der kapitalistischen Ausbeutung.

*) Wir wollen uns nicht in eine innere Kritik seiner Vorschläge einlassen. Wir wollen nur bemerken: 1. daß das Kapital der Banken und Versicherungsanstalten kein besonderes Kapital ist, sondern nur eine Papierform derselben realen Vermögen, welche die Fabriken etc. bilden. 2. Daß es nicht angeht, bei dem gegenwärtigen Preisstande und bei dem herabgekommenen Zustande der Fabriken einen doppelten Goldwert als den Wert von 1913 anzunehmen. 3. Daß die 22½ Milliarden Goldmark neuer Kredit nur dann zur Erneuerung der Produktion führen können, wenn alle Emissionen ins Ausland mitgebracht werden. Denn da fast alles wirkliche Vermögen des Inlands im Konzern zusammengefaßt wird, so kann das Inland höchstens Papiergeld für die neue Emission geben, wobei doch nichts herauskommt. *Das Projekt bedeutet also eine organisierte Verschacherung ganz Deutschlands als Kolonie an das ausländische Kapital!*

Und dieser Mensch, der das Programm der Vereinigung des Kapitalismus ausarbeitet, und den Stinnes, Krupp, Loucheur feilbietet, dieser Mensch, der der deutschen Bourgeoisie einen Ausweg aus der revolutionären Situation zu zeigen sucht — *dieser Mensch ist der tatsächliche Führer der deutschen Sozialdemokratie!*

Die deutsche Bourgeoisie hat sich die Lehren von Parvus rasch angeeignet. Das Stinnes-Blatt „Industrie- und Handelszeitung" macht Propaganda für die Uebergabe der deutschen Eisenbahnen an private Kapitalisten. Die deutsche Großbourgeoisie hat sich — seit wir obige Zeilen schrieben — zusammengeschlossen und der Regierung den Antrag gestellt, auf ihre Anlagen einen Goldkredit im Auslande aufzunehmen und der Regierung Valuten zur Bezahlung der nächsten Raten der Wiedergutmachung zur Verfügung zu stellen. Gegenleistung: Berücksichtigung der Wünsche des Großkapitals in der Steuerpolitik und als Garantie hierfür: Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung! Hierfür wäre die Bourgeoisie geneigt, 1—2 Milliarden Goldmark zu opfern — wahrscheinlich gegen gute Zinsen.

14. Dem Zusammenbruch entgegen.

Trotz des Optimismus, den Wirth, Parvus u. a. Vertreter der deutschen Bourgeoisie zur Schau tragen, kann kein Zweifel bestehen, daß die Finanzen Deutschlands dem Zusammenbruch entgegentreiben. Daran ändern auch die optimistischen Schilderungen nichts, deren sich die französische Presse befleißigt: Der Zweck dieser optimistischen Schilderungen ist: den Markt für den Verkauf der von Deutschland an die Alliierten ausgestellten 50 Milliarden Goldmark Wiedergutmachungsobligationen vorzubereiten. Denn Frankreich braucht Geld. Es braucht dringend Geld. Die Finanzen Frankreichs sind kaum

besser als jene Deutschlands. Es wird bedrückt durch die ungeheure Last des Militarismus und durch die an Amerika und England in englischer und amerikanischer Valuta geschuldeten Riesensummen. Mit den Jahreszahlungen Deutschlands ist Frankreich nicht gedient. Es muß Geld in großen Summen bekommen. Dies kann nur durch den Absatz der deutschen Obligationen am Weltmarkt geschehen. Daher hat Frankreich, haben alle Alliierten ein Interesse daran, die Wirtschaftslage Deutschlands möglichst günstig darzustellen. Ob sie damit Erfolg haben werden, ob das ausländische Kapital daran glauben wird, daß die Knechtschaft Deutschlands jahrzehntelang aufrechterhalten werden kann, ist eine andere Frage.

Vorläufig muß aber festgestellt werden, daß die Lage Deutschlands sich von Monat zu Monat verschlechtert! Wir haben mit der Niederschrift dieser Broschüre vor 4 Wochen begonnen. Heute sind fast alle Angaben bereits veraltet. Wir rechneten mit einem Dollarkurs von 70 Mark. Heute kostet ein Dollar in Berlin 110 Mark.*) Dies bedeutet, daß eine Goldmark nicht mehr 14, sondern über 20 Papiermark kostet; daß die Bezahlung der Reparationsleistungen entsprechend größere Summen bedingt; daß die Ausgaben des Staates im Jahre 1921 weit über 200 Milliarden ausmachen werden; daß die Teuerung sich rapid erhöhen wird und die Produktion durch die bevorstehenden, unvermeidlichen großen Lohnkämpfe noch mehr zurückgeworfen wird. Mit einem Wort: alle Verfallserscheinungen, welche wir bisher dargelegt haben, treten immer klarer hervor, und die Krise der kapitalistischen Gesellschaft verstärkt sich von Monat zu Monat.

Interessant ist nun, daß auf dem Gegenpol zu dem Optimismus von Parvus ebenfalls ein Renegat aus dem

*) Der Kurs der Mark in New York zeigt folgende katastrophale Entwicklung:

1. März	1921	1,62 Cent	1. August	1921	1,23 Cent
4. Juni	„	1,54 „	3. September	„	1,13 „
1. Juli	„	1,34 „	1. Oktober	„	1,00 „

Lager der Marxisten steht: *R. Calwer.* Er ist es, der in Deutschland am konsequentesten den Standpunkt vertritt, daß Deutschland dem Zusammenbruch zutreibt. So schrieb er in der August-Nummer seiner Monatsberichte:

„Daß die Leser meiner Schriften, vor allem die ständigen Leser des „Wirtschaftslebens" und der „Tagesberichte" den tiefgehenden Pessimismus nicht immer teilen, der aus meinen Ausführungen spricht, das hat einen sehr verständlichen Grund. Alles privatwirtschaftliche Handeln würde ja zum Stocken kommen, wenn der Pessimismus vorherrschend wäre. Und die wirtschaftlichen Verhältnisse mögen noch so schlecht werden, privatwirtschaftlich wird es immer wieder Schichten geben, die auch dann noch Grund zum Optimismus haben. Den privatwirtschaftlichen Standpunkt, der sich nicht unterkriegen läßt, verstehe ich sehr wohl, aber er muß bei der Beurteilung der gesamten Volkswirtschaft ausgeschaltet bleiben. *Als Volkswirt habe ich auf den Verlauf der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu blicken, und tue ich das, so kann ich von meiner pessimistischen Auffassung nicht nur nicht abgehen, sondern ich muß darauf vorbereiten, daß Verfall und Zerfall der deutschen Volkswirtschaft sich in ihren letzten Auswirkungen erst noch abspielen werden und daß alle Hoffnungen, die eine andere Entwicklung vorauszusehen glauben, trügerisch sind und auf volkswirtschaftlich irrigen Voraussetzungen beruhen.*"

Und Calwer findet keinen anderen Ausweg als: den Staatsbankrott.

Nun: was kann selbst ein Staatsbankrott leisten?

Wir müßten da zwischen dem Staatsbankrott im Innern, der Zahlungsunfähigkeit den eigenen Bürgern gegenüber, und dem Bankrott der Entente gegenüber unterscheiden. Ein Bankrott im Inneren würde bedeuten: Annullierung der Staatsschulden, volle oder teilweise Wertloserklärung des Papiergeldes. Wir müssen diesen Fall erst vom Standpunkt des Staates, dann von jenem der Klasse untersuchen.

Die Annullierung der Staatsschulden bedeutet für den Staat eine Ersparnis von beiläufig 12 Milliarden jährlich! Mehr nicht. Vor dem Kriege waren die Zinsen der Staatsschulden nach den militärischen Ausgaben der wichtigste Posten im Budget. Heute sind dieselben infolge Entwertung des Geldes zu einer relativ bedeutungslosen Summe zusammengeschmolzen. Die Annullierung oder Abstempelung des Papiergeldes ändert an der Bilanz des Staatshaushaltes eigentlich gar nichts.

Nun muß doch aber gesagt werden: an dem Grundproblem der deutschen Krise, an der Tatsache, daß die staatlichen Ausgaben das ganze Jahresprodukt der Arbeit des Volkes beanspruchen, würde sich durch den Staatsbankrott absolut nichts ändern. — *Anderseits: der Staatsbankrott ist ja tatsächlich da!* Die Zinsen, welche der Staat seinen Gläubigern zahlt, sind ja auf den zwanzigsten Teil ihres ursprünglichen Wertes reduziert. Was hilft es dem Staat, wenn er noch dieses letzte Zwanzigstel seinen Bürgern nimmt, wenn die Wegnahme von neunzehn Zwanzigsteln nichts geholfen hat? Und eine Außerkurssetzung des Papiergeldes ändert an der Finanzkrise des Staates ebenfalls nichts; die Posten, welche das Budget enthält, würden kleiner werden; wenn wir zur Berechnung in Goldmark zurückkehren, würden sich alle Ziffern auf den fünfzehnten bis zwanzigsten Teil reduzieren; aber das Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe des Staates: zwischen Produktion und staatlichem Bedarf würde sich nicht im geringsten ändern. Ein Staatsbankrott aber in jenem Sinne, daß der Staat seinen Beamten, seinen Polizisten, den Invaliden und Pensionären das Gehalt nicht weiterzahlt, kann doch nicht in Betracht kommen! Höchstens bereits im Stadium des Zusammenbruchs selbst!

Sozial würde eine Annullierung der inneren Schulden und Wertloserklärung des Papiergeldes vor allem die weiten Schichten des Kleinbürgertums, der Bauern, der Beamten, aber auch der Arbeiter treffen. Das große

Kapital hat seinen Anteil an der Kriegsanleihe längst abgestoßen (seine großen Zeichnungen waren immer zum Teil fiktiv) oder abgeschrieben. Das Verhältnis des Bargeldes zum Gesamtvermögen ist aber bei dem Kapitalisten, der mit Schecks zahlt, am kleinsten. Die ganze Last eines solchen Staatsbankrotts würde also die Mittelschichten: Händler, Handwerker, Bauern, Beamte treffen, aber auch das Proletariat würde darunter leiden; die wirklich reichen Leute aber blieben davon fast unberührt.

Anders steht es mit der Frage des Bankrotts gegenüber dem Auslande: also *der Unfähigkeit Deutschlands, die Reparationslasten dauernd zu tragen.* In diesem Sinne spricht Keynes*) von der „unvermeidlichen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zwischen Februar und August 1922."

Keynes stellt folgende Rechnung auf:

Deutschland hat zu zahlen:

Vierteljährlich 500 Millionen Goldmark, was im Jahre die fixe Rate von 2 Milliarden ausmacht!

26 Prozent von der Ausfuhr. Er nimmt an, daß der Export Deutschlands 6 Milliarden Goldmark betragen wird, in welchem Falle es im Jahre 1560 Millionen, vierteljährlich also 390 Millionen Goldmark zu zahlen haben wird. Die Zahlungstermine sind im Reparationsjahr Mai 1921 bis Mai 1922, nachdem Deutschland die erste Milliarde geleistet hat, folgende:

	Millionen Goldmark
15. November 1921	390
15. Januar 1922	500
15. Februar 1922	390
15. April 1922	500
15. Mai 1922	390
15. Juli 1922	500
15. August 1922	390

Die nächstfolgenden Zahlungen werden durch die seit dem 1. Mai erfolgten Kohlenlieferungen gedeckt sein, aber

*) Siehe seine in vielen Blättern reproduzierte Artikelserie.

um die Mitte des Jahres 1922 häufen sich die Zahlungen so zusammen, daß es nach der Meinung Keynes unbedingt zur Zahlungsunfähigkeit Deutschlands kommen wird! —

Diese Voraussage Keynes' wird wahrscheinlich eintreffen. Wie wir schon ausführten, ist es ganz undenkbar, aus dem Jahresprodukt Deutschlands einen Wert von 3½ Milliarden Goldmark auszuscheiden und ins Ausland zu schicken. Deutschland ist zu arm dazu. Schon die Bezahlung der ersten Rate konnte nur durch Opferung eines Teils des Goldschatzes der Reichsbank, durch Verpfändung des Silberschatzes an holländische Kapitalisten unter großen Schwierigkeiten bezahlt werden. Die forcierten Ankäufe von ausländischen Zahlungsmitteln führten zugleich zu dem katastrophalen Fall des Markkurses, von welchem wir oben sprachen.

Weitere Zahlungen können nur durch Abgabe eines Teils des Vermögens selbst an das Ausland erfolgen.

Aber in welcher Form kann dies geschehen?

Schuldner ist der Staat! Exportfähige Vermögensobjekte besitzt er aber nicht. Das immobile Staatsvermögen ist ohnehin an die Entente verpfändet. Ueber das Vermögen der Staatsbürger verfügt der Staat nicht. Der Export von Vermögens-Stücken kann daher nur auf dem bekannten Wege des *„Ausverkaufs"* erfolgen: infolge der Entwertung der deutschen Mark kaufen Fremde hier Güter, Häuser, Aktien, Grundbesitz usw., wobei ein großer Teil der Devisen natürlich vom Staate nicht erreicht wird. Auf diese Weise wird sich der deutsche Staat noch eine Zeitlang dahinschleppen, unter fortwährender Verschlechterung des Produktionsapparates und Ueberfremdung des Kapitals. Je krampfhafter der Staat bestrebt ist, seiner ausländischen Zahlungspflicht nachzukommen, desto mehr wird hierdurch die innere Wirtschaftslage erschüttert. Und gleichzeitig mit der nicht sehr fernen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands im Ausland wird auch

der vollständige finanzielle Zusammenbruch im Innern erfolgen. Deutschland steuert unaufhaltsam einer ähnlichen finanziellen und wirtschaftlichen Krise entgegen, wie wir sie in Deutsch-Oesterreich oder Polen erleben.

Was geschehen wird, wenn Deutschland seinen Zahlungen nicht nachkommt, hängt von der internationalen Lage ab! Aber es besteht keine Hoffnung, daß die vernünftigen Stimmen von Keynes, Norman Angell, Caillaux die Politik der Entente bestimmen werden. Viel wahrscheinlicher scheint es, daß die Militaristen Frankreichs durch neue Besetzungen versuchen werden, das Unmögliche zu erzwingen. Auf alle Fälle geht Deutschland in der Geschichte noch nie erlebten schweren Zeiten entgegen. Es ist Aufgabe der kommunistischen Partei, durch eine siegreiche deutsche proletarische Revolution Deutschland aus dieser Situation zu erlösen. Geschieht dies nicht, so wird das deutsche Volk, die deutsche Kultur selbst zum Opfer fallen und Deutschland in die Barbarei zurücksinken.

Die proletarische Revolution ist für Deutschland der einzige Ausweg!

15. Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus.

Die grundlegende Differenz zwischen unserer Steuerpolitik einerseits und jener der U. S. P., der S. P. D. und der bürgerlichen Parteien anderseits liegt in der Beurteilung des weiteren Schicksals der kapitalistischen Gesellschaft im allgemeinen und Deutschlands im besonderen. Alle unsere Gegner, die U. S. P. mit eingerechnet, sind der Meinung, die kapitalistische Gesellschaftsordnung durchlebe gegenwärtig eine „normale" Krise, bloß verschärft durch die Kriegsfolgen. Wir hingegen meinen, *daß es sich „nicht um eine Krise innerhalb der kapitalistischen Wirt-*

schaftsordnung handelt, sondern um eine Krise der kapitalistischen Gesellschaft selbst, innerhalb welcher die gegenwärtige Wirtschaftskrise im engeren Sinne nur eine Phase bildet."*) Alle unsere Gegner bauen ihre Steuerpolitik auf der Voraussetzung auf, daß die Wirtschaft des Staates auf dem Wege der Gesundung ist und die staatlichen Ausgaben — ja selbst die Wiedergutmachungslasten — tragen kann. (Nur die Deutschnationalen stehen entschieden auf dem Standpunkt, daß die Wiedergutmachungslasten für Deutschland unerschwinglich sind.) Die Finanzkrise sei daher im Wesen eine Folge der schlechten Finanzpolitik. *Wir hingegen betrachten die Finanzkrise als eine unvermeidliche Folge der Wirtschaftskrise,* der Tatsache, daß die staatlichen Ausgaben das ganze Volkseinkommen in Anspruch nehmen; daß infolgedessen — bei allem Elend der deutschen Arbeiterklasse — von dem Vermögen selbst gezehrt wird, daß die Wirtschaft Deutschlands sich nicht erholt, sondern daß der Verfall weiter schreitet. Wir sehen für die deutsche Arbeiterschaft eine Lösung bloß durch die soziale Revolution, nicht aber durch finanzielle Reformen!

Es wäre aber absolut verfehlt, hieraus den Schluß zu ziehen — wozu bei einigen Genossen die Neigung besteht —, daß daher jede positive Steuerpolitik zu verwerfen sei und alles auf die soziale Revolution eingestellt werden müsse. Eine solche negative, im Wesen passive Politik wäre aus vielen Gründen unrichtig: einige wollen wir hier anführen:

1. Ist die Analyse, welche wir über die Ursache der Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland gaben — und das gleiche gilt für alle mittel- und osteuropäischen Staaten —, richtig, so bedeutet jede Verschiebung der realen Einkommenverteilung zugunsten des Proletariats eine Verschärfung der Krise. Eine „positive" Steuerpolitik in diesem Sinne wirkt daher nicht konservativ, indem sie die

*) Siehe: E. Varga: „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft" und die „Thesen des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Weltlage." —

Arbeiterschaft zufriedenstellt — hiervon kann in dem gegenwärtigen Verfallsstadium der deutschen Wirtschaft absolut keine Rede sein —, *sondern revolutionierend,* indem sie die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft verschärft.

2. Ein Kampf für einen größeren Anteil am realen Wertprodukt der Gesellschaft ist auch deshalb unvermeidlich, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo das Proletariat nicht einmal das Existenzminimum verdient, eine physiologische Verelendung der Arbeiterklasse droht, deren Wirkung für den späteren Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft verhängnisvoll werden könnte! In der gegenwärtigen Krisenperiode ist keinerlei Aussicht dafür vorhanden, daß die Bourgeoisie ihre Gewinne zur Verbesserung des sachlichen Produktionsapparats verwendet. Je länger die gegenwärtige Periode des labilen Gleichgewichts der Klassen anhält, einen desto herabgekommeneren sachlichen Produktionsapparat wird die Bourgeoisie uns hinterlassen. Wir müssen daher alle Kräfte anstrengen, um die menschliche Arbeitskraft vor der absoluten Verelendung durch das Kapital zu beschützen.

3. Sind *wir* auch dann überzeugt, und ist es auch objektiv richtig, daß es innerhalb des Kapitalismus keine Lösung für das deutsche Proletariat gibt, keinen Ausweg aus Not und Entbehrung, so weiß dies die Mehrzahl der deutschen Proletarier noch nicht! Sie können auch durch statistische Daten und logische Beweisführungen nicht hiervon überzeugt werden. Nur die Erfahrung kann sie dies lehren. Daher muß sich die kommunistische Partei an die Spitze des Proletariats stellen, seine Forderungen sich zu eigen machen, für sie mit Aufbietung aller Kräfte kämpfen, und das Proletariat überzeugen, daß diese Forderungen innerhalb des Kapitalismus nicht zu erkämpfen sind, oder, wenn sie es sind, sie die Lage des Proletariats nur in sehr bescheidenem Maßstabe verbessern.

Absolut richtig hat diesen Punkt der Genosse Stoecker in seinem Referat auf dem Parteitag behandelt:

„Wir müssen den Massen einen Weg zeigen, der sie scheinbar aus ihrer Not herausführt und ihnen vorübergehend eine gewisse Besserung ihrer Lage bringt. Wir müssen also in den kommenden Wochen und Monaten mit ganz konkreten Forderungen vor die Arbeitermassen treten, müssen uns an ihre Spitze stellen."

*

Herrscht einmal prinzipielle Einigkeit darüber, daß positive Steuerpolitik getrieben werden muß, mit dem Ziele, die Einkommenverteilung zugunsten aller Arbeitenden — Arbeiter, Beamten, selbstarbeitenden Bauern und Handwerker — zu beeinflussen, so ist die Bestimmung der Forderungen eine durch ökonomische Untersuchung der Abwälzungsmöglichkeiten leicht zu entscheidende Frage. Sie muß sich richten nach den Grundsätzen, welche wir im Kapitel „Das Steuerproblem im Klassenstaat" dargelegt haben. Die konkreten Forderungen, welche der Parteitag in seiner Resolution angenommen hat, decken sich ungefähr mit diesen. In jedem einzelnen Falle wird es leicht festzustellen sein, auf Grundlage der Marx'schen Theorie der Einkommenverteilung, ob eine Steuer — den Arbeitslohn als gegeben betrachtet — das Lohneinkommen, den Profit oder die Rente trifft. (Ob eine Steuer durch Lohnerhöhung wieder auf den Profit zurückgewälzt werden kann, ist keine Steuerfrage mehr, sondern eine Frage der Klassenmachtverhältnisse.)

Und eine Frage bleibt noch zu erörtern: die Frage des *„Staatskapitalismus"*.

Wir haben im Verlaufe unserer Untersuchung bereits mehrere Male darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen rapiden Entwertung der Mark jede in Papiermark ausgeworfene Steuer bis zur tatsächlichen Entwertung auf einen Bruchteil der geplanten steuerlichen Belastung zusammenschmilzt. Dies ist heute in Deutschland von jedem, der nicht im Solde der Bourgeoisie steht, anerkannt. Hiergegen schützt nur die Besteuerung der Sachwerte in ihrer Naturalform! Wir haben bei der Kritik der Hilferdingschen

Vorschläge auch darauf hingewiesen, daß eine 20-prozentige Beteiligung des Staates die kapitalistischen Grundlagen der Produktion absolut unangetastet läßt und daher finanziell unwirksam ist. Um die Erfassung der Sachwerte wirksam zu gestalten, ist nötig:

1. Daß mehr als die Hälfte des Besitzes an den Staat fällt.

2. Daß dies in seiner Naturalform, nicht in der Form von Hypotheken geschieht.

3. Daß hierdurch dem Staate die Möglichkeit gegeben wird, die ganze Wirtschaft unter seine Kontrolle zu bekommen, also die ganze Produktion und Güterverteilung einheitlich zu erfassen.

4. Daß diese Kontrolle nicht durch die kapitalistische Staatsbürokratie, sondern durch Organe der Arbeitenden ausgeübt wird!*)

Also für den Staatskapitalismus?

Ja und Nein! Sicherlich nicht in dem Sinne, wie es die S. P. D.- und U. S. P.-Leute meinen, daß der Staatskapita-

---

*) Ziemlich zutreffend wurden diese Forderungen in Anlehnung an die Broschüre *Lenins: Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen* — in einem Artikel des Genossen Lerner im Chemnitzer „Kämpfer" vom 16. Sept. zusammengestellt:

> „Zwangssyndizierung der gesamten Industrie, des Handels, der Landwirtschaft durch das Reich, und Kontrolle dieser Zwangssyndikate durch die von Arbeitern und Angestellten gewählten Betriebsräte, und Wahl der Leitungen dieser Zwangssyndikate durch die Arbeiter- und Angestellten-Betriebsräte.
>
> Zwangsweise Zentralisation aller Banken und Unterstellung derselben unter die gleiche Kontrolle.
>
> Zwangsweise Vereinigung der Bevölkerung zu Konsumgenossenschaften, um auch den Konsum durch die Konsumentenorganisationen zu kontrollieren und zu überwachen.

Als notwendige Voraussetzung für die Durchführung dieser Maßregeln hält Lerner für erforderlich: „die Umbildung der Reichswehr, der gesamten Polizei und die Auflösung der halblegalen und illegalen bewaffneten Macht des Bürgertums. Die gesamte bewaffnete Macht muß aus zuverlässigen, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten gebildet werden.

lismus gleichbedeutend wäre mit Sozialisierung und daß wir noch eine lange Periode des Staatskapitalismus vor dem Sozialismus — unter Ausschaltung der Periode der Diktatur des Proletariats — durchmachen müssen. Ihnen gegenüber hatte die Genossin Klara Zetkin vollkommen recht, als sie auf dem Parteitag ausführte:

„Staatskapitalismus ist an und für sich durchaus keine proletarische Forderung."

„An und für sich" sicher nicht! Und ein Staatskapitalismus, in dem die Bourgeoisie die ungeschwächte politische Macht behält, ist ökonomisch für die Arbeiterklasse durchaus nicht vorteilhafter, vielleicht noch schlechter als der Privatkapitalismus. Trotzdem müssen wir dafür kämpfen, als für eine revolutionäre Uebergangsmaßregel. Denn 1. wird die deutsche Bourgeoisie jeder Enteignung der Produktionsmittel in ihrer Naturalform den schärfsten Widerstand entgegensetzen, weil ihre ökonomische Machtstellung zum großen Teil auf der unmittelbaren Verfügung über die Produktionsmittel beruht. 2. Wird dieser Widerstand durch die einheitlich-revolutionäre Aktion des Gesamtproletariats gebrochen, die Enteignung und staatliche Kontrolle verwirklicht, so bedeutet dies, daß der Staat des Staatskapitalismus nicht mehr ein uneingeschränkt bürgerlicher Machtstaat sein kann. Der Kampf um den „Staatskapitalismus", um die staatliche Kontrolle der Produktion ist daher ein Kampf, der die ganze Arbeiterklasse, ja alle Arbeitenden den Ausbeutern gegenüberstellt. Und dann muß er durchgekämpft werden. —

Wie wichtig dieser Kampf ist, beweist die obenerwähnte Broschüre Lenins, in welcher er — ohne die Enteignung überhaupt zu fordern — bloß die *Kontrolle* und die Zwangssyndizierung der Banken, der Großindustrie und des Konsums fordert. Die politische Lage, in welcher Lenin diese Forderung im September 1917 aufstellte, war der gegenwärtigen deutschen sehr ähnlich: Koalition zwischen

*) Seite 40.

den Menschewiki, Sozialrevolutionären und den Vertretern der Bourgeoisie. (Nur war dort die kommunistische Partei viel stärker und die militärische Kraft der Gegenrevolution geringer als gegenwärtig in Deutschland.) — Und die Tendenz dieser Broschüre war, den Kampf des russischen Volkes gegen dieses Regime zu konzentrieren, indem Lenin zeigte, wie die Koalition mit der Bourgeoisie zum Verrat der Menschewiki und Sozialrevolutionäre an den Interessen des arbeitenden Volkes führt! Er forderte vor allem die *Kontrolle der Produktion,* des Gewinnes durch die „revolutionär-demokratischen" Organe, die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, einen „staatsmonopolistischen Kapitalismus" anstelle der privaten Monopole! Er fordert es als einen Schritt dem Sozialismus entgegen:

„Ihr werdet sehen — schreibt er — daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Lande unentrinnbar einen Schritt zum Sozialismus bedeutet.

Denn wenn das größte kapitalistische Unternehmen monopolisiert wird — bedient es also das ganze Volk.

Wenn dieses Unternehmen also ein Staatsmonopol geworden ist, in wessen Interesse lenkt der Staat (das heißt zunächst die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, unter Bedingung des *revolutionären* Demokratismus) das Unternehmen? — — Entweder im Interesse der Grundbesitzer und Kapitalisten, dann haben wir keinen revolutionär-demokratischen, sondern einen reaktionär-bürokratischen Staat, eine imperialistische Republik — — oder im Interesse der revolutionären Demokratie. Dann ist es ein *Schritt zum Sozialismus.*

Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts von dem staatskapitalistischen Monopol. Oder so: Der Sozialismus ist nichts anderes als ein staatskapitalistisches Monopol, *eingestellt zum Nutzen* des ganzen Volkes und insofern kein kapitalistisches Monopol mehr."

Wir sehen: der Kampf für den Staatskapitalismus ist

nicht nur deshalb unvermeidlich, weil er die Kräfte aller Arbeitenden gegen die Ausbeuter vereinigt: nicht nur deshalb, weil dies die einzige Möglichkeit ist, das Proletariat in der Uebergangszeit vor dem physiologischen Elend einigermaßen zu schützen: es ist ein wichtiger Schritt vorwärts. Ohne vorherige Aufrichtung einer staatlichen Kontrollorganisation wäre der Uebergang zum Aufbau der Gemeinwirtschaft in der Periode der Diktatur des Proletariats sehr erschwert.

Wir müssen in diesem Sinne für den Staatskapitalismus kämpfen. Wer sich aber davor fürchtet, daß der Staatskapitalismus zu einer Erstarkung der Bourgeoisie führt und daher für den revolutionären Kampf des Proletariats gefährlich werden kann, verrät hierdurch, daß er eigentlich nicht an das objektive Vorhandensein einer revolutionären Situation, nicht an eine Krise des Kapitalismus glaubt, sondern voraussetzt, daß sich der Kapitalismus durch eine staatliche Organisation noch lange erhalten kann. Die Furcht vor dem Siege in der Frage des Staatskapitalismus verrät ein Schwanken, verrät einen Mangel an Vertrauen auf die objektive Notwendigkeit einer siegreichen Revolution. —



